in der Partei zu ihrer politischen Arbeit kommen. (Sehr richtig!) Deshalb sagen wir: Wenn ihr Parteigenossen uns ältere Funktionäre schickt, schickt uns nicht solche und überlaßt uns nicht die, die ihr in der politischen Arbeit nicht brauchen könnt, sondern schickt uns die Besten, die ihr habt. Wir brauchen in der Jugendorganisation Menschen, die pädagogische und politische Verantwortung haben. Weil nicht alle Parteiorganisationen diese Notwendigkeit von sich aus begriffen haben, die Jugendarbeit auch auf diesem Gebiet ernst zu nehmen, deshalb wurde beschlossen, ihr sollt euch um eure Parteigenossen kümmern. Ich möchte einmal den Parteigenossen sehen, der mit guten Gründen gegen eine solche Forderung angehen will!

Genosse Liebmann, Leipzig, hat gewünscht, daß in der Entschließung die Mitarbeit der jungen Parteigenossen noch näher präzisiert wird. Wenn die Entschließung in der Form angenommen wird, in der sie vorliegt, bildet sie einen großen Fortschritt bezüglich der Eingliederung der jungen Parteigenossen. Denn es heißt hier:

> Der Parteitag verpflichtet daher alle Organisationsgliederungen der Partei, jungen, befähigten Parteigenossen und -genossinnen, die sich durch ihre Tätigkeit das Vertrauen der Parteigenossen erworben haben, die Möglichkeit zu verantwortlicher Mitarbeit zu schaffen.

Das ist eine so weitgehende Verpflichtung, daß jede Einzelaufzählung eine Einschränkung wäre.

Ich möchte vorschlagen, den Zusatzantrag Weise Nummer 206, der dem Parteivorstand den Auftrag gibt, für die Werbung und Schulung der jungen Parteigenossen Richtlinien herauszugeben, dem Parteivorstand zu überweisen. Die Verpflichtung zu dieser Arbeit ist bereits durch die Entschließung ausgedrückt. Ich erkläre ausdrücklich, daß die Überweisung dieser Zusatzentschließung nicht bedeuten kann, daß in irgendeiner Form eine Neuauflage jungsozialistischer Gruppen geschaffen wird. Es kann sich nur darum handeln, den Parteiorganisationen für ihre Arbeit an jungen Parteigenossen Richtlinien zu geben.

Im übrigen sollen alle zu diesem Punkt in der Vorlage abgedruckten Anträge durch die Annahme der Entschließung 182 erledigt sein, weil diese Entschließung nach Durcharbeitung der Anträge zustandegekommen ist.

Ich bitte Sie, die Entschließung 182, die mit einem Aufruf an die gesamte Jugend beginnt und in ihrem zweiten Teil die praktischen Notwendigkeiten behandelt, einstimmig anzunehmen und damit zum Ausdruck zu bringen, daß die Sozialdemokratie der jungen Generation Raum gewährt und daß sie der jungen Generation die Möglichkeit zur praktischen Arbeit schafft. Die Sozialdemokratie ruft die ganze junge Generation auf, in ihren Reihen für die Verwirklichung des Sozialismus zu kämpfen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Alexander Stein (Berlin), (persönliche Bemerkung): Da die Bemerkungen des Genossen Graf vielfach mißverstanden worden sind, erkläre ich, daß ich nicht die Absicht gehabt habe, für die Jungsozialisten zu sprechen, sondern allgemein zum Thema Jugend und Partei. Ich habe 4½ Jahre im Auftrag des Parteivorstandes die Geschäfte der Reichsleitung der Jungsozialisten geführt und die Interessen der Bewegung wahrgenommen. Ich muß es aber nach dem Verlauf der Reichskonferenz der Jungsozialisten in Leipzig ablehnen, für die jetzige Form der Bewegung einzutreten. (Hört! Hört!)

Robert Müller (Chemnitz), (zur Abstimmung): Genosse Ollenhauer hat zum Schluß aufgefordert, die Resolution einstimmig anzunehmen. Ich bitte deshalb um getrennte Abstimmung über den sechsten Absatz, weil die darin behandelte Frage bei der Jugend das allerstärkste Interesse findet und je nach der Abstimmung stärkste Erregung auslösen kann und die Spannung zwischen Jugend und Partei nicht beseitigt, sondern gefährdet.

Vorsitzender **Wels:** Die Resolution besteht aus zwei Teilen, von denen der erste die ideologische Seite der Jugendbewegung und die Stellung der Partei

behandelt und der zweite die organisatorischen Maßnahmen. Das Ganze ist das Produkt wochenlanger Arbeit und ein einheitliches Ganzes; sie enthält die verschiedenen Auffassungen, die aus dem Lande in Form von Anträgen an uns gelangt sind. Die einzelnen Bezirke haben sich damit einverstanden erklärt, daß diese lose Form gewählt wird, die die Möglichkeit gibt, der Jugend zu ihrem Recht zu verhelfen unter Vermeidung eines bezirklichen oder reichseigenen Lebens einer jungsozialistischen Organisation. Andere Anträge wieder dringen in das eigentliche Wesensgebiet des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend ein, die ein selbständiges Gebilde mit der Partei darstellt. Deshalb hat der Referent gebeten, diese Anträge für erledigt zu erklären. Wir brauchen darüber eine Grenzkonfliktsdebatte auf dem Parteitag nicht zu führen, weil wir alle diese Fragen freundnachbarlichen Lebens durch unsere Dezernenten mit der Arbeiterjugend regeln. Die Hauptsache ist die Praxis. Daß wir das Beste wollen und nach einem einheitlichen Willen vorgehen, haben insbesondere die vier letzten Redner, die dem jugendlichen Alter angehören, dem Parteitag bewiesen.

Der Parteitag lehnt eine getrennte Abstimmung über Abs. 6 des Antrags Nr. 182 ab.

Hierauf wird die Resolution 182 mit übergroßer Mehrheit mit der Maßgabe angenommen, daß alle hierzu gestellten Anträge für erledigt erklärt werden mit Ausnahme des letzten Absatzes des Antrags 26.

Antrag 206 wird dem Parteivorstand überwiesen.

Antrag 183 wird mit übergroßer Mehrheit angenommen.

Vorsitzender **Wels** fordert zur Vornahme der Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission durch Abgabe der Stimmzettel an die Mandatsprüfungskommission auf.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht des Parteivorstandes

a) Allgemeines.

Berichterstatter: Max Westphal.

Referent **Westphal:** Genossinnen und Genossen! Ein altes Sprichwort heißt: Den letzten beißen die Hunde! Sie werden mir zugeben, daß es ein Zeichen von Mut ist, daß sich der Parteivorstand dieser Gefahr unbedenklich aussetzt. Ich verspreche Ihnen, meinen Bericht recht kurz zusammenzufassen, Sie müssen es mir aber nicht nachtragen, wenn ich nicht alles in dem Zusammenhang vortrage, den ich mir ursprünglich vorgenommen hatte.

Es ist im Laufe der bisherigen Referate und Debatten viel von der Arbeit und den Kämpfen der Partei in den vergangenen zwei Jahren gesprochen worden; trotzdem ist noch über einen erheblichen Rest zu berichten. Ich kann davon nur einen Teil erledigen, verweise aber, wie in früheren Jahren, auf die beiden Jahrbücher, die der Parteivorstand herausgegeben hat. Ich tue das besonders deshalb, weil wir den Eindruck haben, daß diese Jahrbücher des Parteivorstandes draußen im Lande immer noch nicht die genügende Beachtung finden. (Sehr wahr!) Sicher würden manche Entschließungen und manche Anträge nicht an den Parteitag kommen, wenn die Genossen in den Ortsgruppen sich aus den Jahrbüchern über die einzelnen politischen Vorgänge besser orientierten. (Sehr richtig!)

Wenn wir nur die wichtigsten Kämpfe, die wir in den vergangenen zwei Jahren geführt haben, uns vor Augen führen wollen, dann müssen wir die

Reichstagswahl, die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen, Baden, Braunschweig, Hessen, Lübeck und Mecklenburg-Schwerin, ferner die Gemeindewahlen in Hessen, Bayern und Preußen, wo sie mit den Provinzial- und Kreistagswahlen verbunden waren, erwähnen. Schließlich auch den Abwehrkampf gegen das Volksbegehren und den Volksentscheid über den Youngplan.

Schon diese Aufzählung erinnert uns daran, daß in den vergangenen zwei Jahren ein großer Teil der Partei ununterbrochen in schwierigen Kämpfen gestanden hat. Wir wissen alle, daß sich diese Kämpfe nach der Reichstagswahl von 1930 zu einem Dauerkampf gegen den Faschismus gesteigert haben, den wir noch heute führen und dessen Bedeutung in einem besonderen Referat gewürdigt worden ist.

Es ist uns in diesen Kämpfen gelungen, unsere politischen Positionen im großen und ganzen zu halten. Dieses Ergebnis befriedigt uns als ständig vorwärtsdrängende Partei nicht. Wenn wir uns aber die Umstände vor Augen stellen, unter denen wir diese Kämpfe durchführen mußten, dürfen wir doch sagen, daß wir mit diesem Ergebnis einigermaßen zufrieden sein können. Es ist für uns interessant, die Ergebnisse der Kämpfe einmal im Zusammenhang zu betrachten. Es zeigt sich dann, daß wir in allen Kämpfen, die vor der Reichstagswahl 1930 durchgeführt worden sind, im großen und ganzen recht gut abgeschnitten haben. Wir haben unsere Positionen bei den Landtagswahlen überall gehalten, zum Teil sogar verbessert; das Ergebnis der Landtagswahlkämpfe, die nach der Reichstagswahl 1930 stattfanden, ist jedoch im allgemeinen ungünstiger. Ich will die Zahlen nicht nennen, um nicht zu lang zu werden. Dasselbe Ergebnis ist bei den Kommunalwahlen festzustellen. Die Wahlen, die vor der Reichstagswahl 1930 stattgefunden haben, haben uns zum übergroßen Teil ganz erhebliche Erfolge gebracht. Nur eine Zahl! Wir haben bei den Kommunalwahlen des Jahres 1929 rund 8500 neue Mandate erobert. Bei den Wahlen, die nach der Reichstagswahl stattfanden, ist das Ergebnis weniger befriedigend. Danach ist der Umschwung der Stimmung in der Wählerschaft zugunsten der radikalen Parteien im Frühjahr 1930 erfolgt.

Das beweist auch die Entwicklung der radikalen Parteien selbst. Die Kommunisten haben bei den Wahlen von 1929 nur in ganz wenigen Fällen Erfolge erzielt. Sie erlitten bei den ersten Landtagswahlen in Sachsen sogar katastrophale Verluste. Erst die zweite Landtagswahl in Sachsen, die kurz vor der Reichstagswahl von 1930 stattfand, brachte die ersten Anzeichen eines Wiederaufstiegs. Die Nationalsozialisten sind allerdings seit der Reichstagswahl von 1928 stetiger gewachsen, aber von dem stürmischen Aufschwung, der später zu verzeichnen war, ist damals noch nichts zu merken gewesen. Ich erinnere an den Ausgang der Kämpfe um den Volksentscheid und an den Ausgang des Volksbegehrens um den Youngplan, der die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen auf das schwerste enttäuscht hat.

Wenn man sich fragt, aus welchem Grunde gerade im Frühjahr der Umschwung erfolgte, dann müssen wir uns daran erinnern, daß die Hoffnungen auf eine Belebung der Wirtschaft gerade damals enttäuscht wurden, daß sich im Gegenteil zeigte: die Wirtschaftskrise verstärkt sich fortgesetzt. Daher mußte sich in vielen Tausenden von Köpfen der Gedanke festsetzen: du wirst nicht wieder in den Arbeitsprozeß kommen, du wirst ein für allemal durch die Maschine verdrängt bleiben. Das zweite Moment ist sicher die Enttäuschung darüber, daß sich die Hoffnungen, die sich auf die Annahme des Youngplans aufbauten, daß es nämlich möglich sein würde, die Finanznot im Reiche zu beheben, nicht erfüllt haben. Das Reichskassendefizit wurde infolge der Wirtschaftskrise immer größer. Die Ersparnisse aus dem Youngplan haben nicht einmal ausgereicht, dieses Defizit zu decken. Darauf ist zurückzuführen, daß die Propaganda für Radikallösungen viel stärker Gehör fand als vorher.

Ich möchte noch ein paar Worte zu der Frage sagen, die in der letzten Zeit öfter aufgeworfen worden ist: warum ist es gerade unserer Partei, die doch mit

Recht beanspruchen darf, die beste Vorkämpferin der Notleidenden zu sein, nicht gelungen, in dieser Notzeit mehr für ihren Aufschwung zu tun? Es gibt Genossen, die sich die Antwort auf diese Frage sehr leicht machen, indem sie sagen: die Partei hat eben eine falsche Politik getrieben, sie hat nicht den genügenden Kampfwillen gezeigt und dadurch verschuldet, daß ein Zuwachs an Vertrauen bei den Wählern nicht eingetreten ist. Ich will mich über die Vorwürfe gegen unsere Politik nicht verbreiten. Die Frage ist in den vergangenen Debatten geklärt und entschieden worden. Ich möchte aber noch auf einige andere Dinge hinweisen. Ich möchte die Erklärung schon deshalb anzweifeln, weil feststeht, daß wir zwar an Wählerstimmen verloren haben, daß aber die Zahl unserer Mitglieder, das heißt die Zahl derer, die sich dauernd an uns binden, in dieser Zeit größer geworden ist. Die Gründe müssen also tiefer liegen. Sie liegen sicher in der Hauptsache mit in der großen Krise, die uns daran hindert, neue große Erfolge zu erringen, mehr von unseren Forderungen durchzusetzen und damit neue Anhänger um unsere Fahne zu sammeln. Die Kampfkraft unserer Organisation ist um einiges gehemmt. Ich verweise Sie da auf die Statistik, die uns über die Erfolge der Gewerkschaftskämpfe Auskunft gibt. Im Jahre 1928 haben die Gewerkschaften 763 Streiks geführt, im Jahre 1929 nur noch 441 und im Jahre 1930 nur noch 340. Die Zahl der Streiktage sank in diesen drei Jahren von 19½ Millionen auf weniger als 3½ Millionen. Welches war die Ursache? Vor allem die Tatsache, daß die Streiks infolge der ansteigenden Krise in wachsendem Maße erfolglos wurden. Im Jahre 1928 gingen von der großen Zahl der Streiks noch nicht 4 Prozent völlig erfolglos aus, im Jahre 1929 aber schon 31 Prozent und im Jahre 1930 gar 66 Prozent. Daraus geht hervor, daß die Möglichkeit, etwas für die Arbeiter herauszuholen, durch die Krise stark eingeschränkt wurde. Niemand wird die Behauptung aufnehmen wollen, daß sich hier ein Mangel an Kampfwillen gezeigt habe, sondern jeder von uns denkt daran, daß nahezu fünf Millionen Arbeitslose vorhanden waren, die die Möglichkeiten für das Gelingen eines Streiks sehr herabgesetzt haben.

Auch die parlamentarische Kampfkraft der Partei ist um einiges geschmälert worden. Ich glaube, es dürfte kaum jemand da sein, der nicht mit uns der Auffassung ist, daß die Partei im Reichstag, aber auch in den Länderparlamenten alles getan hat, um die sozialen Interessen des arbeitenden Volkes zu schützen. Die Fraktionsberichte im Jahrbuch geben darüber genügend Auskunft. Aber alle diese Kämpfe waren im wesentlichen Verteidigungskämpfe. Wir mußten uns darauf beschränken, das bisher Erkämpfte zu erhalten. Das hat natürlich alle diejenigen, die politisch von der Hand in den Mund leben, die immer sofort große Erfolge sehen wollen, nicht befriedigt, zumal es ja soviel andere politische Gruppen gibt, die in dieser Notzeit ungeheuerlich größere Versprechungen machen, als wir es tun können. (Sehr wahr!) Wir dürfen doch bei der Beurteilung der Arbeit unserer Partei nicht vergessen, daß der Kampf um die Massen in der Republik ganz anders geführt wird als in dem kaiserlichen Obrigkeitsstaat. Früher brauchte man die Massen nicht, früher hat die ganze staatsrechtliche Konstruktion den herrschenden Schichten die Herrschaft gesichert. In der Demokratie dagegen sind diese Konstruktionen gefallen, sind alle Privilegien beseitigt. Wer die Macht haben will, muß sich um die Massen kümmern. Deshalb haben wir jetzt das gewaltige Anwachsen der Demagogie im politischen Kampfe zu beobachten.

Weiter muß aber auch beachtet werden, daß wir uns, wie schon Genosse Tarnow sagte, nicht bereit finden können, den notleidenden Schichten, insbesondere den Arbeitslosen, Versprechungen zu machen, von denen wir selbst überzeugt sind, daß sie nicht erfüllt werden können. Wir dürfen nicht erklären: wir haben ein Radikalmittel; wenn ihr uns folgt, ist euch sofort geholfen! Wir können uns nicht rein agitatorisch einstellen. So sehr wir wünschen, neue Anhängermassen zu gewinnen, ebenso sehr müssen wir eine Politik vertreten, die nach unserer Überzeugung in Wahrheit zur Erleichterung der Situation führt.

Ich möchte auch einige Worte über den Wandel in der Stellung der Sozialdemokratie sagen, der sich in der Nachkriegszeit vollzogen hat. Wir dürfen bei der Beurteilung der Gesamtarbeit in der Partei nie vergessen, daß wir heute nicht mehr von aller Mitverwaltung ausgeschlossen sind, wie es noch in der Vorkriegszeit der Fall war, sondern daß wir heute einen großen Teil der Verwaltungsarbeit mit zu verantworten haben. Welche Last von Verantwortung auf uns ruht, zeigen schon folgende Zahlen: Wir haben jetzt in Deutschland in über 1300 Stadt- und Gemeindeverwaltungen die absolute Mehrheit. In Hunderten von Orten haben wir eine ausschlaggebende Stellung. Ein großer Teil der Bürgermeister in Deutschland sind Sozialdemokraten. (Hört! Hört!) Sozialdemokratische Bürgermeister gab es früher ebensowenig wie sozialdemokratische Mehrheiten. Es wäre verlockend, an die Verhältnisse unter dem Dreiklassenwahlrecht zu erinnern. Ich nehme jedoch an, daß die meisten von Ihnen darüber orientiert sind. Durch diese Entwicklung in die Verantwortung hinein ist natürlich eine gewisse Hemmung unserer Agitationskraft eingetreten, aber trotzdem glaube ich nicht, daß jemand in diesem Saale ist, der der Auffassung wäre, wir sollten deshalb die einmal errungenen Positionen wieder aufgeben. Denn wir alle wissen, daß diese Positionen von uns nicht etwa aus einem, uns von unseren Gegnern oft nachgesagten Drange nach der „Futterkrippe" eingenommen wurden, sondern einfach deshalb, weil wir auf diese Weise dem arbeitenden Volke in der Gegenwart und für die Zukunft helfen wollen. In der Gegenwart brauchen wir diese Positionen zum Schutze der Arbeiterinteressen, und für die Zukunft sind sie uns Bastionen, von denen aus wir weitere Erfolge erkämpfen wollen.

Wie man gerade gegen diese Positionen der Sozialdemokratie anrennt, möchte ich Ihnen an einem Beispiel zeigen. Es wird immer wieder behauptet, wir hätten früher alles mögliche versprochen und erfüllten davon heute nichts. Was wir alles versprochen haben sollen, zeigt eine weitverbreitete Flugschrift mit der Überschrift: Totgeschwiegene Wahrheiten, Sünden der Sozialdemokratie! Danach hätten wir sogar Paradiesbetten, eigene Autos und Flugzeuge versprochen. (Heiterkeit.) Heute hätten wir nach dieser Flugschrift die armen Arbeiter um diese Versprechungen betrogen. Demgegenüber können wir immer nur feststellen, daß wir mit aller Kraft bestrebt waren, herauszuholen, was irgend herauszuholen war. Wenn uns das in den letzten Jahren nicht immer gelungen ist, dann liegt das nicht etwa an einem Mangel an Entschlossenheit, sondern daran, daß uns eine Übermacht antisozialistischer Parteien gegenüberstand, die wir bisher nicht überwinden konnten, weil gerade aus den Schichten, für deren Interessen wir kämpfen, immer noch zu viele den uns feindlichen Parteien folgen.

An dieser Stelle möchte ich ein paar Worte über das Korruptionsgeschrei sagen. Wir wissen, daß damit in den vergangenen Jahren eine besondere Hetze gegen die Sozialdemokratie getrieben worden ist.

Ich möchte das zum Anlaß nehmen, um festzustellen, daß wir immer waren und sein werden die schärfsten Kämpfer gegen jede Korruption, wo sie sich auch breit macht, daß wir unseren Genossinnen und Genossen, die in Stellungen des öffentlichen Lebens einrücken, zur Pflicht machen, alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, um jede Korruptionserscheinung zu verhindern. Wir sind der Auffassung, daß ein Sozialdemokrat selbstverständlich nicht in ein solch hohes Amt kommt, um sich Reichtümer zu erwerben, sondern daß er auf den Posten gestellt wird, um für die Interessen des ganzen arbeitenden Volkes zu wirken. Wir sagen unseren Genossen in diesen Ämtern, daß sie auf dem Gebiet der Repräsentation alles, was notwendig ist, erfüllen sollen; aber in den Grenzen, die die Zeit und die unsere sozialdemokratischen Anschauungen setzen. Wenn das geschieht, dann wird das Geschrei gegen die Sozialdemokratie wirkungslos bleiben. Stolz und freudig bekennt sich doch immer wieder das arbeitende Volk zu denen, die im Geiste der Sozialdemokratie arbeiten, die sich stets bewußt sind,

daß sie Verpflichtungen für die Gesamtheit übernommen haben, aber daß sie diese Verpflichtungen als Vertrauensmänner des sozialdemokratischen Volksteiles erfüllen. (Sehr richtig!) Das Bewußtsein, Vertrauensmänner dieses sozialdemokratischen Volksteiles zu sein, ist unser aller Stolz und unsere Ehre; nichts soll uns höher stehen.

Wir haben in den vergangenen Jahren zu verzeichnen gehabt, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie mit einem geradezu leidenschaftlichen Eifer geführt wurde, daß man bestrebt gewesen ist, den Marxismus, die Sozialdemokratie für alle Nöte verantwortlich zu machen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als wenn unsere Gegner diese Zeit benutzen wollten, um mit aller Kraft den Versuch zu machen, der Sozialdemokratie den Todesstoß zu versetzen.

Die Gegner haben diesen Kampf mit einer leider der unseren immer noch weit überlegenen Presse, mit einer Unzahl von Flugblättern und Broschüren, mit Versammlungen usw. geführt. Vom Roman „Der Bonze" bis zur Schaffung von Hundestaffeln wie in Nürnberg ist den Leuten kein Mittel zu schlecht. In den vergangenen Jahren ist ein starkes Anwachsen der Verrohung des politischen Kampfes festzustellen. Könnte ich das an vielen Einzelheiten näher erläutern, würde jeder diese Verrohung des politischen Kampfes zugeben und erklären müssen: in dieser Beziehung steht Deutschland wirklich über allem in der Welt! (Sehr wahr!) Unzählige Beleidigungs- und Verleumdungsprozesse zeigen, mit welcher niederträchtigen Gewissenlosigkeit versucht wird, die Ehre und das Ansehen Andersdenkender zu beschmutzen. Zaunlatten, Stuhlbeine, Biergläser, Revolver und Schlagringe sind die Mittel geworden, im politischen Kampf den Gegner zu belehren und zu bekehren. Die politische Tobsucht hat sich ja bis in die Parlamente hinein erstreckt und dort zu oftmals beschämenden und häßlichen Szenen geführt. Heimtückische Mordüberfälle sind keine Seltenheit mehr, und wenn man seine Tollwut damit noch nicht befriedigt hatte, dann hat man auch den Toten noch nicht einmal ihre Ruhe gelassen. Nach einer Feststellung des Reichsinnenministers sind im vergangenen Jahr über hundert Fälle von Friedhofsschändungen aus politischen Motiven vorgekommen. (Hört! Hört!) Es ist kein Zweifel, daß das Maß der Gemeinheit in der Kampfesweise zunimmt, je nationalistischer sich eine Bewegung gebärdet. (Lebhafte Zustimmung.) Damit ist schon ausgesprochen, daß die Nationalsozialisten die Spitzenleistungen vollbracht haben. Aber der „Stahlhelm" steht ihnen würdig zur Seite. Er ist für ewig mit der Schmach belastet, mit Fälschungen seinen Kampf gegen das angeblich rote Preußen geführt zu haben. Alle eidesstattlichen Versicherungen können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß er solche Fälschungen gebraucht hat, und er hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn man bei allem Beweismaterial, das er in Zukunft vorlegt, immer erst mißtrauisch fragt, ob es nicht auch „in Hamburg gedruckt" worden ist. (Sehr gut!) Damit will ich selbstverständlich nichts gegen meine Vaterstadt Hamburg gesagt haben (Heiterkeit); aber die Tatsache steht fest, daß das gefälschte Dokument, mit dem der Stahlhelm seine Position zuletzt zu verteidigen versuchte, in Hamburg gedruckt wurde.

Mit dieser Feststellung will ich keinesfalls die Dreckschleuderleistungen der Kommunisten irgendwie verkleinern. Es soll ihnen vielmehr bestätigt werden, daß sie in diesem Kampf um diese Siegespalme die stärksten Konkurrenten der Nationalsozialisten sind. (Sehr wahr!) An dieser Stelle sei nur daran erinnert, daß die kommunistische Jugend auf ihrem Jugendtag in Frankfurt a. M. neben Stalin und Thälmann den von den Nationalsozialisten übergetretenen Leutnant Scheringer, der noch vor wenigen Wochen bereit war — um in der Redeweise der Kommunisten zu sprechen — das arbeitende Volk abzuschlachten, zum Ehrenpräsidenten des Jugendtages gemacht hat (Hört! Hört!), daß aber auf demselben Jugendtage im Rahmen einer sogen. Revue das Begräbnis unseres Genossen Hermann Müller in einer schamlosen und gemeinen Weise glossiert wurde. (Entrüstete Rufe: Pfui!) Es genügt, wenn ich noch hinzufüge,

daß man wohl berechtigt zu der Auffassung ist, daß im Kampfe gegen die Sozialdemokratie der „Völkische Beobachter" und die „Rote Fahne" eine gemeinsame Redaktion haben. (Sehr wahr!)

Es versteht sich, daß wir uns dieser Hetze mit allen Kräften entgegengeworfen haben. Ich verweise auf den Bericht unserer Werbeabteilung und auch auf die Ausstellung hier im Volkshaus. Wir haben es stets abgelehnt, uns in unserem Abwehrkampf auf das Niveau zu begeben, das unsere Gegner beliebten. Uns steht unser Ideal viel zu hoch, als daß wir mit solchen Schmutzereien kämpfen wollten. Wenn überhaupt wieder einmal in den Kreisen unserer Gegner die Besinnung Einzug halten wird, so wird man mit Scham und Schande an diese Zeit zurückdenken, in der die „rauhen Kämpfer" oder mit einem anderen Wort, das bei den Nationalsozialisten ja auch beliebt ist, „der innere Schweinehund", Orgien gefeiert haben.

Die völkische nationalsozialistische Bewegung ist es auch gewesen, die in den vergangenen Jahren in viel stärkerem Maße, als es jemals vorher der Fall war, versucht hat, den politischen Kampf mit den Mitteln der Gewalt zu führen. Ich erinnere an die Serien der Bombenattentate in Schleswig-Holstein, Hannover und Berlin. Ich erinnere an die Redewendung „vom Köpferollen" und viele andere Dinge. Ich erinnere auch daran, daß damals, als diese Bombenattentate sich abspielten, Herr Goebbels sich darüber lustig gemacht und gesagt hat: „Wenn wir erst einmal anfangen, dann werden nicht bloß diese Margarinekisten platzen, sondern dann wird es ganz anders krachen." Genosse Schifrin hat in der „Gesellschaft" einmal dargelegt, daß der Faschismus den Versuch gemacht hat, in diesen Jahren den Belagerungszustand über die Arbeiterklasse zu verhängen, schon bevor die Macht errungen ist.

Das ist eine treffende Kennzeichnung der Situation, in der sich in den Kreisen unserer Partei der Wille bemerkbar machte, neue Abwehrorganisationen zu schaffen. Oftmals ist von uns zum Ausdruck gebracht worden, daß wir gewillt sind, den Kampf für unser Ziel solange wie irgend möglich mit friedlichen Mitteln zu führen, daß wir aber demjenigen, der uns mit Gewalt entgegentritt, auch mit Gewalt zu antworten bereit sind. (Sehr richtig!) Gerade weil wir dieser Meinung sind, halten wir es aber auch für notwendig, wenn es zum Äußersten kommt, eine geschlossene Abwehrmacht zu haben und keine in vielerlei Teile zersplitterte Organisation. (Zustimmung.) Ich will die Debatte, die damals um diese Formationen geführt wurde, nicht wieder aufrollen, sondern nur feststellen, daß die Anschauung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses, in dieser Situation komme es in erster Linie auf die Stärkung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold an, sich durchaus durchgesetzt hat. (Lebhafter Beifall.) Die Folgezeit hat uns gelehrt, daß diese Parole als durchaus richtig erkannt wurde und daß dort, wo sich in den Kreisen unserer älteren Parteigenossen dennoch Abwehrorganisationen gebildet hatten, diese erfreulicherweise mit der Reichsbannerleitung eng zusammenarbeiten. Wir haben allen Anlaß, den Kameraden im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die uns in den Kämpfen gegen den Faschismus in den vergangenen Jahren ihre Unterstützung geliehen haben, unseren herzlichsten Dank auszusprechen. (Lebhafte Zustimmung). Wenn heute bei den Nationalsozialisten ein förmlicher Legalitätsfanatismus ausgebrochen ist, wenn Hitler Eide über Eide schwört, daß seine Bewegung mit legalen Mitteln zum Ziele kommen wolle, wenn jetzt Goebbels seine Broschüren, in denen er wie ein dummer Narr seine blutrünstigen Revolutionsphantasien zum besten gegeben hat, einstampfen läßt, so ist das gewiß zurückzuführen auf den Versuch, sich koalitionsreif zu zeigen oder zu machen. Aber es ist auch zurückzuführen auf die gewaltige Mobilmachung in unseren eigenen Reihen, auf den Aufmarsch unserer Reichsbannerkameraden, auf den gewaltigen Gegenstoß, den unsere Partei in den letzten Monaten gegen den Faschismus durchgeführt hat.

Ich wollte diesen Worten noch einige Ausführungen über die Notverordnung zur Bekämpfung des politischen Rowdytums anfügen; nachdem aber dieser Punkt

beim Bericht der Reichstagsfraktion bereits erledigt ist, kann ich mir das sparen.

Die Aufgabe unserer Parteiorganisation ist Festigung unseres Bestandes und Verstärkung unserer Anhängerschaft. Diese Aufgabe brauchen wir nicht erst jetzt der Partei zu stellen, sondern die Partei hat sie längst in Angriff genommen. Die näheren Einzelheiten darüber wird der Organisationsbericht des Genossen Bartels geben. Was wir aber wünschen müssen, ist, daß diese Mobilisierung unserer Kräfte mit noch viel größerer Einheitlichkeit durchgeführt wird, als es bisher schon der Fall ist. (Sehr richtig!) Für jeden von uns ist wohl verständlich, daß in der Lage, in der die Partei sich in den letzten Monaten befand, Meinungsverschiedenheiten leichter auftreten konnten als in ruhigeren Zeiten. Aber so erklärlich das ist, so selbstverständlich sollte es doch auch sein, daß die Austragung dieser Meinungsverschiedenheiten keinesfalls die Kampfkraft, die Werbekraft der Partei auch nur im geringsten einschränken darf (Zustimmung). Wir müssen aber leider sagen, daß diese Selbstverständlichkeit nicht von allen Mitgliedern der Partei anerkannt und noch viel weniger nach ihr gehandelt wird. (Sehr wahr!) Diese Worte sind nicht gegen diejenigen gerichtet, die in diesem oder jenem Punkte oppositionell eingestellt sind. Ich werde die Fälle, die ich im Auge habe, konkret darlegen, und ich möchte wissen, ob auf dem Parteitage auch nur einer anwesend ist, der nicht mit uns diese Dinge auf das entschiedenste verurteilt.

Ich habe davon gesprochen, daß wir uns über Mangel an Verleumdungen und Beschimpfungen bisher nicht zu beklagen haben. Deshalb müßte es doch die Aufgabe jedes einzelnen Parteigenossen, aber auch aller Organe, die irgendwie mit der Partei in Zusammenhang stehen, sein, jeder Verleumdung unserer Partei oder ihrer führenden Genossen energisch entgegenzutreten. (Sehr wahr!) Um nur eines anzuführen, so halte ich es nicht für in der Ordnung, wenn der „Klassenkampf" sich zur Verbreitung durchaus unbewiesener Behauptungen gegen führende Genossen zur Verfügung stellt. (Zustimmung). Bei einer volksparteilichen Veranstaltung in Berlin ist von einem der Redner gesagt worden, daß Ebert ihm einmal erklärt habe: „In Deutschland wird es erst besser werden, wenn hundert oder tausend Parteisekretäre des Landes verwiesen werden." Diese Tatsache wird dem „Klassenkampf" mitgeteilt, und er gibt sie wieder und schreibt darunter folgende zwei Zeilen: „Ob Ebert diesen Ausspruch wirklich getan hat, können wir Ihnen leider nicht sagen." (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!) Hier macht man sich zum Mithelfer der Verbreitung von unbewiesenen Kränkungen und Verleumdungen.

Ich habe ein weiteres Beispiel zu nennen. Genosse Ziegler hat in der Parteipresse, allerdings nur in ein paar Zeitungen, einen Artikel „Proletarischer Klassenkampf oder opportunistische Flaumacherei" veröffentlicht. Darin schreibt er:

> Die Panzerkreuzerfrage zeigt blitzlichtartig, mit welcher schroffen Schwenkung die Fraktion einen bürgerlich-kapitalistisch-imperialistischen Kurs unter Außerachtlassung des Parteiwillens einzuschlagen gedenkt.

(Hört! Hört!) Wenn ein Reichstagsabgeordneter unserer Partei unserer Fraktion öffentlich nachsagt, daß sie einen bürgerlich-kapitalistisch-imperialistischen Kurs einschlägt, was sollen wir dann von den Völkischen, von den Kommunisten und von anderen erwarten? (Lebhafte Zustimmung und Rufe: Parteischädigendes Verhalten!)

Ich habe noch ein weiteres Beispiel für Dinge, die nach meiner Überzeugung jeder verurteilen muß; dieses Beispiel stammt aus der „Plauener Volkszeitung", bei der es ja schon ein hoher Feiertag sein muß, wenn man überhaupt etwas wie Anerkennung der Arbeit und der Politik der Partei finden will. (Sehr wahr!) Die „Plauener Volkszeitung" schreibt z. B. am 21. April:

Herr Brüning weiß doch, wie man eine grollende Sozialdemokratie kirre machen kann.
(Hört! Hört!)
Er braucht nur mit seinem oder Hindenburgs Rücktritt zu drohen, dann wird der Vorstand der Reichstagsfraktion wieder sanft wie eine Taube.

Auch das ist eine böswillige Herabsetzung, Verächtlichmachung unserer Partei und ihrer Arbeit. Wenn man derartige Dinge in der Presse unserer Gegner findet, wundert man sich nicht, aber in unseren eigenen Zeitungen so etwas gegen die Partei zu schreiben, geht doch über die Hutschnur. (Lebhafte Zustimmung). Solche Dinge haben mit sachlicher, parteigenössischer Kritik nichts zu tun. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Es sind Schmähungen gegen die Partei, die um so schwerer wiegen, als aus den Kreisen derselben Genossen auch auf diesem Parteitag gefordert worden ist, daß man sich zu Sowjet-Rußland sachlicher und zurückhaltender einstellen soll. (Wiederholte lebhafte Zustimmung.)

Ich kann es auch nur als durchaus unerfreulich bezeichnen, wenn Genosse Walter Fabian es zu seiner Aufgabe gemacht hat, eine Korrespondenz zu schaffen, die eigentlich nur dem Zwecke dient, alles, was irgendwo gegen die Sozialdemokratie geschrieben wird, nur ja recht weit zu verbreiten. Ich habe hier die Nummer, in der diese „Sozialistische Information" einen Teil aus einem Artikel weiterverbreitet, der in einer Genfer Zeitung erschienen ist und in dem es heißt:

Es handelt sich eindeutig um eine bürgerlich-kapitalistische Diktatur. Getreu ihrer Taktik der Zusammenarbeit der Regierung um jeden Preis erklären uns die deutschen Regierungssozialisten, daß es kein anderes Mittel gebe, um die „demokratische Republik" (?) zu retten. Um diese „demokratische Republik" zu retten, errichtet man diese Diktatur und legt die Regierungsgewalt in die Hände eines Feldmarschalls, der ein treuer Diener der Monarchie ist, und eines Kanzlers, dessen Politik durch die römische Kirche bestimmt wird. Wenn die Situation nicht für Millionen ehrlicher deutscher Arbeiter so tragisch wäre, müßte man die belustigendste aller Komödien schreiben, und die Hauptpersonen wären die Führer der deutschen Regierungssozialisten und ihre Polizeipräsidenten.

(Hört! Hört!) Das erscheint in der Schweiz, ist aber für Genossen Fabian wichtig genug, es noch einmal zu drucken, um es möglichst weit zu verbreiten. (Erneute Rufe: Hört! Hört!)

Ein offen parteifeindliches Unternehmen aber ist der sogen. „Rote Kämpfer", der in Köln erscheint. (Sehr richtig!) Die verantwortlichen Redakteure dieses Blattes wechseln sehr oft. Vom Dezember 1930 bis April 1931 ist ein dreimaliger Wechsel in der verantwortlichen Redaktion eingetreten. (Hört! Hört!) Zuerst war verantwortlicher Redakteur ein gewisser Franz Ostermann. Dann holte man sich Willi Lindner und Hans Seekatz. Vom 6. April ab zeichnet Josef Prenner (Köln), verantwortlich. Schon das gibt zum Nachdenken Anlaß. Lindner war bis 1928 Mitglied der KPD. und hat als Gewerkschaftsoppositioneller eine Rolle gespielt. Wenn man die literarischen Darbietungen dieser Zeitschrift liest, fragt man sich, warum der Mann eigentlich zu uns gekommen ist. Die Antwort liegt allerdings auf der Hand. Er ist zu uns gekommen, um den Kampf, den er als Kommunist gegen uns geführt hat, innerhalb der Partei weiterzuführen. (Sehr richtig!) In diesem Blatt wird z. B. den Parteizeitungen offen der Vorwurf gemacht, daß sie die Arbeiter absichtlich hindern, ihre Lage zu erkennen. Es wird weiter erklärt, daß es in der Partei doch noch einige Genossen gibt, die der Sache des Proletariats und dem Sozialismus treu geblieben sind. Wer damit gemeint ist, ist allerdings nicht klar zu erkennen; denn sogar an die Genossen Seydewitz und Rosenfeld wird die Frage gestellt, was sie getan hätten, um die Revolutionierung der Partei durchzusetzen. Die Leute, die diese Zeitung herausgeben, fordern ganz offen die Fortsetzung der Haltung der Neun im Reichstag und proklamieren damit nach meiner Meinung die Parteispaltung. (Sehr richtig!)

In einem Blatt wird auch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Kommunisten kritisiert, weil sie die revolutionären Kräfte aus den Gewerkschaften herausgezogen hat, und es wird dann dazu aufgefordert, von neuem linke Fraktionen in den Gewerkschaften zu gründen. (Hört! Hört!) Jeder, der dieses Blatt einmal in die Finger bekommen hat, muß zugeben, daß in ihm offen für die Spaltung der Partei gearbeitet wird.

Ich bezweifle, daß alle Mitarbeiter dieser Zeitung Mitglieder der Partei sind. Ich bin vor allen Dingen zu diesem Zweifel berechtigt, weil alle Artikel anonym erscheinen. Es ist ein Armutszeugnis für diese Klassenkämpfer, daß sie schon in den Meinungskämpfen nicht mehr den Mut haben, mit offenem Visier zu kämpfen. Wir können und wollen uns diese Treibereien, wie sie in dem Machwerk, dem „Roten Kämpfer", zum Ausdruck kommen, nicht länger gefallen lassen. (Bravo!) Wir sind vor dem Parteitag nicht eingeschritten, um auch den leisesten Anschein einer Einschränkung der Meinungsfreiheit zu vermeiden. Der Parteitag stimmt aber wohl mit uns überein, daß dieses Treiben jetzt nicht mehr fortgesetzt werden kann und dagegen energisch eingeschritten werden muß. (Zustimmung.) Es muß besonders deswegen vorgegangen werden, weil diese Leute versuchen, unter der Jugend Anhänger zu gewinnen und Einfluß auszuüben.

In einer Auseinandersetzung zwischen den Genossen Petrich und Schiff hat der Genosse Petrich gesagt, daß er der Meinung sei, man müsse annehmen, die Liebe zur Partei sei von vornherein in der Jugend vorhanden. Diese Auffassung ist zu optimistisch. Die Zahl der Familien, in denen die Kinder von vornherein zur Achtung und Liebe zur Partei und zum Sozialismus erzogen werden, ist immer noch viel zu gering. (Sehr richtig!) Auf den Arbeitsplätzen, wo die jungen Menschen stehen, tobt ein heißer Meinungskampf um die politische Linie. Kommunisten poussieren die Unorganisierten und adeln sie noch als Revolutionäre. Solche Leute, die früher in der Arbeiterbewegung nicht für voll gegolten haben, werden von den Kommunisten sogar zu Führern großer Streiks bestimmt. Alles dies wirkt auf die Kampfmoral der arbeitenden Jugend sehr schlecht ein und beweist uns, daß wir diese Dinge nicht so leicht nehmen dürfen, daß wir stärker als früher um das Vertrauen der Jugend kämpfen müssen.

Ich will das deswegen noch hervorgehoben haben, weil die Kritik an der Partei in neuerer Zeit auch im großen organisiert wird. Ich denke da an die Marxistische Buchgemeinschaft, die von den Herausgebern des „Klassenkampf" aufgezogen worden ist. Ich will mich mit der Buchnummer 2 der Marxistischen Buchgemeinschaft nur kurz beschäftigen, die sich die Aufgabe gesetzt hat, das Organisationsproblem im Klassenkampf zu untersuchen und die Reformbedürftigkeit unserer Organisation feststellen und Vorschläge für einen neuen Organisationsaufbau oder eine Reform geben will. Ich sehe keinen Anlaß, mich mit den Dingen im einzelnen auseinanderzusetzen und verweise nur deshalb auf dieses Buch, weil ich der Auffassung bin, daß mindestens der Beitrag des Genossen Bieligk die Verantwortung gegenüber der Partei völlig außer acht läßt. Nur ein Zitat:

Die Verschärfung des Klassenkampfes, die Verstärkung der Angriffe der Bourgeoisie, das Versagen der reformistischen Politik, die die Arbeiterschaft innerhalb eines Jahrzehnts von Niederlage zu Niederlage geführt hat (Rufe: Hört! Hört! und Pfui!), begünstigen diese Flucht der Arbeiterschaft aus der Politik.

Ich könnte noch eine Reihe von Zitaten ähnlichen Kalibers bringen, aber es widerstrebt einem direkt, darauf in der Öffentlichkeit aufmerksam zu machen. Wie soll man das auffassen? Ist das noch die Absicht, für die Partei zu werben,

Liebe und Vertrauen zur Partei zu erwecken, wenn man ihr bescheinigt, sie habe das Arbeitsvolk von Niederlage zu Niederlage geführt! (Rufe: Unerhört!) Es ist beinahe schwer, in einer kommunistischen oder nationalsozialistischen Zeitschrift so schwere Vorwürfe gegen die Partei zu finden wie in diesem Buch, das von Parteigenossen für Parteigenossen herausgegeben wird. Das ist es, was ich mit meinen Ausführungen geißeln wollte. Ich bin der Hoffnung, daß wir alle darin einig sind, daß solche Dinge, die man nicht mehr Entgleisungen nennen kann, sondern in denen man eine ganz bestimmte Absicht zu sehen versucht ist (Sehr richtig!), ausgeschaltet werden müssen und nicht mehr vorkommen dürfen.

Unsere Aufgabe ist, die Arbeitermassen zu mobilisieren, die Aktivierung fortzusetzen. Die Kämpfe werden nicht leichter, nicht weniger, sondern wahrscheinlich schwieriger und zahlreicher. Wir werden uns dem Faschismus weiterhin mit aller Kraft entgegenstellen müssen, aber auch den Kommunisten. (Bravo! und Händeklatschen.)

In den Zeitungen ist in letzter Zeit viel von Straßenkämpfen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten berichtet worden. Aber in diesen Straßenkämpfen ist nicht etwa die Hauptfront gegen den Faschismus in Erscheinung getreten, sondern nur die Tatsache, daß in diesen beiden Parteien ein großer Prozentsatz radau- und rauflustiger Elemente vorhanden ist. Die eigentlich politische Kampffront gegen den Faschismus läuft ganz anders. Das ist unsere Front, die wir mit den Freien Gewerkschaften, mit den Sportlern, den Jugendorganisationen, dem Reichsbanner gemeinsam bilden. Im Rücken dieser wahren Front kämpfen die Kommunisten. (Sehr richtig!) Sie tun alles, um diese wirkliche Front gegen den Faschismus zu schwächen, wenn irgend möglich zu zerstören. Ich nehme an, daß Sie die Funktionärzeitschrift der Kommunisten genau so aufmerksam verfolgen wie wir. In ihr finden Sie die Beweise dafür, daß die Kommunisten zum Beispiel in der Zeitschrift „Internationale" Nr. 3 ihren Funktionären immer klar machen: Wohl müssen wir gegen den Faschismus kämpfen, nur müssen wir in der gegenwärtigen Phase die Hauptschläge gegen die Sozialdemokratie, gegen den Sozialfaschismus, wie man uns bezeichnet, führen. Es gäbe noch eine ganze Reihe weiterer Belege, die ähnlich auffordern, uns in den Rücken zu fallen und diese Zeit auszunutzen, die Sozialdemokratie zu erschüttern und in der Sozialdemokratie für die Kommunistische Partei zu werben. Ich erinnere an den Mitgliedsbuchtrick und die Dinge, die Genosse Wels genannt hat, an die Wettbewerbe zur Zersetzung der SAJ.-Gruppen. In Schlesien hat man einen Wettbewerb veranstaltet, wonach mit 30 SAJ.-Gruppen Auseinandersetzungen zu führen und sie zu zersetzen sind, aber nur mit 15 nationalsozialistischen Jugendgruppen! (Hört! Hört!) Es gäbe noch eine ganze Reihe weiterer Dinge für diese Anweisungen, die Hauptkraft gegen die Sozialdemokratie zu richten. Ich sagte vorhin schon, daß die Kommunisten die Unorganisierten poussieren und sie auf hervorragende Kampfpositionen stellen. Ich erinnere an den Artikel in der „Internationale" vom März dieses Jahres, in der die Kritik des Ruhrkampfes geübt wird, wo von den Phrasen, die zuerst über diesen Kampf gedroschen worden sind, aber auch nichts mehr übrig geblieben ist. Zuerst hatte man ein gewaltiges Anwachsen der Bewegung, die ganze Ruhrarbeiterschaft unter kommunistischer Führung, die andere Arbeiterschaft mit wachsender Sympathie für diesen Kampf gemeldet. Die Sammelbeträge wurden immer höher. Von alledem ist nichts übrig geblieben. Man muß zugeben, daß die Leute, die in die Kampfleitung gewählt worden sind, versagt haben, weil sie eben noch zu unerfahren gewesen sind. Das ist das große Verbrechen der Kommunisten an der Arbeiterklasse, daß sie glauben, solche Kämpfe provozieren zu müssen, und sie dann unter die Führung von Menschen stellen, die in ihrem Leben noch nicht einmal in eine Arbeiterorganisation hineingerochen haben und sich diese Adelung als revolutionäre Unorganisierte deswegen gern gefallen lassen, weil

sie damit die beste Entschuldigung für ihre jahrelange Beitragsdrückebergerei gefunden zu haben glauben. (Sehr richtig!)

Die Wahlerfolge der Kommunisten sind bekannt. Es ist fast bemerkenswert, daß sie nicht größer sind. Sie sind der Ausdruck von Verärgerung, von Protest arbeitender Wählerschichten. Sie sind gewiß nicht der Beweis für das Anwachsen einer zum offenen revolutionären Kampf bereiten Partei. Den besten Beweis dafür geben die Volksabstimmungen beim Panzerkreuzer A und über Auflösung des thüringischen Landtags, wo den Kommunisten nur ein ganz geringer Bruchteil der Wähler gefolgt ist, die vorher zu ihnen gestanden haben. Diese selben Leute haben wohl den Mut, sich bei der geheimen Wahl aus Verärgerung für die Kommunisten zu erklären, bekennen sich aber nicht offen für die Kommunisten. Es ist doch wohl die Frage, ob Thälmann den Glauben haben kann, daß diese Leute, die nicht einmal öffentlich sich zu ihm zu bekennen wagen, etwa mit ihm auf die Barrikade steigen werden. Er wird sein Generalspferd, wenn ihm eins zu seiner Generalswürde von Moskau zur Verfügung gestellt worden ist, lieber im Stall lassen und weiter wie bisher Agitationsstorbeeren pflücken.

Wenn wir in Deutschland auch Schädlingsprozesse veranstalten könnten, die die treffen sollen, die das Interesse des arbeitenden Volkes vernachlässigt, ja geschädigt haben, dann gehören in Deutschland die Kommunisten und alle diejenigen auf die Anklagebank, die die Kommunisten unterstützen. (Sehr richtig!)

Wir werden uns gegen alle Gegner behaupten, wir werden sie alle überwinden. Wenn uns auch in unserem Kampf hier und da ein Schützengraben eingedrückt wird, das macht nichts; das tut uns weh, aber wir wissen, daß in uns die Kräfte liegen und die Situation wiederkommt, wo wir zum Gegenangriff übergehen. (Sehr richtig!)

Es wird in der letzten Zeit hier und dort und auch in dem schon erwähnten Buch Nr. 2 der Marxistischen Büchergemeinschaft dem Parteivorstand der Vorwurf gemacht, daß er systematisch auf eine Entpolitisierung unserer Partei hinarbeitet. Kein Vorwurf gegen den Parteivorstand ist ungerechtfertigter als dieser. Welche Partei in Deutschland gibt ihren Mitgliedern und Funktionären so viel politisches Informations- und Instruktionsmaterial wie die Sozialdemokratie! Welche Partei in Deutschland veranstaltet so viele Schulungskurse für die Funktionäre, junge, alte und Spezialfunktionäre wie die Sozialdemokratie! Ist die Debatte über das Wehrproblem, die Koalitionsfrage, die Außenpolitik etwa Beweis einer Entpolitisierung unserer Partei? Ist die Mobilisierung einer 8,5-millionenköpfigen Wählerschaft, ist der ungeheure Abwehrkampf gegen den Faschismus, das fortgesetzte Einsetzen der Kräfte, die das Reichsbanner im Kampf gegen den Faschismus vornimmt, denkbar ohne einen starken politischen Willen in unserer Partei? Wer dirigiert denn die 55 000 Gemeindevertreter in Stadt und Land! Das wächst doch alles aus der Partei von unten und oben zusammen. Ich möchte gegen diesen Vorwurf den Parteivorstand besonders in Schutz genommen haben, wenn es überhaupt nötig sein sollte.

Ich hatte auf dem Herzen, noch einiges über die Werbearbeit in Stadt und Land, unter den Erwerbslosen, unter den Beamten zu sagen. Aber das alles sind keine Neuigkeiten, aber diese Dinge sind für das Leben und die Arbeit unserer Partei von Bedeutung und müssen deshalb immer wieder gesagt werden. Ich darf es mir aber deshalb ersparen, weil aus den Ergebnissen der Organisationsarbeit, die der Genosse Bartels noch berichten wird, feststeht, daß die Partei in dieser Hinsicht keine Mahnung und keinen Ansporn mehr braucht.

Wir alle werden wieder an unsere Arbeit gehen in dem Bewußtsein, daß der Aufstieg unserer Partei wohl einmal für kurze Zeit aufgehalten werden kann, daß es aber unmöglich ist, ihn ein für allemal zu hemmen. Wir werden unsern Aufstieg fortsetzen unter der Parole: Wo bleibt der zweite Mann? Diese Parole hat uns gezeigt, daß der zweite Mann da ist, daß er nur in Reserve steht, und daß auch noch der dritte und vierte Mann da ist. Die hier weilenden

Werber unserer Partei haben es bewiesen. Wir haben erlebt, daß diese Reserve aufsteht, in Reih und Glied tritt und in der ersten Reihe freudig begrüßt wird. Diese Parole ist nicht nur die Parole zur Verstärkung der Organisation, sondern aus dieser Parole, die den konkreten Zweck hat, jetzt die Kräfte für die Niederschlagung des Faschismus zu sammeln, muß die weitere Werbung wachsen, die uns die Kraft gibt, über das Niederschlagen des Faschismus hinaus den Kampf für die Verwirklichung unserer sozialistischen Ziele fortzuführen und zu Ende zu bringen. Es gilt für uns, über diese Parole hinaus Teilziele aufzustellen und dann zum Sturm auf die neuen Bastionen anzutreten. Wo haben wir die Massen bis jetzt noch am wenigsten erfaßt, wo folgen sie noch am stärksten dem Gegner? Dort heißt es: Wir müssen sie haben! Wo in den Gemeinden ist es möglich, zuerst die Mehrheit für uns zu erkämpfen? — Wir müssen sie haben! Welches Gesetz ist als Voraussetzung für die Verwirklichung unserer Ziele wichtig! — Wir müssen es fordern und für seine Durchführung kämpfen. Immer neue Vorstöße! Die Front, die so lebendig geworden ist, darf nicht wieder erstarren! Lassen Sie uns diese Zeit nützen! Die Niederringung des Faschismus, die Bekämpfung der Kommunisten, die uns am stärksten hindern, wird ein schöner Sieg für uns sein. Aber wir wollen einen neuen, schöneren Sieg damit vorbereiten, nämlich den Sieg unserer Ideale, den Sieg des Sozialismus! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag

Freitag, den 5. Juni 1931, 8.30 Uhr

Vorsitzender **Wels:** Ich mache darauf aufmerksam, daß nach der Geschäftsordnung des Parteitags, die Sie selbst beschlossen haben, Nr. 8, Abs. 8, vor Schluß des Parteitags abreisende Mitglieder dies dem Büro anzuzeigen haben und ihre Namen zu Protokoll zu vermerken sind. Das bedeutet nicht, daß derjenige, der sich nicht meldet, nicht vermerkt werden kann. Ich mache die Führer der Landsmannschaften dafür verantwortlich, daß die jetzt gemachte Mitteilung allen Delegierten bekannt wird, um sie zu veranlassen, bis zum Schluß der Tagung hier zu bleiben. (Bravo!)

Das Resultat der Vorstandswahl ist folgendes:

Als Vorsitzende:	Wels	332 Stimmen
	Crispien	318 Stimmen
	Vogel	318 Stimmen
Als Kassierer:	Bartels	366 Stimmen
	Ludwig	362 Stimmen
Als Sekretäre:	Westphal	332 Stimmen
	Juchacz	331 Stimmen
	Stelling	328 Stimmen
	Dittmann	301 Stimmen
Als Beisitzer:	Breitscheid	326 Stimmen
	Stampfer	312 Stimmen
	Hilferding	306 Stimmen
	Nemitz	302 Stimmen
	Moses	295 Stimmen
	Hildenbrand	293 Stimmen
	Stahl	292 Stimmen
	H. Schulz	275 Stimmen
	Ryneck	273 Stimmen
	Litke	270 Stimmen
	Frank	226 Stimmen

Kontrollkommission:	Löbe	350 Stimmen
	Bock	324 Stimmen
	Treu	322 Stimmen
	Hengsbach	313 Stimmen
	Brey	307 Stimmen
	Schönfelder	297 Stimmen
	H. Müller	275 Stimmen
	Crummenerl	248 Stimmen
	Lipinski	187 Stimmen

Außerdem haben Stimmen erhalten als Vorsitzende: Seydewitz 54, Sollmann 1 Stimme; als Sekretär: Oettinghaus 67 Stimmen; als Beisitzer: Hertz 197, Fleißner 99, Siemsen 92, Böchel 80, Ströbel 69, Rosenfeld 59 Stimmen; als Kontrollkommissionsmitglied: L. Schröder 182, L. Agnes 181, Thielemann 64 Stimmen.

Abgestimmt haben 387 Delegierte. Ungültige Stimmen waren bei Vorsitzenden keine, Kassierer keine, Sekretäre 2, Beisitzer 3 und Kontrollkommission 3.

Ich stelle in weiteren das Einverständnis des Parteitages fest, daß den drei Vorsitzenden die Befugnis zur Unterzeichnung von Urkunden und Erteilung von Vollmachten übertragen wird.

Entsprechend den Gepflogenheiten des Parteitags erhalten im Anschluß an den Bericht des Kassierers die Genossin Juchacz eine Redezeit von 15 bis 20 Minuten zu einem Bericht über die Frauenfrage und der Genosse Heinrich Schulz zu einem Bericht für den Reichsbildungsausschuß. Damit erst ist die Berichterstattung vorüber.

b) Kasse. Berichterstatter: Friedr. Bartels

Referent **Friedrich Bartels:** Der Genosse Ludwig, der diesen Bericht geben sollte, ist vor zwei Monaten schwer erkrankt. Der Parteitag hat ihm in einem Telegramm baldige Genesung gewünscht. Ich brauche nicht zu betonen, daß der Parteivorstand diesen Wunsch durchaus teilt, denn der Genosse Ludwig ist uns ein schätzenswerter Mitarbeiter.

Als unser Jahrbuch erschienen war, konnte man in einem bürgerlichen Blatte lesen, daß „die Sozialdemokratie ein imponierendes Gebilde organisatorischer Art" darstellt. Über den Kassenbericht hieß es insbesondere:

> Die Sozialdemokratie finanziert sich also fast ausschließlich aus Leistungen ihrer Mitglieder. Sie dürfte damit noch einzig unter den deutschen Parteien sein ebenso wie damit, daß die Sozialdemokratische Partei es riskieren kann, die Quellen und Verwendung ihrer Wahlgelder zu veröffentlichen. (Sehr richtig!)

Abgesehen davon, daß in diesen Worten das bemerkenswerte Eingeständnis liegt, daß die Geldquellen der anderen Parteien so trüb sind, daß sie es nicht wagen können, es zu veröffentlichen, liegt darin eine durch die Tatsachen erzwungene Anerkennung, die immerhin von den oft hämischen Bemerkungen stark absticht, die wir sonst in der bürgerlichen Presse gewohnt sind.

In der Tat berichtet unser Jahrbuch von einem ungeheuren Maß von politischer, organisatorischer, propagandistischer und bildender Aufklärungsarbeit, die in den zwei Jahren seit dem letzten Parteitag geleistet worden ist.

Hinter uns haben wir zwei Kampfjahre größten Ausmaßes, dazu aber auch Jahre einer Wirtschaftskrise, die sich bis zu einem nie dagewesenen Umfange steigerte, die leider noch anhält und deren Ende noch nicht einmal abzusehen ist. Über die Größe, die Ursachen und Auswirkungen dieser Weltwirtschaftskrise ist bereits ausgiebig gesprochen worden. Sie wurzelt im kapitalistischen System und beweist die Richtigkeit unseres Kampfes gegen dieses

System und für seinen Ersatz durch die sozialistische Gesellschaftsordnung. Natürlich ist die Erwerbslosigkeit mit ihren furchtbaren Auswirkungen auf die Arbeiterschaft auch an unserer Organisation und an unserem Kassenwesen nicht spurlos vorübergegangen. Die Anzeichen sprechen dafür, daß die Wirkungen sich im Laufe der Jahre in noch stärkerer Weise bemerkbar machen werden. Mit berechtigtem Stolze dürfen wir feststellen, daß unsere Organisationsziffern trotz der Krise nicht nur nicht zurückgegangen, sondern sogar erfreulich gewachsen sind. (Bravo!) Die Zahl der Parteimitglieder ist seit dem letzten Parteitag um rund 100000 gestiegen. Wir berichteten in Magdeburg über einen Organisationsstand von 937 381 Mitgliedern. Am 1. Januar 1930 waren es 1 021 777 und am 1. Januar 1931 1 037 384, davon waren rund 228 000 Frauen. Die Zunahme an Mitgliedern seit dem Magdeburger Parteitag betrug 100 000, davon 70 500 Männer und 29 500 Frauen. Davon im Krisenjahr 1930 allein 15 607, wovon mehr als die Hälfte Frauen sind.

Mit diesen Ziffern stehen wir weit an der Spitze aller politischen Parteien. Dieser Mitgliederstand trotz schwerster Notzeit zeigt uns die Treue zur Partei, die wohl nirgends so ausgeprägt zur Geltung kommt wie bei uns. (Sehr richtig!) Sie zeigt aber auch den Werbeeifer und den Willen zur Macht, die bei unseren Anhängern vorhanden sind. Besonders belebt ist die Agitation in diesem Jahre. Unter dem Gesichtspunkt, daß es jedem Parteimitglied möglich sein müsse, ein zweites Mitglied, einen zweiten Abonnenten für die Parteipresse zu werben, wurde die Parole herausgegeben: Wo bleibt der zweite Mann? Diese Parole hat gewirkt. Die Berichte aus den Bezirken sind durchaus günstig. Als Anerkennung für die erfolgreichsten Werber aus den Bezirken haben wir diese als Ehrengäste auf den Parteitag geladen. (Bravo!) Ich begrüße sie und spreche ihnen wie den vielen Tausenden, die in der gleichen Weise für die Stärkung der Partei gewirkt haben, den Dank und die Anerkennung des Parteivorstandes und des Parteitages aus. (Lebhaftes Händeklatschen.) Ich verbinde damit die Hoffnung, daß ihr Wirken recht viel Nachahmung finden möge.

Erfreulich gesteigert hat sich die Zahl der Ortsgruppen. Wir hatten im Jahre 1928 8462, im Jahre 1929 8916 und am 31. Dezember 1930 9844 Ortsgruppen, das heißt seit dem letzten Parteitag sind 828 neue Ortsgruppen gebildet worden. (Bravo!) Die Wirkungen der Krise machen sich natürlich auch auf unser Kassenwesen bemerkbar, hauptsächlich dadurch, daß man die Erwerbslosen entweder mit geringeren Beiträgen oder beitragsfrei führt. Die Beitragsleistungen betrugen im ersten Quartal 1930 rund 1 968 000, im vierten Quartal 1930 1 876 000 Mark. Gegenüber dem ersten Quartal dieses Jahres ist ein Rückgang von 91 000 Mark zu verzeichnen. Von diesem Rückgang sind allerdings am stärksten die Männermarken betroffen. Das hängt zum Teil damit zusammen, daß vielfach von Arbeitslosen die Marken geklebt werden, die wir für die weiblichen Mitglieder verwenden.

Die Einnahmen der Bezirke im letzten Geschäftsjahr betrugen rund 12 846 000 Mark, im Jahre 1929 waren es 11 020 000. Das ist eine Steigerung von 1,8 Millionen, wobei allerdings zu bedenken ist, daß wir inzwischen die Reichstagswahl hatten, durch die die Steigerung im wesentlichen hervorgerufen wurde. Die Mitgliederbeiträge sind, wie gesagt, etwas zurückgegangen. Darin machen sich eben die Auswirkungen der Krise bemerkbar. Der durchschnittliche Markenumsatz betrug im Jahre 1929 pro Mitglied 40 und ist im Jahre 1930 auf 37,5 zurückgegangen. Die Einnahmesteigerung der Bezirke im letzten Jahre ist einerseits auf die Sammlungen für Wahlzwecke, andererseits auf die stärkere Heranziehung der bessergestellten Mitglieder zu Beiträgen zurückzuführen. Wir haben bekanntlich in Magdeburg beschlossen, daß die Bezirke das Recht haben sollten, Mitglieder mit höherem Einkommen zu besonderen Beitragsleistungen heranzuziehen. Dadurch wurden im Jahre 1929 rund 159 000 Mark eingenommen. Sie sind im Jahre 1930 auf 434 000 Mark gesteigert

worden; also 275 000 Mark mehr. Sie finden eine Anzahl von Anträgen, die diese Sonderbeiträge anders geregelt haben wollen als bisher. Der Parteiausschuß hat zur Prüfung dieser Anträge eine Kommission eingesetzt, die Ihnen vorschlägt, den Antrag 205 anzunehmen, der diese Angelegenheit in einer anderen und, wie gesagt werden kann, besseren Art regeln will. Ich weiß, daß die Meinungen darüber auseinandergehen, daß Wünsche nach dieser und jener Richtung vorhanden sind. Ich verweise aber auf den letzten Absatz, wonach kleine Abweichungen von dieser Staffel mit Zustimmung des Parteivorstandes zulässig sein sollen. Ich würde es deshalb begrüßen, wenn ohne größere Debatte über diese nicht immer angenehme Angelegenheit hinweggegangen und dem Antrage 205 zugestimmt würde. Die Beiträge, die auf diese Art eingehen, verbleiben bekanntlich voll den Bezirken.

Daß neben den gesteigerten Einnahmen der Bezirke in noch stärkerem Maße auch die Ausgaben gestiegen sind, ist ja selbstverständlich und erklärt sich vor allem durch die Wahlausgaben. Hatten wir im Jahre 1929 in den Bezirken für Wahlen und Agitation eine Ausgabe von 4,2 Millionen Mark, so stieg dieser Betrag im letzten Jahre auf 5,8 Millionen Mark. Der Parteivorstand hat in letzten Jahren an Anteilen von Mitgliederbeiträgen 1,5 Millionen bekommen; im Jahre 1929 waren es 1,4 Millionen. Die Beitragsleistung an den Parteivorstand ist um rund 105 000 Mark gestiegen, wobei ich erwähnen will, daß im ersten Quartal des letzten Jahres ein starker Bezirk rückständige Beiträge des vorigen Quartals mit verrechnet hat. Die Hauptkasse, die Parteivorstandskasse, hat im letzten Jahre 4,1 Millionen Mark eingenommen. Auch hier spricht die Mehreinnahme durch die Reichstagswahl mit. Unter dieser Summe befinden sich 800 000 Mark, die uns von befreundeten Organisationen für Wahlzwecke übergeben wurden. Das Gesamtbild gestaltet sich folgendermaßen. Wir haben uns trotz der Wirtschaftskrise glänzend gehalten und können auf unser Organisationsgebilde, das uns bisher keine politische Partei nachgemacht hat und wohl auch keine nachmachen wird, stolz sein. (Bravo!) Dabei müssen wir uns bewußt sein, daß wir infolge der Wirtschaftsnot in steigendem Maße mit Schwierigkeiten zu rechnen haben werden. Es gilt, sie zu überwinden. Es ist selbstverständlich eine der Hauptaufgaben unserer Organisation, zu verhindern, daß das große Heer der Indifferenten und Verzweifelten weiter den scheinradikalen Strömungen von rechts und links verfällt. Das bei den großen Massen früher selbstverständliche Gefühl, daß die Sozialdemokratie die Helferin aller Notleidenden und Bedrängten ist, zu erhalten, zu festigen und zu wecken, darin liegt eine der großen Hauptaufgaben unserer Organisation.

Wie sieht es nun mit der Parteimitgliedschaft aus? Wir sind oft dem Gerede begegnet, daß die Sozialdemokratische Partei im wachsenden Umfange eine Partei der Leute mit höherem Einkommen sei, daß die Arbeiterschaft nicht mehr in der Partei überwiege, daß vielmehr Beamte, Leute in gehobenen Stellungen usw. einen immer stärkeren Einschlag in der Partei bildeten. Es wurde weiter behauptet, daß die Partei überaltere, daß die jungen Jahrgänge fehlten usw. Daß das falsch ist, wußten wir, aber wir wollten solchem Gerede das Wasser abgraben. Wir haben deshalb unter einem Teil der Parteimitglieder eine Berufs- und Altersstatistik aufgenommen. Zu diesem Zweck haben wir uns drei verschiedene Ortsvereinsgruppen mit unterschiedlichen Mitgliederzahlen ausgesucht. Es sind in 17 Ortsvereinen mit 1000 und mehr Mitgliedern, in 138 Ortsvereinen mit je 100 bis 1000 Mitgliedern und in 238 Ortsvereinen bis zu 100 Mitgliedern Erhebungen veranstaltet worden. Im ganzen wurden 393 Ortsgruppen mit 117 447 Mitgliedern erfaßt. Wir haben durch diese Statistik einwandfrei festgestellt, daß die Arbeiter und Angestellten in unserer Partei weitaus überwiegen. Unter den rund 117 000 Mitgliedern waren 59,48, also fast 60 Prozent, Arbeiter, 10,02 Prozent Angestellte, und wenn man dann noch die 17,14 Prozent Hausfrauen mitrechnet, dann bleiben noch ganze 13,36 Prozent für andere Berufsgruppen

übrig. Soweit die Mitgliedschaft in Frage kommt, haben wir festgestellt, daß bis zu 5 Jahren 46 Prozent, von 5 bis 10 Jahren 16 Prozent, von 10 bis 15 Jahren ebenfalls 16 Prozent, von 5 bis 10 Jahren 20 Prozent Mitglieder waren. Nun zum Lebensalter unserer Mitglieder! Bis zu 30 Jahren ist beinahe ein Fünftel unserer Mitglieder alt, bis zu 40 Jahren fast die Hälfte. Wenn wir das auf die Gesamtmitgliedschaft umrechnen — das Verhältnis dürfte überall ungefähr das gleiche sein —, dann können wir feststellen, daß von unseren Mitgliedern bis 45 Jahren 611 000 und über 45 Jahren 425 000 Mitglieder sind.

Nach diesen Feststellungen kann also keine Rede davon sein, daß etwa die obigen Behauptungen zu Recht beständen. Die Sozialdemokratie ist eine Partei des schaffenden Volkes. Sie ist jugendfrisch und kampfbereit, und ich glaube, daß auch die herrliche Demonstration des letzten Sonntags, bei der das junge Element so stark vertreten war, auch ein Beweis für diese Behauptung ist. (Sehr wahr!)

In der praktischen Schulungsarbeit in Gestalt von Kursen ist im Berichtsjahre viel geleistet worden. Die Bezirke haben eine Reihe von meist achttägigen Ferienkursen veranstaltet. Von den Bezirken aus haben 26 Kurse mit 756 Teilnehmern stattgefunden. Daneben sind zentrale Kurse, die der Parteivorstand in Verbindung mit dem Bildungsausschuß veranstaltet hat, gemacht worden, und zwar zwei Kurse für Parteisekretäre mit 51 Teilnehmern, ein Redakteurkursus mit 30 Teilnehmern, ein Geschäftsführerkursus mit 34 Teilnehmern und drei Frauenkurse mit 125 Teilnehmerinnen. Somit sind im ganzen sieben Kurse mit 241 Teilnehmern von der Zentrale veranstaltet worden. Sie fanden in Bollersdorf in der Märkischen Schweiz in der Nähe von Berlin statt. Die Ergebnisse waren durchaus zufriedenstellend.

An Ausschlüssen aus der Partei haben wir seit dem Magdeburger Parteitag 59 durchgeführt, und zwar hat der Parteivorstand auf Grund des § 28 Abs. 8 allein 28 Mitglieder auf Antrag der Bezirke ausgeschlossen. Durch Schiedsgerichte sind 13 Mitglieder ausgeschlossen worden. Die Schiedsgerichte haben weiter auf Rügen und Ehrverlust in 16 Fällen erkannt. Eine Zurückweisung der Anklage erfolgte in einem Falle, ein anderer Fall befindet sich noch in der Schwebe. In 4 Fällen ist Berufung beim Parteitag eingelegt worden.

Auf die umfangreiche Tätigkeit unserer Abteilungen will ich nicht näher eingehen. Was der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit mit seinen Unterabteilungen, die Arbeiterwohlfahrt, die Sozialistische Arbeiterjugend, die Werbeabteilung, die Kinderfreunde, die kommunalpolitische Zentrale, die Agrarpolitische Zentrale usw. geleistet haben, ist im Handbuch eingehend dargelegt worden; ich kann es mir daher ersparen, darauf noch einmal einzugehen.

Ich möchte nur noch einige Worte zur Parteipresse sagen. Was die Parteipresse für uns bedeutet, welch wertvolles Instrument für unsere Agitation sie darstellt, brauche ich hier nicht auseinanderzusetzen. Wie sehr wir bemüht waren, den geschäftlichen Aufbau unserer Parteigeschäfte zu fördern, sie technisch zu vervollkommnen, und damit ihre Leistungsfähigkeit zu steigern, darf ich wohl bei vielen von Ihnen als bekannt voraussetzen. Der Parteivorstand hat für diesen Zweck seinerzeit die Konzentration als eine besondere wirtschaftliche Abteilung geschaffen, und diese hat sich mit Geschick und Erfolg ihrer Aufgabe unterzogen. Wenn wir bisher von einer günstigen Entwicklung unserer Parteigeschäfte berichten konnten, müssen wir in diesem Jahre feststellen, daß die Wirtschaftskrise auch unsere Geschäfte stark in Mitleidenschaft gezogen hat, und voraussichtlich in der nächsten Zeit noch stärker in Mitleidenschaft ziehen wird. Insbesondere der Rückgang des Inseratengeschäfts wirkt sich bei vielen Betrieben sehr ungünstig aus.

Wie ungünstig diese Entwicklung ist, zeigen die wirtschaftlichen Ergebnisse unserer Parteigeschäfte. Wir hatten im Jahre 1928 103 Betriebe, die mit einem Gewinn, und 34 Betriebe, die mit einem Verlust abschlossen. Im Jahre 1929 verkleinerte sich die Zahl der Betriebe mit Gewinn auf 78, während sich die Verlustbetriebe auf 58 erhöhten. Im Jahre 1930 überwogen die Verlustgeschäfte. 56 Betriebe arbeiteten mit Gewinn, 78 Betriebe schlossen dagegen mit einem Verlust ab. Ich glaube, diese Entwicklungskurve zeigt uns, wie ernst die Wirtschaftslage mancher unserer Parteigeschäfte ist. Das drückt sich auch in der Zahl der beschäftigten Personen aus. Wir beschäftigten im Jahre 1928 7871 Personen, und zwar technisches, kaufmännisches, redaktionelles Personal. Im Jahre 1929 waren es 8188, also 317 mehr. 1930 waren es 8055, das heißt ein Weniger von 133 gegenüber dem Vorjahre. Die Zahl unserer Zeitungen beträgt 196. Von 107 Verlagen werden 108 eigene Druckereien unterhalten. 69 unserer Zeitungen sind Kopfblätter. Erfreulich ist allerdings, daß trotz der Krise der Abonnentenrückgang minimal ist. Er beträgt etwa 2½ Prozent der Gesamtleserschaft.

Die Not der Zeit und die Sorge um die Erhaltung unserer Presse zwingt uns zu Erwägungen, wie wir rationeller arbeiten und eine Schwächung unseres Presseapparates verhindern können. Es wird sich daher kaum vermeiden lassen, wie es auch bisher schon geschehen ist, daß wir Betriebe, die sich als lebensunfähig herausstellen, aufgeben und sie an leistungsfähige Betriebe und Geschäfte anschließen. Die Verlegung des Druckortes ist im Zeichen des Verkehrs nicht hindernd. In den meisten Fällen kann damit ein technisch inhaltlich weit besseres Blatt erreicht werden, kann es am Ort günstiger in Erscheinung treten, indem ein Laden in einer günstigen Verkehrsstraße gemietet wird usw. Wir wissen, daß derartige Maßnahmen fast nie ohne Schwierigkeiten mit den Parteigenossen am Orte durchzuführen sind. Die Genossen sind meist der Meinung, daß die Partei untergehen würde, wenn ihre kleine Druckerei, mag sie sich auch in einem noch so verlorenen Winkel befinden, aufgegeben würde. Wie unbegründet solche Sorgen sind, dafür haben wir viele Beispiele. Die Zeiten, wo die Partei die Gründung kleiner Blätter förderte, wo sie sich bemühte, möglichst in alle Winkel mit eigenen Blättern hineinzukommen, um Stützpunkte zu gewinnen, sind für viele Gegenden vorbei. Die Zeiten sind eben anders geworden. Es werden heute weit größere Ansprüche an eine Zeitung gestellt, und die früheren Verkehrsschwierigkeiten, die in vielen Fällen zwangen, in abgelegenen Orten eigene Druckereien aufrechtzuerhalten, existieren im Zeitalter des Autos nicht mehr. Der Druck am Ort ist also heute keineswegs mehr eine absolute Notwendigkeit. Man verlangt heute eine gut aufgemachte, aktuelle Zeitung, die die Konkurrenz mit den bürgerlichen Blättern aufnehmen kann.

Aus diesem Grunde hat der Parteivorstand auch durch den Pressedienst für unsere mittlere und kleinere Presse Matern geschaffen. Viele unserer Blätter haben dadurch bereits ein besseres Aussehen bekommen. Bei andern Parteizeitungen, die die Mater heute noch nicht beziehen, würde das ebenfalls erreicht werden können. Dadurch würde auch zugleich dazu beigetragen, daß das Defizit, das der Materndienst noch immer erfordert, dezimiert oder gar beseitigt würde.

Um Personaleinschränkungen zu vermeiden, haben wir uns bemüht, die von uns empfohlene Vierzigstundenwoche auch in unseren Betrieben durchzuführen. Das ist bisher nur mit geringem Erfolge möglich gewesen, da eine Einigung mit dem Personal über den damit verbundenen Lohnausfall schwer zu erzielen ist, und die Finanzverhältnisse unserer Geschäfte es vielfach nicht gestatten, in dieser Beziehung großes Entgegenkommen zu zeigen, zumal die Löhne unserer Druckereien meist erheblich über dem Tarif liegen. Anderseits ist das eine Maßnahme, die sich angesichts des Erwerbslosenheeres nötig macht, und die auch vom Vorstand des ADGB. allgemein für die Betriebe der Arbeiterschaft empfohlen wird.

Welche Werte in unseren Parteigeschäften investiert sind, zeigt ein Hinweis auf die dort aufgestellten Maschinen. Wir haben in Druckereien stehen

151 Rotationsmaschinen, 511 Setzmaschinen, 394 Schnellpressen, 240 Tiegel, 68 automatische Tiegel usw. Durch den Werbebeitrag ist erreicht worden, daß auch weniger gut fundierte Geschäfte mit Hilfe der bessergehenden nach Möglichkeit über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegkommen konnten. Wenn in zwei Anträgen der Wegfall der Werbebeiträge gefordert wird, so müssen wir vom Parteivorstand uns entschieden dagegen wenden, oder aber die Antragsteller müßten uns angeben, wie das durch den Fortfall der Werbebeiträge in den Finanzen entstehende Loch ausgeglichen werden kann. Im übrigen wird die Einziehung dieser Beiträge in durchaus entgegenkommender Weise gehandhabt. Wenn ein Geschäft nicht in der Lage war, den vollen Beitrag abzuführen, ist stets Entgegenkommen gezeigt worden. Erhebliche Differenzen mit den Geschäften selbst bestehen darüber auch nicht. Ich bitte also, es unter allen Umständen bei den bisherigen Zustande zu belassen.

Die Lage unserer Parteidruckereien und -verlage ist infolge der Krise schwierig; aber der größte Teil von ihnen ist so gesund fundiert, daß wir mit Recht hoffen dürfen, sie werden die schwierige Zeit überstehen, und das wichtige Instrument der Presse für unseren Kampf wird nicht gefährdet. Jedenfalls muß alles getan werden, um das zu verhindern. Wenn Maßnahmen nötig werden sollten, die an langjährigen Einrichtungen rütteln, so hoffen wir dafür auf Verständnis.

Damit will ich zum Schluß kommen. Die Gegenwart unseres Landes und Volkes ist sehr trübe. Wir haben schwerste Krisen im Wirtschaftsleben, und damit im Zusammenhang nicht abreißende Krisen in der Politik. Dunkel und ungewiß ist die Zukunft. Wie immer aber auch die Entwicklung der nächsten Zeit sich gestalten möge, nicht entbehren können wir eine straffe, schlagfertige Organisation (Sehr richtig!) und eine starke Presse, die treffend das zum Ausdruck bringt, was das Volkswohl erfordert. Organisation und Presse sind die Fundamente unserer Bewegung. Sorgen wir dafür, daß diese Fundamente stark und tragfähig bleiben! Unsere Jahresparole: „Wo bleibt der zweite Mann?" soll uns dazu helfen. Sie soll helfen zum Vorwärtstreiben unserer Bewegung. Sie soll uns den Weg zu unserem großen Ziel, zum Sozialismus, ebnen. (Lebhafter Beifall.)

Frauenbewegung

Marie Juchacz (Parteivorstand): Parteigenossen und Parteigenossinnen! Die Frauenbewegung wächst. Das ersehen Sie aus dem Jahrbuch. Ob wir mit diesem Wachstum zufrieden sein können, ist eine andere Frage. Ich bin es nicht, und ich betrachte die Unzufriedenheit in diesem Falle als eine Tugend. Ich möchte wünschen daß die Gesamtpartei mit der bisherigen Entwicklung noch nicht zufrieden ist, sondern ein immer besseres Ergebnis anstrebt.

Wenn Sie das Jahrbuch zur Hand nehmen und den Bericht von 1929 dazunehmen, können Sie beobachten, daß die Genossinnen von Jahr zu Jahr ihr Arbeitsgebiet vergrößern, daß die Arbeitsmethoden vielfältiger werden, daß die gesamte Arbeit intensiver wird. Diese erfreuliche Feststellung berechtigt zu der Hoffnung, daß wir die Zahl der Frauen in unserer Bewegung nicht nur vergrößern, sondern die Bewegung auch immer mehr vertiefen. Was die zahlenmäßige Entwicklung der Frauenbewegung anbelangt, so verweise ich auf das Jahrbuch S. 224/25, wo einmal **plastisch** dargestellt worden ist, in welchem Prozentverhältnis die Zahl der Frauen zur Gesamtbewegung steht. Aber wir müssen auch konstatieren, daß die zahlenmäßige Mitgliedschaft der Frauen allein nicht Maßstab für die Beurteilung der politischen Interessen der Frauen sein kann, besonders nicht in der gegenwärtigen Krise, in der es in den Familien

vielfach als genügend angesehen wird, wenn **ein** Familienmitglied — das ist dann gewöhnlich das Familienoberhaupt — Mitglied der Partei ist. Wir sehen aber auch einen wachsenden weiblichen Versammlungsbesuch und ein wachsendes Interesse der Frauen an den politischen Tagesfragen. Die Frauen werden ja von den politischen Tagesfragen heute so stark berührt, daß dieses Interesse automatisch erwachsen muß. Die Fragen des Lohnabbaues, der Lebensmittelverteuerung oder des ungenügenden Preisabbaues, der Bekämpfung des Faschismus sind auch für die Frauen von größter Wichtigkeit, weil sie in ihrer politischen Freiheit bedroht sind. Dieses wachsende Interesse der Frauen an den Tagesfragen der Politik geht aus der Vielfältigkeit der Berichte an das Frauenbüro des Parteivorstandes deutlich hervor.

Die Partei hat in den letzten Jahren sehr viel getan, um die Frauen systematisch für das politische Leben zu schulen. Ganz besonders haben wir unsere Aufmerksamkeit der Schulung der politischen Anfängerinnen gewidmet. Das ist vom Parteivorstand aus geschehen, und ich kann aus den Berichten **einzelner** Bezirke bestätigen, daß man dort — den Anregungen früherer Jahre folgend — das gleiche getan hat. Diese Schulung der jüngeren Kräfte ist eine besondere Notwendigkeit. Ich weise auch deshalb besonders darauf hin, weil Anfragen und zum Teil auch Beschwerden von Genossinnen gekommen sind, die meinten, daß hier eine Bevorzugung der jüngeren zu ihrem eigenen Schaden entstehe. Diese Befürchtung hat selbstverständlich eine Ursache. Die Genossinnen haben in der Kriegs- und Inflationszeit und auch noch vor dem Kriege vielfach auf eine solche Stütze für ihre autodidaktische Weiterbildung verzichten müssen; es war ihnen bedeutend schwerer gemacht, in das Gebiet des öffentlichen Lebens und die theoretischen Grundlagen der Parteipolitik einzudringen. Deshalb haben sie die berechtigte Befürchtung, daß sie womöglich nicht mitkommen oder gar zurückgedrängt werden. Hier ist das zu sagen, was bei dem Thema: „Jugend und Partei" bereits in so treffender Weise gesagt wurde, daß neben der theoretischen Schulung, die der Jugend zuteil wird, die praktische Erfahrung der Arbeit zu ihrem Rechte kommen muß. Die Partei steht vor so großen und vielfältigen Aufgaben, die sich immer noch vermehren, daß sie auf keine fähige Kraft verzichten kann. Wenn man der Ausbildung jugendlicher Menschen vergrößerte Aufmerksamkeit schenkt, dann muß immer wieder betont werden, daß auch die auf eigener Erfahrung und auf eigenem Lernen begründete politische Bildung für die Partei nutzbar gemacht werden muß. Erfahrung muß stets durch den jugendlichen Schwung ergänzt werden, da bei einer geistigen Bewegung die fortwährende Erneuerung durch die jüngeren Elemente eine Notwendigkeit ist.

Zur Nutzbarmachung der Kräfte: Wir müssen in der Partei auch darauf achten, daß jede Kraft an den für sie passenden Platz gestellt wird. Wir können es uns nicht leisten, aus einer gefühlsmäßigen Animosität heraus bestimmte Kräfte von der praktischen oder theoretischen Arbeit auszuschalten; wir haben vielmehr Ausschau danach zu halten, wie wir die Verwendungsmöglichkeiten auf die einzelnen verteilen, weil es notwendig ist, alle Kräfte zu mobilisieren. (Sehr richtig!) Die Genossinnen sollen gemäß ihrer Mitgliederzahl zu allen Parteiämtern zugezogen werden. Es kommt vor, daß, sei es, weil die Genossinnen die organisatorischen Vorbedingungen nicht übersehen, sei es, weil allgemein durch die ungeschickte Aufstellung von Kandidatinnen Fehler gemacht werden, eine Zersplitterung der Stimmen eintritt, wodurch dann eine Verletzung des Parteistatuts entstehen kann (Sehr wahr!), die nicht im Willen der in Frage kommenden Parteileitung liegt, sondern auf eine ungeschickte Handhabung der organisatorischen Bestimmungen zurückzuführen ist. So etwas ist auch hier geschehen. Darauf müssen wir achten und es bei nächster Gelegenheit gutmachen, wenn ein Malheur geschehen ist. Der Parteivorstand hat oft genug eingreifen müssen, wenn durch Zersplitterung von Stimmen auf Bezirkspartei-

tagen oder örtlichen Generalversammlungen etwas geschehen war, was eigentlich eine Verletzung des Parteistatuts darstellte.

Auch die Arbeiterwohlfahrt leistet eine umfassende fachliche Schulungsarbeit, die ihr innerhalb der Arbeiterbewegung einen besonderen Platz und auch Anerkennung verschafft hat. Diese Bildungsarbeit vermittelt in starkem Maße Gesetzes- und Verwaltungskenntnis. Die praktische Durchführung der Gesetze ist eine wichtige Bildungsarbeit sowohl für die ehrenamtliche Tätigkeit als auch für eine berufliche Facharbeit. Ich bitte, Ihre Aufmerksamkeit bei der Lektüre des Jahresberichts hierauf besonders zu lenken. Als Beispiel führe ich an, daß die Schule der Arbeiterwohlfahrt im Oktober 1930 ihre ersten Kursusteilnehmerinnen ins Examen entlassen hat, daß alle 42 Schüler und Schülerinnen die staatliche Prüfung mit gutem Erfolge bestanden haben, und daß auch in die praktische Arbeit vermittelt werden konnten. Das zeigt, daß wir es mit unserer Aufgabe ernst nehmen, den Verwaltungsapparat des Staates mit sozialdemokratischen Kräften zu durchsetzen. Im Anschluß daran möchte ich noch auf die große Fachliteratur hinweisen, die ebenfalls von der Arbeiterwohlfahrt herausgegeben wird. — Daß wir alle Kraft anspannen müssen, um eine Entwicklung hintanzuhalten oder mindestens zu erschweren, die darauf hinausläuft, die öffentliche Fürsorge wieder in stärkerem Maße der privaten Hand auszuliefern, ist ganz selbstverständlich. Die gegenwärtige große Wirtschaftskrise, die die Finanzen der Gemeinden so stark beschnitten hat, ist ganz dazu angetan, hier wieder eine rückläufige Entwicklung hervorzurufen, die nicht in unserem Sinne liegt.

Im Jahre 1929 haben wir als Thema des Internationalen Frauentages „Die Frauen und der Sozialismus" gewählt. Es war selbstverständlich, daß wir nach dem 14. September 1930 die Parole für die Frauen ausgegeben haben, den Kampf gegen den Faschismus zu führen, und ich kann sagen, daß die Frauen mit großer Begeisterung und Arbeitsfreudigkeit an diese Arbeit herangegangen sind (Zustimmung.), daß die Aufforderung an die Frauen, sich gegen eine Entwicklung zu wehren, die ihre politische Entrechtung mit sich bringen würde, in jeder Beziehung für die Partei von Nutzen gewesen ist. Aus einem ländlichen Bezirk wurde mir z. B. mitgeteilt:

> Die große wirtschaftliche Not, das Rechnenmüssen mit Pfennigen, ist der Gewinnung der Frauen als zahlende Mitglieder sehr hinderlich. Nur so ist der Erfolg des Internationalen Frauentages an männlichen Mitgliedern zu verstehen. 658 Männer und 257 Frauen sind in dieser Werbewoche gewonnen worden.

Das heißt, durch den Internationalen Frauentag hat ein Bezirk fast die dreifache Zahl von Männern gegenüber der Zahl der Frauen für die Gesamtpartei gewonnen.

Die jüngere erwerbstätige Frau, die nicht nur ihrer Tätigkeit, sondern auch ihrer Herkunft nach zur Arbeiterklasse gezählt werden muß, ist ungeheuer schwer zu gewinnen, und zwar liegen hier psychologische Gründe vor. Wir geben seit Jahren dauernd Anregungen, die auch dankbar aufgenommen werden. Aber immer wieder wird aus Bezirken, in denen die Frauenerwerbsarbeit, namentlich die industrielle Frauenerwerbsarbeit besonders stark ist, berichtet, daß das Herankommen an diese jüngere Frauenschicht besonders schwer ist. Das liegt daran, daß diese jüngeren, zum größten Teil unverheirateten Frauen mit einer falschen Einstellung zum Leben in den Daseinskampf hineingehen. Hier ist von der Partei noch eine starke Erziehungsarbeit zu leisten, die sich auf die älteren Genossen und Genossinnen, die hier einen erziehlichen Einfluß auszuüben haben, zu erstrecken hat. In unseren Parteiveranstaltungen und in unserer Presse muß auf diesem Gebiete noch eine viel stärkere Bildungs- und Erziehungsarbeit geleistet werden.

Daß unsere Genossinnen kein besonderes Interesse an den sogenannten frauenrechtlichen Fragen haben, hat seine Ursache darin, daß die Genossinnen innerhalb der Partei lange nicht so zu kämpfen haben, wie es bei den bürgerlichen Frauen in ihren Parteien der Fall ist. Bei uns wird in viel größerem Maße als bei den bürgerlichen Parteien Verständnis für die Forderungen gezeigt, die wir Frauen an die Gesetzgebung zu stellen haben. Nun brauchen Sie aber nicht zu glauben, daß die Genossinnen bei uns restlos zufrieden sind. Auch wir müssen innerhalb der Partei um unsere Geltung kämpfen. Aber wir wissen auch, daß dieser Kampf um die Geltung der Frauen verbunden sein muß mit einer selbstverständlichen Leistung. Die Geltung innerhalb der Partei muß durch die Arbeitsleistung für die Partei erkämpft werden. Das ist gar nicht immer so leicht, weil sich unausgesprochen doch ein gewisses Konkurrenzgefühl auswirkt. Die Frauen müssen auch fertig werden mit den Hemmungen in sich selbst; sie müssen, wie zum Beispiel dieser Parteitag gezeigt hat und wie es auch auf früheren Parteitagen der Fall gewesen ist, sich genau so wie die Männer zeitig genug zum Wort melden, damit ihnen nicht nachher aus einer gewissen Courtoisie heraus das Wort gegeben wird, weil sie Frauen sind; sie müssen sich eben überall mit den Ellenbogen energisch herandrängen. Sie müssen sich sagen: „Wenn der Vorsitzende nachher deinen Namen aufruft, wird dir schon irgend jemand das Stichwort gegeben haben."

Wenn ich davon sprach, daß die Genossinnen keine sehr große Neigung haben, sich frauenrechtlich zu betätigen, so bleibt doch bestehen, daß es eine ganze Reihe von Fragen gibt, die die Frauen in ihren eigenen Reihen diskutieren, weil es sonst überhaupt keine Möglichkeit der Aussprache gibt. Es liegt an der Überlastung der Partei mit tagespolitischen Fragen, daß diesen Spezialfragen von der Gesamtpartei nicht immer das notwendige Interesse entgegengebracht wird. Auch das sei kritisch-sachlich bemerkt, ohne damit etwa Bitterkeit hervorrufen zu wollen. Es geschieht nur, um der Wahrheit die Ehre zu geben.

Ich möchte im Zusammenhang damit Ihre Aufmerksamkeit auf den Antrag 112 lenken, von dem die Genossin Kern verfrüht beim Thema: „Kampf dem Faschismus" gesprochen und ihn zur Annahme empfohlen hat. Ich empfehle diesen Antrag ganz dringend der Ablehnung. Dieser Antrag ist durch das Parteistatut überholt, in dem gesagt ist, daß Parteigenossen keiner Organisation angehören sollen, die gegen die Partei kämpft. Es sind hier der Staatsbürgerinnenverband und die Frauenliga für Frieden und Freiheit genannt. Ich könnte Ihnen aus dem Handgelenk 20 oder 25 Organisationen nennen, über die uns aus den Bezirken in den letzten beiden Jahren Anfragen über Anfragen gesandt wurden. Wir können nicht zwei Organisationen herausgreifen und ihre Neutralität vor dem Parteitag prüfen. Sonst müßte Ihnen ein großer Vortrag dem Umfang nach von der Art gehalten werden, wie Sie ihn in dieser Woche auf dem Parteitag gehört haben. Die Bedeutung der Materie aber kann mit diesen großen politischen Problemen nicht gemessen werden.

Der Antrag würde aber eine Ausnahmebestimmung gegen die Genossinnen schaffen. Unsere Genossen sind heute auch Mitarbeiter, Mitglieder oder gelegentliche Referenten für die eine oder die andere Organisation. Solche Fragen lassen sich tatsächlich nur von Fall zu Fall entscheiden und sind stark abhängig von der Einsicht und dem Takt des einzelnen Genossen. Ich befasse mich mit dem Antrag deshalb ein wenig näher, weil ich auch unter den Sündern bin, gegen die der Antrag eine gewisse Anklage darstellen soll. Ich bin höchstens in irgendeiner Körperschaft Mitglied, in die mich Parteivorstand oder Arbeitsausschuß oder Arbeiterwohlfahrt delegiert. Niemals war ich Mitglied des Staatsbürgerinnenverbandes. Aber es gibt Genossinnen, die auf Grund ihrer früheren Tätigkeit, aus Traditions- und Zweckmäßigkeitsgründen und weil es auch ihr gutes Recht ist, noch Mitglieder anderer Organisationen sind, das Parteistatut ist für sie maßgebend. Worauf es ankommt, ist, daß man alles fernhält, was zellenbauerische Tendenz hat. Alle Bestrebungen müssen mit Wachsamkeit abgewandt

werden, die sich vielleicht auf Kosten oder den Schultern unsrer Organisation aufbauen oder stützen wollen. Aber das ist von Fall zu Fall von den Organisationen draußen oder vom Parteivorstand zu erledigen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Lipinski:** Zur Ergänzung des Berichtes hat für den Reichsbildungsausschuß das Wort der Genosse Heinrich Schulz.

Reichsbildungsausschuß

Heinrich **Schulz** (Parteivorstand): Der Abbau, dieser unerwünschte und unbarmherzige Diktator unserer Zeit hat seine harte Hand auch auf das Bildungs- und Kulturleben gelegt. Das ist begreiflich, da die Kultur ihre realen Werte für das Zusammenleben der Menschen nicht so unmittelbar und greifbar und zählbar nachweisen kann wie wirtschaftliche Einrichtungen. Ich spreche es aber gern aus, daß sich der Abbau im Bildungswesen der Partei bisher noch eine wohltuende Zurückhaltung auferlegt hat. Ich bitte die Genossen, auch weiterhin dem Bildungswesen mit der nötigen Schonung zu begegnen, wie ich die in der Bildungsarbeit tätigen Genossen bitte, sich bei ihren Forderungen auf das Notwendige zu beschränken. So fordern die Hamburger Genossen in einem Antrag die Einrichtung einer Reichsparteischule. Wie sympathisch ich persönlich diesem Antrag gegenüberstehe, brauche ich nicht zu betonen, dennoch bitte ich, ihn nicht anzunehmen, sondern nur dem Parteivorstand zu überweisen. Ich bin ehrlich genug, zuzugeben, daß wir im laufenden Jahre den Antrag nicht verwirklichen können, weil es die allgemeine Not der Zeit verbietet. Bis auf weiteres müssen wir Ersatz durch Bildungseinrichtungen anderer Art schaffen.

Ich richte die Bitte um Schonung auch an die Genossen und Genossinnen, die in Reich, Ländern und Gemeinden als Regierende, Verwaltende und Abgeordnete tätig sind. Bei den rücksichtlosen Durchforstungen und Baumschlägen in den Haushalten trifft die Wucht des Schlages zumeist die Ausgaben für das Kulturwesen. Dabei handelt es sich durchweg nur um geringe Summen, an die aber sehr hohe kulturelle Werte gebunden sind.

Auch die Massenarbeitslosigkeit spielt in diese Frage hinein, einmal dadurch, daß die Arbeitslosen bei der wirtschaftlichen Grundlegung der Bildungsarbeit ausfallen und sie dadurch erschweren, andererseits dadurch, daß gerade für die Arbeitslosen geeignete Bildungsmaßnahmen dringend notwendig sind. Es ist von den Gewerkschaften und den Volksbildungsorganisationen aller Richtungen an das Reich ein Gesuch gerichtet worden, für kulturelle Veranstaltungen für die Arbeitslosen einige Millionen freizumachen. Leider ist dem Gesuch nicht in dem gewünschten Maße stattgegeben worden. Immerhin sind einige Maßnahmen für erwerbslose Jugendliche getroffen worden.

Aber ich muß noch auf eine andere Abbaugefahr hinweisen, die nicht auf wirtschaftlichem Gebiet liegt. Kulturreaktionäre aller Richtungen suchen die politische Situation auszunutzen, um einige Freiheiten der Republik abzubauen. Besonders auf dem Gebiet des Filmwesens. Was neuerdings an Verboten von Filmen geleistet wird, artet allmählich zu einem kulturellen Skandal aus. Es ist notwendig darauf hinzuweisen, daß wir in Deutschland eine Zensur grundsätzlich nicht mehr haben. Wenn bei der Verfassungsberatung in Weimar beim Filmwesen eine Ausnahme gemacht wurde, so habe ich persönlich diese schwache Stunde in Weimar stets sehr bedauert. Wir sind damals aus der allgemeinen Toleranz der Republik heraus den Einflüsterungen von der rechten Seite des Hauses gefolgt, insbesondere auch weil in der unmittelbaren Nachkriegszeit einige Filmproduzenten die neue Freiheit gar zu arg mißbrauchten. Aber die damaligen Gründe für eine Filmzensur sind längst dahin. Die Filmproduzenten sind vorsichtiger geworden. Im übrigen muß für die Filmkunst wie für alle anderen Künste die Zensur der öffentlichen Kritik genügen. (Sehr richtig!) Mit dem Wegfall der Gründe, die damals für die Filmzensur sprachen, ist leider die Filmzensur selbst nicht gefallen. Sie greift heute sogar auf Gebiete über, die sie gar nichts angehen. So war das Verbot eines Parteifilms und die Begründung dafür unerhört. Das Verbot des Remarque-Films ist geradezu zu einer Katastrophe für unser Ansehen im Ausland geworden. (Sehr richtig!) Es ist ein unerhörter Mißbrauch des Lichtspielgesetzes, wenn es sogar zur Beschränkung der politischen Meinungsfreiheit benutzt wird. (Sehr richtig!) Übrigens ist es den vereinten Bemühungen von Partei und Gewerkschaften gelungen, den hervorragenden zeitgeschichtlichen Remarque-Film wenigstens für geschlossene Veranstaltungen frei zu bekommen. Ich hoffe, daß in wenigen Tagen die endgültige Entscheidung fällt. Dann können alle Parteivereine, Gewerkschaften und sonstige Organisationen in geschlossenen Veranstaltungen diesen Film vorführen. Wir bitten, davon möglichst großen Gebrauch zu machen.

Neuerdings werden die Bemühungen mit neuen Mitteln fortgesetzt, den Film zu einem Bildungsmittel für die Arbeiter zu machen und zwar nicht nur für die allgemeine Bildung, sondern auch für eine besondere Einführung in den Sozialismus. Sie haben gestern abend in diesem Saal den Versuch miterlebt, durch den Film „Des Geistes Schwert" den Marxismus zu erklären. Dieser Film ist gewiß noch nicht in allen Teilen geglückt, man muß aber ohne weiteres den guten Willen und auch manche Einzelheiten dieses Films anerkennen. Vielleicht haben sich die Produzenten die Aufgabe noch zu schwer und zu umfassend gestellt, sie werden bei weiteren Versuchen lernen. Jedenfalls wollen wir sie durch ein freundliches Wort der Anerkennung gern aufmuntern, mit ihren Versuchen fortzufahren.

Weit in den Vordergrund auch der sozialistischen Bildungsarbeit ist in den letzten Jahren der Rundfunk getreten. Es ist beispiellos, mit welcher Schnelligkeit und Intensität und in welchem Umfang das Funkwesen die gesamte Kulturwelt erobert hat, welche ungeahnten Wirkungen von dieser wunderbaren technischen Erfindung ausgehen! Ich kann auf Einzelheiten nicht eingehen, möchte aber aussprechen, daß wir erst am Anfang dieser Bewegung stehen. Wir Sozialdemokraten, besonders die sozialistische Bildungsarbeit, haben die Pflicht, aus politischen und kulturellen Gründen diesem Faktor unbegrenzter Möglichkeiten die größte Aufmerksamkeit entgegenzubringen und intensiv am Funkwesen mitzuarbeiten. Es will immerhin schon etwas bedeuten, daß bei dem Sozialdemokratischen Kulturtag in Frankfurt a. M. im Herbst 1929 die für diesen Zweck neu geschaffene Arbeitermusik auf fast alle Sender Deutschlands und damit gleichzeitig vor das Ohr von ganz Deutschland und darüber hinaus gebracht werden konnte. Nicht minder erfreulich ist der jüngste Fortschritt: daß wir auf den Deutschlandsender und gleichzeitig auf fast alle übrigen Sender eine würdige Maifeier bringen konnten. Weitere neue Nutzungsmöglichkeiten des Funks sind in Vorbereitung; sie lehnen sich neuerdings besonders an das gemeinsame Abhören von Veranstaltungen an. Die deutsche Welle wird im nächsten Winter besondere Abhörabende für diesen Zweck einrichten. Aber auch jede andere Funkdarbietung kann für gemeinsamen Empfang benutzt werden. Ganz allgemein kann ich nur die Parole ausgeben: Mitarbeiten überall, wo man nur kann, und von allen Organisationen, die in Betracht kommen: Partei, Gewerkschaften, Bildungsbewegung, Jugend-, Sport-, Gesangbewegung und nicht zuletzt der Arbeiterradiobund. Der sozialistische Einschlag fehlt noch sehr in dem Programm der verschiedenen Sender. So sind in dem mir soeben zugegangenen Juliprogramm der deutschen Welle sozialistische Redner nur in sehr geringem Maße vertreten. Bei allen Sendern müssen unsere Organisationen auf dem Posten sein. (Sehr richtig!)

Auf die Jugendbewegung, die Kinderfreundebewegung brauche ich nicht einzugehen. Es ist bereits gestern geschehen. Auch die Versuche, neue Formen

kulturell gehobener Geselligkeit zu schaffen, will ich nur im Vorbeigehen streifen. In wenigen Tagen wird hier in Leipzig eine Konferenz stattfinden, die sich mit der Geselligkeits- und Festkultur befaßt. Ich wünsche den Beratungen selbstverständlich besten Erfolg, würde mich aber freuen, wenn die Veranstaltung auch zu solchen Bereicherungen der sozialistischen Festkultur Stellung nehmen würde, die mir hier in Leipzig überreicht worden ist und die ich persönlich nicht als solche ansehen kann.

Es ist mir ein Song übergeben worden, der im Arbeiter-Theaterverlag Alfred Jahn, Leipzig, erschienen ist, Nr. 5, „Bonzentanz", Worte und Musik von Lobo Frank, ein Name, den ich auch „auf den Festprogrammen dieses Parteitages gesehen habe. Es heißt da als „Spielanmerkung":

In die Mitte des Podiums stellt man einen auf Pappe gemalten roten Dachgiebel, mit einem großen runden Fahnenlochausschnitt, um den die Arbeiter rechts und links gruppiert sind. Der Bonze steckt zu den betreffenden Textstellen seinen Kopf durch das Fahnenloch. Es macht dem Spiel keinen Abbruch, wenn stets der gleiche Bonze heraussieht. Die Wirkung wird aber gesteigert, wenn der Darsteller jeweils durch Hornbrille, Kneifer, Schnurrbart oder hinter das Ohr gesteckten Federhalter, sowie beim Tanz durch jeweils andere Körperhaltung den Bonzen flüchtig charakterisiert. Auch soll der Bonze, im Gegensatz zu den Arbeitern, möglichst vornehm gekleidet sein. Bei „Darf ich bitten" kommt er hinter dem Giebel hervor, nach dem Tanz verschwindet er schnell wieder hinter ihm. Das Ganze kann als lustige Improvisation wirken.

1.

Arbeiter (singen):
Wir haben gebaut ein schönes Haus,
ein rotes Gewerkschaftshaus.
Der Bonze, der guckt zum Fahnenloch heraus,
zum Fahnenloch heraus.

Bonze (steckt den Kopf durchs Fahnenloch und kommandiert):
Aufgepaßt! Angefaßt!
Nicht gemuckt! Nicht gezuckt!
Der Sozialismus, der marschiert!

Arbeiter (schrecken wie mechanische Puppen scherzhaft zusammen; dann lachen sie herzhaft auf):
Ha ha ha ha ha ha ha ha! Ha ha ha ha ha ha ha ha,
ha ha, ha ha!
(Sie nähern sich mit harmlosem Spott dem Giebel.)
Lieber Bonze, komm herunter!
Alles geht schon drauf und drunter!
Lieber Bonze, reih' dich ein,
denn du willst ja, denn du willst ja
auch Prolete sein!

Ein Arbeiter (spricht mit einer scherzhaften Einladung zu dem Bonzen).
Darf ich bitten, Herr Stadtrat?!
(Die Arbeiter holen den Bonzen hinter dem Giebel hervor.)

Ein anderer Arbeiter (tanzt mit dem Bonzen).

Die Übrigen (singen dazu und klatschen dabei in die Hände):
Laßt die Bonzen tanzen,
eh' sie dick und rund.
So ein kleiner Dreher
ist ja so gesund!

Der Bonze (bleibt, nach Atem ringend, stehen und ruft):
Auto! — Auto! — (Verschwindet hinter dem Giebel.)

Nachdem man so den Gewerkschaftshausbonzen durchgehechelt hat, kommt der Bonze für das rote Konsumhaus dran, dann der Bonze für das rote Turnerhaus und schließlich der Bonze für das rote Jugendhaus.

Ich bitte mich nicht mißzuverstehen! Wer keinen Humor, keine Satire vertragen kann, auch wenn sie sich gegen ihn selbst richtet, soll sich begraben lassen. Aber dieser „Bonzentanz" ist weder geistvolle Satire, noch ein heiterer Festbeitrag. Er soll lediglich den Zweck haben, in die gleiche Kerbe der Verhöhnung der älteren Genossen zu hauen, von der wir auf diesem Parteitag einiges erlebt haben. So kann man aber junge Parteigenossen nicht zur Freude an der Partei erziehen. (Sehr richtig!)

Ich muß noch auf zwei Anträge eingehen, die Ihnen gedruckt vorliegen. Antrag 185 will eine Sozialistische Hochschulgemeinschaft schaffen. Wie wichtig sie ist oder doch werden kann, brauche ich nicht mehr darzulegen, das hat Genosse Berlowitz gestern eingehend getan. Was wir Ihnen zur Annahme empfehlen, ist von allen beteiligten Organisationen unter Führung des Parteivorstandes in eingehender Besprechung ausgearbeitet worden. Ich bitte Sie, diese Resolution einstimmig anzunehmen. Ich verspreche mir davon eine starke Wirkung auf den studentischen Nachwuchs.

Antrag 184 will besonders Berufsgruppen und Arbeitskreise, die sich in der Partei gebildet haben, in geeigneter Weise zusammenführen und in unsere Bildungsarbeit einfügen. Bei den sozialistischen Lehrern ist dies schon seit langen Jahren der Fall und die Zusammenarbeit hat sich aufs beste bewährt. Wir möchten aber auch den besonderen Sachverstand der sozialdemokratischen Juristen und Ärzte und die neu zu schaffende Hochschulgemeinschaft zur zweckmäßigen Zusammenarbeit miteinander gewinnen statt sie ohne Zusammenhang oder gar gegeneinander wirken zu lassen. Diese neue Zusammenfassung macht zur Bedingung, daß alle, die an ihr teilhaben, der Partei angehören müssen und daß die ganze Arbeit dieser Parteikreise an die Parteiarbeit und Parteiaufsicht gebunden ist. Die Arbeitskreise sollen, wie ich noch besonders betonen möchte, innerhalb der Gemeinschaft die für ihre Arbeit notwendige Selbständigkeit behalten. Auch für diesen Antrag bitten Parteivorstand und Parteiausschuß um Ihre Zustimmung.

Noch eine kurze Schlußbemerkung! Im September dieses Jahres werden es 25 Jahre, daß der Mannheimer Parteitag den Zentralbildungsausschuß eingesetzt und damit einen neuen Abschnitt unserer sozialistischen Bildungsarbeit eingeleitet hat. Wir wollen die Erinnerung an diesen Tag durch eine allgemeine Werbung für die sozialistische Bildungs- und Kulturarbeit begehen. Das Thema soll lauten: Bildung und Politik. Wir wollen durch diese Veranstaltung, zu der wir alle parteigenössischen Bildungsorganisationen aufrufen, für den Bund von Politik und Bildung demonstrieren, für eine Politik, die nicht mit Schlagworten und Schlagringen, sondern mit schlagenden Beweisgründen arbeitet, und für eine Bildung, die nicht lebensfremd in der ungeheuren Bildungsmasse herumstochert, sondern die sich Ziel und Richtlinien vom Sozialismus geben läßt und praktisch wieder in die politische Arbeit der Sozialdemokratie einmündet. So soll gewissermaßen das bekannte Wort unseres alten Wilhelm Liebknecht als Motto über dieser großen Demonstration stehen: Wissen ist Macht und Macht ist Wissen! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Kontrollkommission

Referent **Wilhelm Bock** (stürmisch begrüßt): Liebwerte Genossinnen und Genossen! Mein Bericht umfaßt die Geschäftszeit vom Magdeburger Parteitag bis heute.

Die Kontrollkommission hat, wie üblich, an jedem Quartalsschluß die fällige Revision vorgenommen.

Zwischenrevisionen erübrigten sich, da die Führung unseres Kassenwesens in mustergültiger Art vor sich geht.

Bei allen Revisionen stellten die Kontrolleure fest, daß Kasse, Bücher und Belege in bester Ordnung waren.

Bei der Größe und dem Wachstum der Partei hat sich die Zahl der Angestellten und die Zahl der Institute und Einrichtungen zu einem mächtigen Apparat ausgewachsen. Sie finden das alles geordnet im Jahrbuch registriert. Da dasselbe aber nicht allgemein gelesen wird, bringe ich hier nur den Hauptteil zur Kenntnis der Öffentlichkeit.

Die Partei arbeitete mit einem Etat im letzten Jahre von 4 104 004,60 Mark, hat 162 Angestellte und 65 Bezirkssekretäre. An Einrichtungen sind vorhanden: Der Reichsausschuß für Bildungswesen, die Konzentration, das Pressebüro, der Bücherkreis, das Archiv, die Arbeiterwohlfahrt, die Sozialistische Arbeiterjugend, die Inseraten-Union A.-G., die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, der Buchhandel, der Film- und Lichtbilddienst. Unter der Leitung der Partei werden herausgegeben: „Die Gesellschaft", „Das Freie Wort", die „Sozialistische Bildung", „Die Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz", „Der Wahre Jakob", die „Frauenwelt", die „Gemeinde".

Was für eine gewaltige Arbeit alle diese Einrichtungen erfordern, wenn alles tadellos, wie bisher, funktionieren soll, darüber mögen die Mitglieder auch einmal nachdenken. Die „Bonzen" sitzen bei uns nicht nur auf dem Drehstühlchen, es muß jeder sein Arbeitsquantum erledigen.

Auch einen Teil dieser Institute haben wir kontrolliert, über die anderen ließen wir uns berichten und informieren. Hinzu kommen noch die Verwaltung der Häuser Lindenhaus A.-G. und Belle-Alliance-Platz sowie das Bebel- und Marx-Haus.

Wenn ich schon auf dem letzten Parteitag über die in unserem Kassenwesen herrschende Ordnung unserer Freude Ausdruck gab, so gilt auch heute noch, daß wir mit Stolz auf unsere Verwaltung blicken können, wenn in einer Zeit der Überkorruption, der grassierenden Unterschlagungen und der epidemischen Betrügereien bei uns alles in Takt ist.

Ehrlichkeit und Treue sind zwar Selbstverständlichkeiten, aber die zahllosen Abweichungen in gegnerischen Lagern zeigen uns, daß die Sozialdemokratie unseren Feinden auch auf diesem Gebiet als Vorbild dienen kann. (Bravo!) Alle notwendigen und geschäftlichen Angelegenheiten der Partei haben wir, Parteivorstand und Kontrollkommission zusammen, in gemeinsamen Sitzungen besprochen.

Am 6. Oktober fand auf Einladung des Vorstandes eine gemeinsame Sitzung statt, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Außerdem hat die Kontrollkommission an sämtlichen Sitzungen des Parteiausschusses teilgenommen. Beschwerden gingen der Kontrollkommission zwei zu, eine gegen den Bezirksvorstand der Pfalz von der Ortsgruppe Rheingönheim, die zweite vom Genossen Dünhoff (Hagen i. W.) gegen die Konzentration.

Die Beschwerde Rheingönheim richtete sich gegen den Bezirksvorstand Ludwigshafen. Der Bezirksvorstand hatte am 7. und 8. Juli einen Antrag auf Beitragserhöhung mit 111 gegen 56 Stimmen abgelehnt. Eine Konferenz des Unterbezirks Ludwigshafen hat die Erhöhung des Beitrags mit 28 gegen 22 Stimmen beschlossen. Die Beschwerdeführer machten geltend, daß der Unterbezirksparteitag kein Recht habe, den Beitrag zu erhöhen, nachdem der Bezirksparteitag dies abgelehnt hat. Sie beschwerten sich weiter, daß ein Antrag auf schriftliche Abstimmung über die Erhöhung der Beiträge unberücksichtigt blieb, und wollten wissen, ob sie für ihren Ort eine Beitragserhöhung ablehnen könnten.

Nun hat am 1. Februar 1930 der Bezirksvorstand der Neustadt einstimmig beschlossen, den Beitrag auf 70 Pfennig zu erhöhen. Der Bezirksausschuß hat diesem Beschluß zugestimmt. Damit ist § 12 des dortigen Parteistatuts erfüllt, der besagt, daß der Bezirksvorstand und Bezirksausschuß die Höhe des Beitrags festsetzen. Wir ersuchten die Mitglieder, den rechtmäßig zustandegekommenen Beitragsbeschluß zu beachten, da ohnedies der Bezirk Ludwigshafen die niedrigsten Beiträge zahlte.

Die Beschwerde des Genossen Dünhoff war sehr umfangreich, und zur Beratung war Dünhoff selbst erschienen. Er erklärte, daß er mit seiner Beschwerde nicht bezwecke, in seine Stellung, aus der er entlassen war, wieder eingesetzt zu werden. Hauptgrund seiner Beschwerde sei, daß er und seine Familie von dem Makel befreit werden, die durch die Art und die Gründe, die angeblich zu seiner Entlassung geführt hätten, ihm ungerechtfertigterweise unterschoben worden seien. Hauptsächlich sei ihm der Vorwurf gemacht worden, daß er zu hohe Spesen berechnet habe. Er schilderte die Schwierigkeiten, die er bei seiner Berufung und Geschäftsführung gefunden habe. Ein mit Schulden überlastetes Geschäft in einem Ort, in dem die Parteiverhältnisse im Aufbau ungünstig gewesen seien. Trotzdem sei es ihm gelungen, den Grund zu einer günstigen Entwicklung des Parteigeschäftes zu legen, den es nunmehr nehmen könne.

Die Genossen Konrad Ludwig und Rupprecht betonten, daß niemand dem Genossen Dünhoff unlautere Motive unterstelle oder daß er sich bereichert habe. Auch seine Fähigkeit habe man anerkannt. Die Lage des Geschäfts habe aber erfordert, daß größte Sparsamkeit hätte obwalten müssen.

Nach eingehender Beratung, an der neben dem Beschwerdeführer die Genossen Rupprecht und Ludwig teilnahmen, stellte die Kontrollkommission ihre Auffassung wie folgt fest: Die mißliche Lage des Geschäftes in Hagen in Westfalen, insbesondere die ungenügende Leserzahl der Parteizeitung kann nicht nur dem Beschwerdeführer zur Last gelegt werden, sondern ist mit auf die ungünstigen Verbreitungsgebiete zurückzuführen. Genosse Dünhoff hat in Verkennung dieser Lage dem Geschäft Ausgaben zugemutet, insbesondere Spesen verausgabt, die das kleine Geschäft nicht tragen konnte. Die Kontrollkommission hat aber nicht den Eindruck gewonnen, daß der Beschwerdeführer aus Eigennutz oder zu seinem Vorteil handelte. Die Konzentration A.-G. hat die Entlassung des Geschäftsführers Dünhoff durch die Gesellschafter gefordert. Sie hat mitgeteilt, daß sie Dünhoff für den schwierigen Posten als Geschäftsführer in Hagen nicht für geeignet hält, daß er aber in einem anderen, seiner Begabung und seinen Fähigkeiten besser entsprechenden Platze erfolgreich arbeiten könne.

Der Verkehr zwischen Parteivorstand und Kontrollkommission war ein kollegialer, wie er auch unter dem größten Teil der Genossen üblich ist. Eine Beschwerde gegen den Parteivorstand ist in den letzten beiden Geschäftsjahren nicht eingegangen — ein Beweis seiner mustergültigen Führung. Nur unter einem solchen Impuls ist es zu verstehen, daß die Entwicklung der Partei trotz der Todfeindschaft von rechts und links und des antimarxistischen Spießbürgerblocks der Mitte sich so glänzend entwickeln konnte, indem sie ihre Mitgliederzahl über eine Million steigerte. Deshalb halten auch wir, die Kontrollkommission, uns für verpflichtet, allen Werbern für ihre Mühe und Arbeit unseren innigsten Dank abzustatten.

Nicht zu vergessen die glückliche Wahl der Parole des Genossen Wels: Wo bleibt der zweite Mann?

Diese um 50 000 überschrittene Million Mitglieder und deren Einfluß auf die Massen repräsentieren eine Macht, die der grenzenlosen Mißwirtschaft des Kapitals ein Ziel setzen wird. Aber diese Macht wird und kann sich nur dann voll und ganz auswirken, wenn die Sozialdemokratische Partei in allen Handlungen einig und geschlossen vorgeht. Dann, aber auch nur dann sind wir des Erfolges sicher. Fehler, wie wir sie in jüngster Zeit erlebten, dürfen sich nicht wiederholen. Es könnten ja sonst noch andere Gruppen mit demselben Recht geltend machen, wenn zum Beispiel die religiösen Sozialisten, die Freidenker, die Sportler, die Alkoholgegner, Gewerkschafter usw. ihre Eigenart in der Partei

durchsetzen wollten. Jetzt ist die Sozialdemokratie die stärkste Säule des Menschentums. Dann würde sie das lächerliche Gebilde der Zwietracht.

Ich habe schon in meinem letzten Bericht gesagt: Eine Millionenpartei muß im eigenen Interesse allen ihren Gliedern freie Meinungsäußerung und das unbeschränkte Recht der freien Kritik gewähren, so daß jede Frage durch und durch kritisiert werden kann. Sobald aber die Partei und ihre Vertretung mit Mehrheit einen Beschluß faßt, muß sich die Minderheit dem unterordnen. Wir haben auch in früheren Jahrzehnten Parteidifferenzen gehabt. Ich erinnere nur an die Dampfersubventionen, die Zollfragen, die Budgetfragen usw. Bei keiner dieser Fragen war aber die Situation für die Partei, für die gesamte sozialistische Bewegung eine so prekäre Lebensfrage, wie sie mit dem Panzerkreuzer zusammenhing. Bei den großen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit, denen wir entgegengehen, spielt der Panzerkreuzer gar keine Rolle, denn es geht fortan ums Ganze.

Was unser Karl Marx vor 70 Jahren prophezeit hat, daß die Großindustrie das Handwerk aufsauge, dann den Mittelstand in der gleichen Weise zerrütte, und die Industrie sich immer mehr kartelliere und so den Gipfelpunkt der Kartelle und Trusts erzwinge, wo sich die Akkumulation des Kapitals in wenigen Händen konzentriert, dieser Zustand ist heute erreicht. Ein Gesellschaftszustand, der es aber nur ermöglicht, einigen Hunderttausend Menschen unermeßliche Reichtümer zuzuschanzen, während Abermillionen Menschen buchstäblich hungern und darben, ist dem Untergang geweiht. Diese Gesellschaftsunordnung, die Millionen Arbeitslose hindert, ihren hungernden Familien die nötige Nahrung und Gebrauchsgegenstände zu erarbeiten, die Millionen langsam Hungers sterben läßt, während sie die ausländischen Banken mit Milliarden belagert, eine solche Gesellschaft ist nicht wert, noch einen Tag zu existieren. An Stelle dieser wollen wir die freie, auf den Grundsätzen der Gleichheit und Solidarität errichtete Gesellschaft. Die Industriemagnaten lassen es sich jetzt Millionen kosten, um sich eine eigene Prätorianergarde zu schaffen, die Nazis, die, wenn der Hunger und die Verzweiflung ihre Kapitalistenherrschaft bedroht, alles blutig niederschlagen soll; die Millionen opfern sie gern, weil sie diese durch Lohnabbau herausschlagen.

Darum auf zum Kampf gegen jede Tyrannei, gegen jede Art wirtschaftlicher Versklavung, gegen die Knechtung des Geistes! Auf und vorwärts zum Menschentum! (Lebhafter Beifall.)

Genossen, noch einige Worte! Ich wollte, ich könnte Sie beschwören, jedes meiner Worte zu beherzigen. Ich habe im Laufe der Jahre, die ich nun der Partei gedient habe, auch schwere Spaltungen durchgemacht. Ich habe noch immer erlebt, daß diese Spaltungen dann beseitigt wurden, wenn die drückendste Not beide Teile der Partei dazu zwang. Ich will nicht näher darauf eingehen, sondern nur fragen: Steht nicht vor unseren Augen hellodernd die Flamme der Spaltung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten? Die Folge dieser Spaltung ist bisher gewesen, daß die Lage der arbeitenden Klassen erheblich zurückgegangen ist. Allein durch die Spaltung war es den Kapitalisten möglich, die an sich schon armseligen Löhne noch zu reduzieren, die Renten der armen Kriegsinvaliden und der Sozialrentner auf ein Minimum zu beschränken. Denken Sie! Wir sind 143 Abgeordnete im Reichstag; die Kommunisten haben 74 Abgeordnete. Wenn diese beiden Parteien zusammen wären, hätten wir im Reichstag 215 Abgeordnete. 30 Abgeordnete verlieren wir bei jeder Wahl durch den gegenseitigen Kampf. Wir könnten also im ganzen etwa 250 Abgeordnete haben. Hält es jemand unter diesen Umständen für möglich, daß die heutige Gesellschaft imstande wäre, den Arbeitern so ungeheure Lasten aufzuzwingen? (Zustimmung.) Das wäre absolut unmöglich. Wir können nicht vorwärts kommen, solange die Spaltung dauert. Ich möchte beinahe sagen: Laßt alle Hoffnung fahren; solange die Spaltung dauert, können wir nichts erreichen! Es wird die allerhöchste Zeit, daß wir den Mahnruf von Marx: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! im vollsten Sinne beherzigen und danach trachten, wieder zusammenzukommen. Wir müssen den kommunistischen Arbeitern sagen: Wenn ihr eure Lage bessern wollt, müßt ihr euch mit uns vereinigen! Deshalb bitte ich Sie, Genossinnen und Genossen, die Parole in alle Welt hinauszurufen: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Ich würde mich freuen, es noch zu erleben, daß der größte Teil der deutschen Arbeiterklasse in einer Partei vereinigt dem Sozialismus entgegenmarschiert. (Lebhafter Beifall.)

Aussprache zum Bericht des Parteivorstandes

Vorsitzender **Lipinski:** Zu diesem Gegenstand der Tagesordnung gehören folgende Anträge: 26 Abs. 4, der zurückgestellt war, 184, 185, 205, 207 und 208, ferner ein noch nicht gedruckter Antrag, der den Parteivorstand beauftragen will, den schärfsten Kampf gegen die Notverordnung aufzunehmen. Die Anträge 105, 108, 132 und 134 sind zurückgezogen. Der Parteiausschuß empfiehlt, den Antrag 111 abzulehnen, falls er nicht zurückgezogen wird. Zur Debatte stehen ferner die Anträge 136 bis 173.

Frau **Zabe** (Hamburg): Parteigenossen- und -genossinnen! Ich habe unserer Opposition ein kurzes Wort zu sagen. Ich kenne sie seit Weimar und hatte die Empfindung, daß sie Opposition um der Opposition willen macht. Es ist ihr sehr schwer, die Mitglieder, die sie jetzt auf einen bestimmten Dreh gebracht hat, immer das Gegenteil von dem zu sagen, was der Parteivorstand sagt, wieder abzudrehen. Es wäre aber doch die allerhöchste Zeit, daß sich auch die Opposition zu praktischer Arbeit stellte. (Zurufe.) Es ist tief bedauerlich, daß unsere Gegner nur die Presse der Opposition gegen uns anzuwenden brauchen, um genügend Material gegen uns zu haben. (Zustimmung.) Opposition soll sein, aber sie muß sachlich sein und kann dann auch manchmal wegweisend sein. So erfreulich es ist, daß wir einen Mitgliederzuwachs haben, so wollen wir uns damit doch nicht zufrieden geben, sondern systematisch weiterarbeiten. Ich wünschte besonders, daß die Frauen der Partei mehr beiträten. Wenn wir berücksichtigen, daß gerade die Frauen von den Nöten der Zeit besonders stark beeinflußt werden und nicht genügend Zeit haben, um zu agitieren, dann möchte ich von dieser Stelle aus an die Genossen die Bitte richten: unterstützt unsere Frauen mehr bei ihrer Arbeit! Ihr müßt anerkennen, in wie hohem Maße die heutige Zeit an die Frau Ansprüche stellt.

Es war gut, daß dieser Parteitag, besonders der Parteivorstand, zur Frage der Erwerbstätigkeit der Frau Stellung genommen hat. Wir müssen über diese Dinge mehr als bisher in den Mitgliederversammlungen sprechen, damit nicht unsere eigenen Mitglieder ein Opfer irregeleiteter Agitation werden. (Sehr wahr!) Wir müssen die Angriffe der Nationalsozialisten auf die verfassungsmäßigen Rechte der Frau vielmehr als bisher in Wort und Schrift verbreiten. Die Anträge, die im Reichstag von diesen gegen die Erwerbstätigkeit der Frau gestellt worden sind, zeigen eine außerordentliche Unkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen wir uns befinden. So fordern die Nationalsozialisten eine Prüfung, ob an Stelle einer erwerbstätigen Frau nicht immer ein Mann gesetzt werden kann. Sie verlangen, daß verheiratete weibliche Beamte und Angestellte entlassen werden, auch in der Privatwirtschaft. Das zeigt, wohin der Weg geht. Diese Leute geben damit nur ihre Dummheit zu erkennen. Denn nicht nur jede Frau kann ein Mann in Frage kommen. Denken Sie z. B. an die Hauswirtschaft, die Textilbranche, die Damenschneiderei und all die anderen Arbeiten, die schon rein traditionell der Frau zukommen, und für die auch eine gewisse Berufsausbildung erforderlich ist. Wenn solche Dummheiten in die Welt gesetzt werden, müssen wir durch unsere Presse, durch Flugblätter, Reden

und Rundfunk allen Frauen klar machen, in welcher Gefahr sich ihre Freiheiten befinden. Denken Sie an die vielen Frauen, die heute arbeiten müssen, um ihre Familie vor Elend zu bewahren, die arbeiten müssen, weil der Mann erwerbslos ist, zu wenig verdient oder krank ist.

Wir Frauen müssen erklären: mit solchen Forderungen will man die Frau wieder zur Sklaverei herabzwingen, solche Forderungen stellen einen Kulturrückschritt dar. Auch in unseren Mitgliederversammlungen müssen wir zu dem ganz aktuellen Problem der Geburtenregelung Stellung nehmen. Es handelt sich dabei nicht nur um Frauenthemen, sondern um Menschheitsfragen. Die deutschen Frauen haben in den Jahren nach dem Kriege mehr Verständnis für diese Fragen gezeigt als viele rücksständige Richter und Ärzte. Wenn heute von dem geringen Volkseinkommen 8 Millionen Menschen mehr ernährt werden müßten, in welcher Notlage würden wir uns dann befinden! Ist es denn noch länger tragbar, daß sich all die Schwachsinnigen, die Krüppel, Tuberkulösen und Verbrecher vermehren! Wäre es nicht endlich an der Zeit, auch hier gesetzliche Maßnahmen zu treffen? Unsere grundsätzliche Stellung steht seit langem fest, es scheint nur, daß viele Genossen vergessen haben, welche Stellung wir zu diesen Dingen einnehmen. Wir sind für Beschränkung der Geburten, für Verhütung zu vieler Geburten, und wir wünschen, daß der Arzt in notwendigen Fällen auf Wunsch der Frau die Schwangerschaft unterbricht. Wir lassen an unserer klaren Stellung nicht rütteln. Wir müssen dafür kämpfen daß uns nicht einmal die schlechten Elemente erdrücken, die dafür sorgen, daß die Geburtenquelle in ihren Kreisen dauernd sprudelt.

Ich glaube, Parteigenossen, wenn wir diese Probleme in die Mitgliederversammlungen hineintragen und nicht in die Frauenecke schieben, werden wir auch mehr weibliche Mitglieder gewinnen. Dann werden die Männer einsehen, wie wichtig diese Frage für die Entwicklung der ganzen Menschheit ist.

Wenn wir den Sozialismus durchführen wollen, dann gehört dazu auch die gleichwertige Arbeit von Männern und Frauen. Nur wenn wir auf dem gleichen Boden stehen, kommen wir zum Sozialismus. Je kameradschaftlicher wir arbeiten, um so näher kommen wir unserem Ziele, um so mehr Stoß- und Werbekraft haben wir. (Beifall.)

Bieligk (Leipzig): Parteigenossen! Es liegt ein Antrag vor, der die Einsetzung einer Organisationskommission zur Vorbereitung eines neuen Organisationsstatuts verlangt. Diesem Parteitag liegen ungefähr 40 Anträge zum Organisationsstatut vor. Es ist ganz ausgeschlossen, alle diese Anträge sachlich zu erledigen, andererseits aber zeigt die große Zahl dieser Anträge, daß in der Partei ein starkes Verlangen nach einer Reform des Organisationsstatuts vorhanden ist.

Das ist auch kein Wunder; denn der Rahmen unserer heutigen Parteiorganisation ist vor etwa 25 Jahren geschaffen und nur gelegentlich verändert worden. In den 25 Jahren ist aber eine gewaltige Entwicklung auf allen Gebieten vor sich gegangen, auch in dem Organisationswesen der anderen Klasse und in unserer Partei selbst. So oft wird über die Überorganisation innerhalb der Arbeiterbewegung geklagt. Die Schaffung von neuen Unterabteilungen und Unterorganisationen gibt Veranlassung zu solchen Klagen; denn der Parteisekretär findet sich wirklich in den einzelnen Verzweigungen heute nicht mehr zurecht. Je höher das Organisationsgebäude der Sozialdemokratie geworden ist, um so ernster taucht die Frage auf, ob die Organisation auch die Beweglichkeit hat, die sie haben muß, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen soll. Der Parteitag muß deshalb dafür sorgen, daß die Organisation einer Reform unterzogen wird, daß hierfür gründliche Vorarbeit geleistet wird.

Vor einigen Monaten ist über das Organisationsproblem in der proletarischen Bewegung ein Buch erschienen, auf das der Genosse Westphal eingegangen ist. Genosse Westphal hat in seinem Bericht einen Angriff gegen die Marxistische Buchgemeinde und insbesondere gegen den zweiten Band der Roten

Bücher unternommen. Er hat aus dem rund 2 000 Druckzeilen umfassenden Buch vier Zeilen zitiert, um zu beweisen, daß die marxistische Buchgemeinde im großen und ganzen parteischädigend sei, daß der Genosse Bieligk im besonderen nicht nur Entgleisungen begeht, sondern daß er mit seinem Buch eine ganz bestimmte Absicht verfolgt. In diesem Buch wird das Organisationsproblem der proletarischen Klasse dargestellt und besonders auch gegen jene oberflächliche Auffassung Stellung genommen, als seien alle Fehlschläge im proletarischen Kampf auf die Führer, auf Arbeiterverrat usw. zurückzuführen; es wird eingehend untersucht, wieso die Organisation nicht anders ist, warum die heutige Politik getrieben wird. Aber daß die Meinungen über die Politik, die die Arbeiterklasse seit 16 bis 17 Jahren treibt, innerhalb der Sozialdemokraten auseinandergehen, ist kein Geheimnis. Ebenso wie die Sozialdemokratie diese verschiedenartige Beurteilung verbieten kann, sollte der Versuch unternommen werden, mit herausgefischten Zitaten die anderen Genossen zu diffamieren und zu verhindern, daß andere Meinungen überhaupt noch zum Ausdruck gebracht werden können. (Vereinzelte Rufe: Sehr richtig!) Wenn ein Parteivorstandsredner diese Methode auf dem Parteitag anwendet, dann müssen wir demgegenüber verlangen, daß nach beiden Seiten mit gleichem Maß gemessen wird.

Ich will nur im Vorbeigehen auf das „Freie Wort" verweisen. Im „Freien Wort" hat Schiff polemische Artikel und hat Heilmann Artikel pro domo veröffentlicht, von denen man nicht sagen kann, daß die Partei durch sie gefördert wird. (Lebhafte Zustimmung, vor allem auf der Galerie.) Wenn Schöpflin irgendwo erklären darf, handele es sich um das Vaterland, dann stehe er zehnmal lieber an der Seite Gröners als bei den Kommunisten, obschon Gröner im Jahre 1918 das Wort geprägt hat: „Der Arbeiter, der streikt, wenn Hindenburg ruft, ist ein Hundsfott", dann muß man sagen, daß durch solche Äußerungen das Ansehen der Partei in weitesten Arbeiterkreisen geschädigt worden ist. (Sehr richtig! — Beifallklatschen auf der Galerie. Aus der Parteigeschichte der letzten 15 bis 16 Jahre sollten alle Parteiinstanzen die Lehre gezogen haben, daß weitestgehende Toleranz in der Partei dieser viel mehr nützt als Unduldsamkeit, Unterdrückung und organisatorische Gewaltmaßnahmen. (Zustimmung. — Beifallklatschen auf der Galerie.)

Nun noch ein paar Worte zu dem Antrag selbst. In den vorhergehenden Debatten ist wiederholt auf die organisatorischen Mängel hingewiesen worden. Zur politischen Führung hat eine sehr kurze Diskussion in der Zeitung stattgefunden, und es ist darauf aufmerksam gemacht worden, welche Unzulänglichkeiten sich in der politischen Führung der Sozialdemokratischen Partei geltend machen. In der Jugenddebatte ist darauf hingewiesen worden, daß auch auf diesem Gebiet organisatorische Mängel in die Erscheinung treten. Für den organisatorischen Neuaufbau, der vorgenommen werden muß, ist unbedingt erforderlich, daß die Demokratie innerhalb der Sozialdemokratie nicht nur im Parteistatut steht, sondern auch wirklich von unten nach oben zum Ausdruck gelangen kann. (Sehr richtig!) Daß es nicht so ist, beweist, daß heute von zahlreichen Bezirken verlangt wird, sie sollen sich dem Urteil der höchsten Parteiinstanz fügen, weil es nicht möglich sei, in der Zeit des Kampfes über diese Probleme zu diskutieren. Es gibt große Parteizeitungen in Deutschland, in denen eine Diskussion über politische Probleme, die auf dem Parteitag zur Entscheidung gestanden haben, überhaupt nicht ermöglicht wurde.

Vorsitzender **Lipinski** (unterbrechend): Ich halte es für unzulässig, ohne Angabe der konkreten Einzelheiten solche allgemeinen Behauptungen aufzustellen. (Sehr richtig! — Gegenruf: Die Behauptungen sind aber richtig!)

Bieligk (Leipzig): Genosse Lipinski wäre selbst imstande, darüber Auskunft zu geben. Ich habe nur zehn Minuten Redezeit und muß mich auf kurze Angaben beschränken. (Unruhe. — Zuruf: Dann mögen Sie zu den Kommunisten gehen!) Das ist die übliche Methode. Sobald ein Genosse eine abweichende Meinung zum Ausdruck bringt, wird ihm unterstellt, daß er Kommunist sei. Ich

bin seit mehr als 20 Jahren Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, länger als Breitscheid und manche anderen von euch. Ich habe bisher den geschlossenen Kampf gegen die Kommunisten geführt, weil ich weiß, welche unselige Folge die Spaltungsarbeit der Kommunisten für die Arbeiterbewegung hat, und ich verbitte mir, daß mir unterstellt wird, kommunistische Arbeit zu leisten. (Beifall, vor allem auf der Galerie.)

Zu den Ausführungen des Genossen Westphal möchte ich abschließend sagen, daß ich natürlich bei meinem Vorgehen eine bestimmte Absicht verfolgt habe. Jeder von uns hat, wenn er etwas tut, eine bestimmte Absicht. Die Absicht, die ich verfolge und die alle meine Freunde in ihren Bemühungen innerhalb der Sozialdemokratie verfolgen, ist, die Sozialdemokratie in den Stand zu setzen, die Klasse als Ganzes zu organisieren, zu mobilisieren und politisch zu aktivieren. (Beifall.)

Vorsitzender **Lipinski:** Auf meine Einwendung, daß der Genosse Bielig keine allgemeinen Behauptungen aufstellen, sondern konkrete Angaben machen soll, hat er bemerkt: „Lipinski kann darüber am besten Auskunft geben." (Hört! Hört!) Seine Ausführungen bezogen sich also auf Leipzig. Da ich Vorsitzender des Leipziger Bezirks bin, möchte ich feststellen, daß über diese Frage eine eingehende Debatte im Bezirksvorstand erfolgt ist, und daß die Behauptung des Genossen Bielig sich als unwahr erwiesen hat. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Hohmann (Duisburg): Genossinnen und Genossen! Die Parteitage von Kiel und Magdeburg haben bereits zu der freigewerkschaftlichen Organisation der Beamten Stellung genommen, und auf diesem Parteitage liegen die Anträge Nr. 164 und 165 vor. Ich habe durchaus Verständnis dafür, daß man in der gegenwärtigen Zeit sagt, die Beamtenschmerzen sind nicht die dringlichsten, wir haben augenblicklich nicht die Zeit, uns eingehend damit zu beschäftigen; trotzdem werden wir nicht umhin können, Stellung zu dem Einfluß zu nehmen, den die nationalsozialistische Bewegung auf die Beamten, besonders im letzten Jahre, genommen hat. Mit den bürgerlichen Mittelschichten sind zweifellos auch viele Beamten zu den Nationalsozialisten gestoßen. Ich erkenne durchaus an, daß die preußische Regierung gerade den Beamten in bezug auf ihre Zugehörigkeit zu politischen Organisationen Aufmerksamkeit widmet. Ich will aber damit nicht ein Werturteil über Verbote von Organisationen im allgemeinen fällen. Zweifellos ist, daß auch die Beamtenorganisationen, soweit sie dem Deutschen Beamtenbund unterstellt sind, durch den drohenden Faschismus einen reaktionären Charakter bekommen haben, und ich möchte behaupten, daß seit dem Kieler Parteitag der Einfluß der sozialdemokratischen Beamten in den Beamtenorganisationen, die dem DBB. unterstellt sind, geringer geworden ist. Dabei hüte ich mich vor einer Verallgemeinerung und beschränke mich auf eine Anzahl von Organisationen, indem ich sage: Es ist eine Utopie, von einer Arbeit innerhalb dieser Organisationen noch etwas Wesentliches zu erhoffen. In der Deklaration des Parteivorstandes zu dem Antrage Aufhäuser/Steinkopf auf dem Kieler Parteitage wird gesagt:

> In dem Deutschen Beamtenbund arbeiten zahlreiche Mitglieder der Sozialdemokratie seit langen Jahren für die Interessen der Mitglieder und gegen die Bestrebungen, den DBB. als Ganzes in das Schlepptau bürgerlicher Parteien zu bringen.

Leider trifft es heute immer mehr zu, daß diese Beamtenorganisationen, wenn auch nicht offiziell, so doch in ihrem ganzen Charakter, in das Schlepptau bürgerlicher Parteien geraten sind. Nicht nur sind wichtige Positionen verlorengegangen, sondern diese Beamtenorganisationen sind auch in ihrer ganzen Struktur wesentlich anders geworden, wobei ich mich immer nur auf einzelne Organisationen beziehe. In den letzten Monaten haben auch Genossen, die überzeugte Anhänger der Zellentheorie sind, mir gegenüber geäußert, sie hegten sehr starke Zweifel daran, ob diese Zellentheorie noch von Erfolg gekrönt sein

könne. Wir wissen, daß innerhalb der freien Gewerkschaften die Zellenbildung der Kommunistischen Partei kläglich gescheitert ist und scheitern mußte an dem Widerstande der sozialdemokratischen Arbeiter, an dem Widerstand des ganzen Apparats. Wer da hofft, daß die Ideologie der bürgerlichen Beamten sich in absehbarer Zeit bei ruhiger Entwicklung ändern würde, gibt sich einer Illusion hin. (Zustimmung.) Wir sind wohl alle der Meinung, daß die freigewerkschaftliche Organisation aller sozialdemokratischen Beamten einmal kommen wird, weil sie für unsere ganze politische Bewegung eine Notwendigkeit bedeutet. Es handelt sich also nur noch um die Frage, wann sie erfolgen wird. Wir freigewerkschaftlichen Beamten und Lehrer sind mit einem großen Teile der Arbeiter und Angestellten der Meinung, daß jetzt die Zeit für eine Entscheidung in dieser Frage gekommen ist. Deshalb sollten Sie eigentlich schon heute dem Antrage Nr. 165 Ihre Zustimmung geben können. Aber wir sind uns bewußt, daß eine solche Entscheidung natürlich von ausschlaggebender Bedeutung ist, und in Verbindung auch mit offiziellen Vertretern des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes bitte ich Sie deshalb, sich heute in der Hauptsache auf den Antrag Nr. 164 zu konzentrieren. Die Aufhebung der Deklaration des Parteivorstandes in Kiel bedeutet keine Härte, keine Maßregelung; aber sie macht die Tore auf für die Entwicklung der freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung und führt vor allem unserer ganzen Bewegung neue Kräfte zu, die heute in den Beamtenorganisationen des Deutschen Beamtenbundes nutzlos vertan werden.

Genosse Westphal sprach von der beschwerlichen und auch schädigenden Agitation. Wir können die Reihe der Organisationen, auch der Presseorgane, die unsere Bewegung schädigen, unendlich vermehren. Ich glaube, wir können einen Schlüssel für die Aberkennung dieser Organe für unsere Bewegung nicht aufstellen, aber die gefährlichsten dieser uns feindlichen Organisationen erscheinen mir doch die, die in verstecktester Weise für den Faschismus heute tätig sind. Ich nenne Ihnen eine Organisation, die heute auf den höheren Schulen so schädlich wirkt, und das ist der Verein für das Deutschtum im Ausland. (Sehr richtig!) Ich bitte Sie, dieser Organisation größte Aufmerksamkeit zu schenken, weil durch sie der Faschismus außerordentlich versteckt an den höheren Schulen gefördert wird.

Wir alle wollen, daß die Sozialdemokratische Partei das Sammelbecken aller proletarisierten Bürger ist. Ich betrachte es als einen Fehler, daß wir unsere Betrachtungsweise bei vielen Referaten unter das Motto gestellt haben: Verstand oder Gefühl. Unterscheiden Sie meinetwegen den mehr oder weniger gefühlsbetonten oder den oberflächlichen und den mehr oder weniger überlegenden Genossen, aber vermeiden Sie eine Unterscheidung zwischen Vernunft- und Gefühlssozialdemokraten! Genosse Nölting, es ist nicht richtig, zwischen den Jugendlichen zu unterscheiden, die am Sonntag demonstriert haben, und denen, die hier auf der Tribüne sitzen. (Sehr richtig! — Zustimmung auf der Galerie.) Ich glaube, die auf der Tribüne sitzen, waren am Sonntag ebenso dabei. (Sehr richtig!) Wollen wir die Massen gewinnen, die heute noch mit der Kirche verbunden sind, dann müssen wir auch an das Gefühl appellieren. Der Sozialismus muß den ganzen Menschen erfassen. Er ist nur für uns das, was er sein soll, wenn er sich die wichtigste Voraussetzung dafür schafft, daß die Sozialdemokratische Partei immer mehr das Sammelbecken für alle Schaffenden wird. (Bravo! und Händeklatschen.)

Georg Richter (Düsseldorf): Wir im Westen haben nicht nur den Kampf gegen rechts und links, sondern auch gegen das Zentrum zu führen. In diesem Kampf sind wir besonders in den letzten Jahren groß und stark geworden. Diese Arbeit verdanken wir der unermüdlichen Tätigkeit unserer Parteifunktionäre. Leider müssen wir im Westen feststellen, daß die Kampfkraft unserer Partei gehemmt wird, weil in unseren eigenen Reihen eine große Zahl von Parteigenossinnen und -genossen den notwendigen Takt als Parteimitglieder vermissen lassen.

Wenn gestern der Genosse Dietrich (Thüringen) sagte, er kenne keine Spitzel in seiner Organisation, dann mag das an den besonderen Verhältnissen der dortigen Bevölkerung liegen, hat aber mit der Einstellung der Partei als solcher nichts zu tun. Bei uns im Westen gibt es in vielen Orten keine Mitgliederversammlungen, in denen nicht Beauftragte der KPD. mit einem Mitgliedsbuch unserer Partei sitzen (Lebhaftes Hört! Hört!) und der KPD. für ihre Presse Spitzeldienste liefern. Die KPD.-Spitzel sind heute bereits in den Funktionärkörper unserer Partei eingedrungen.

Wenn vorgestern der Genosse Rosenfeld erklärte: „Wir schädigten die Partei und lieferten den Kommunisten Material, aber die KPD. behandle die Linken gerade als ihre schlimmsten Gegner", so mag das die persönliche Meinung des Genossen Rosenfeld und seines Anhangs sein. In Wirklichkeit sieht es in der Praxis wesentlich anders aus. (Sehr richtig!) Mit Wonne druckt die KPD.-Presse in ihren Spitzelberichten besonders die herabsetzenden und zersetzenden Ausführungen unserer sogenannten linken Genossen über die Partei ab. In Fettdruck werden besonders die Ausführungen der sogenannten Oppositionsredner in unseren Parteiversammlungen gebracht. Geschieht das vielleicht, um der linken Bewegung in unserer Partei zu schaden? Nein, das geschieht, um unsere Partei zu schädigen, unsere Partei bei der Masse, bei der Arbeiterschaft, bei der Mitgliedschaft in Mißkredit zu bringen, um die Partei systematisch zu zersetzen.

Ich will nicht auf die Rundschreiben der KPD.-Zentrale besonders im Westen über die Zersetzungsarbeit eingehen, die innerhalb der SPD. geleistet werden soll, für die nicht nur KPD.-Mitglieder in die SPD. hineingeschickt, sondern auch SPD.-Mitglieder geworben werden sollen und leider auch geworben worden sind. (Hört! Hört!) Wir im Westen haben bereits eine ganze Anzahl derartiger Lumpen aus der Partei hinauswerfen müssen. Leider kann man aber nicht jeden Lumpen erkennen, weil ihm nicht auf dem Gesicht geschrieben ist, was sich in seinem Innern verbirgt.

Wenn sich heute der Genosse Bieligk hinstellt und erklärt: Bei uns darf die Demokratie nicht nur auf dem Papier geschrieben sein, dann muß ich ihm sagen: Bei uns wird vielfach mit dem Begriff Demokratie innerhalb der Partei Schindluder getrieben. (Sehr richtig!)

Genosse Westphal hat gestern in dem Vorstandsbericht über die Zersetzungsarbeit berichtet, die sich besonders im Westen auswirkt und auch auf das übrige Deutschland übergegriffen hat. Von Hamburg, Frankfurt erfolgen bei uns die Anfragen, was es denn eigentlich für eine Bewandtnis mit dem „Roten Kämpfer" habe, den der Genosse Westphal hier erwähnt hat. Der „Rote Kämpfer" wird nicht in Köln oder Bochum herausgegeben, sondern die Herausgeber sind nur Strohmänner in der Hand gewisser Zersetzungsapostel in und außerhalb der Partei. Der „Rote Kämpfer" wird in Düsseldorf bei einer tarifbrüchigen Firma gedruckt (Hört! Hört!), die vom Buchdruckerverband wegen Tarifbruchs gesperrt ist. (Hört! Hört!) Das hindert diese Klassenkämpfer zur Bekämpfung der Sozialdemokratischen Partei in ihrem Klassenkampf für den reinen Marxismus durchaus nicht.

Dieser „Rote Kämpfer" behauptet, daß er angeblich von Sozialdemokraten für Sozialdemokraten geschrieben wird. Bedauerlich ist, daß er von unseren eigenen Parteigenossen an Parteimitglieder und besonders an die Jugend verkauft wird. Dieses Organ, das in übelster Weise unsere Partei herunterreißt, erscheint leider pseudonym oder anonym. Die Schreiber sind zu feige, ihren Namen zu nennen. Einige Kostproben! In Nr. 1 der Ausgabe November 1930 steht:

> Es gibt nur einen Ausweg, die sozialistische Revolution der Arbeiter, Bauern und Soldaten ... Die Sozialdemokratie unterstützt eine Regierung, die mit vollen Segeln in den Hafen des brutalen Faschismus steuert.

In Nr. 2 steht folgende Überschrift: Engels über unsere Taktik zur Regierung Brüning. (Heiterkeit.) Es handelt sich um einen Brief an Bernstein vom 18. Januar 1883. Also Engels wußte bereits 1883, daß wir heute eine Regierung Brüning bekommen und welche Taktik wir einschlagen würden. (Heiterkeit.) In Nr. 5 steht ein äußerst dreckiger Artikel mit der Überschrift: Krise der Sozialdemokratie. Es wird auf die Haltung der Fraktionsmehrheit Bezug genommen, die hier jedenfalls mit erdrückender Mehrheit Zustimmung fand. Dort steht:

> Man entwickelt einen Nationalismus, der an die schlimmsten Entgleisungen des August 1914 gemahnt.

Derartige Blätter werden im Westen von unseren linken Genossen systematisch verbreitet (Lebhaftes Hört! Hört!) und der Jugend mit Vorliebe in die Hände gegeben. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn unsere SAJ. im Auftrag derselben Leute Resolutionen annimmt und sich hinter die Neun stellt. Das entspricht aber durchaus nicht der Meinung der übergroßen Mehrheit der Parteimitglieder.

Wer sind nun die Kreise, die hinter diesem „Roten Kämpfer" stehen? Es sind dieselben, die in der „Weltbühne" als Akademiker die Partei herabsetzen. (Hört! Hört!) Nicht alle führenden Köpfe sind Mitglieder der Partei. Der führende Kopf sitzt oben auf der Galerie unter dem Namen Gerstorff von der „Weltbühne", mit seinem richtigen Namen Dr. Sternberg (Düsseldorf). (Zuruf: Der hat ja gar kein Parteibuch!) Dieser Dr. Sternberg, der bei uns im Westen als der einzige rassenreine, ich will nicht sagen stubenreine Marxist gilt, hat es sich zur Aufgabe gemacht und macht daraus auch gar kein Hehl, die Spaltung der Partei systematisch vorzubereiten. (Hört! Hört!) Leider muß ich feststellen, daß namhafte Genossen unserer Linken den notwendigen Takt auch auf diesem Parteitag diesem Sendling der KPD. gegenüber vermissen lassen (Hört! Hört!), sonst hätte es nicht vorkommen dürfen, daß prominente Mitglieder der linken Mitglieder der Reichstagsfraktion zu diesem Menschen auf die Tribüne mit den Entschließungen gegangen sind, die hier eingereicht und nachher angenommen wurden. (Stürmische Pfuirufe.) Sie haben diese Entschließungen mit diesem Mann durchgesprochen. Das ist ein Skandal. Dieses Vorgehen müssen wir mit aller Schärfe und Entrüstung zurückweisen. (Bravo! und Zurufe.) Genosse Oettinghaus, Sie regen sich auf, sind Sie nicht oben gewesen? Mehr Namen will ich zunächst nicht nennen. Haben Sie nicht die Entschließung mit Dr. Sternberg durchgesprochen. (Oettinghaus [Milspe]: Genosse Seydewitz und ich haben dem Genossen Sternberg mitgeteilt — —) Für mich gibt es keinen Genossen Sternberg, für mich gibt es nur den Sendling der KPD., Sternberg. (Lebhafte Zustimmung.) Mit einem derartigen Subjekt haben wir als Partei nichts zu tun und lehnen jede Gemeinschaft mit diesem Zersetzungsapostel ab. Darum Einigkeit und Geschlossenheit für die Partei, aber Ablehnung aller Zersetzungsarbeit im Auftrag der KPD. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Johannes Stelling (Parteivorstand): Ich bin ausnahmsweise einmal mit dem Genossen Bieligk einer Meinung, der erklärte, daß jede Schädigung der Partei durch Äußerungen und Handlungen zu unterbleiben habe. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn dieser Grundsatz von allen Schattierungen der Partei restlos durchgeführt würde, weil dann so manche unliebsamen Dinge, von denen wir eben etwas erfahren haben, sich nicht abspielen würden, und weil sich dann in allen Kreisen unserer Partei der Gedanke Bahn brechen würde, daß wir auf Reinlichkeit zu halten haben, auf reinliche Scheidung auch denen gegenüber, die heute mehr oder weniger angeblich mit uns sympathisieren.

Ich wollte ein paar Worte zu den Anträgen sagen, die von dem Genossen Hohmann begründet worden sind und die Beamten betreffen. Jeder von uns, der durch die Schule der Freien Gewerkschaften gegangen ist, hat Verständnis für die Ausführungen des Genossen Hohmann. Aber leben wir heute nicht in

einer Zeit, die uns zwingt, es uns zwei- und dreimal zu überlegen, ob wir in dieser Frage gerade jetzt einen Schritt unternehmen sollen, der sicherlich nicht im Interesse der Partei liegt?

Wir haben die Parole aufgestellt: Wo bleibt der zweite Mann? Wir wissen, daß ein nicht unerheblicher Teil derjenigen, die heute im Deutschen Beamtenbund organisiert und Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind, in eine nach ihrer Meinung unerquickliche Situation kommen würden, wenn jetzt die Scheidung vollzogen würde, von der die freigewerkschaftlich orientierten Genossen sprechen. Ich bin überzeugt, daß die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der nächsten Zeit zu einer Klärung zwingen, wo ein Hüben und Drüben nur gilt. Gegenwärtig aber würde ich es aus parteipolitischen Gründen nicht für zweckmäßig halten, diese Frage auf dem Parteitag zu klären. (Zustimmung.) Es handelt sich darum, daß auch in dieser Beziehung, um mit Hohmann zu reden, der kühle Verstand über das Gefühl zu entscheiden hat. Ich möchte daher den Parteitag bitten, es bei dem zu belassen, was in Kiel beschlossen worden ist, und die Anträge 164 und 165 abzulehnen.

Als der Parteivorstand in Kiel auf die Annahme der Deklaration drang, als er erklärte, daß die Annahme der Entschließung Steinkopf/Aufhäuser für ihn unmöglich wäre, wenn daneben seine Deklaration fallengelassen würde, ist das nach reiflicher Überlegung geschehen. Die Gründe, die damals im Interesse unserer Partei maßgebend waren, sind es auch heute noch. Stehen Sie, Genossen, nicht auf dem Standpunkt, daß uns jeder, der zu uns kommen will, lieb sein muß? Wir wollen auch bei den Beamtinnen und Beamten mehr als bisher den zweiten Mann suchen. Wir wollen mit den Parteigenossen aus dem ADB. und DGB. zusammenarbeiten. Dafür spricht die Tatsache, daß wir in den letzten Monaten einen Beamtenbeirat gebildet haben, der unbekümmert um die gewerkschaftliche Frage, die uns nichts angeht, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln in die Kreise der uns noch fernstehenden Beamten die Agitation hineinträgt. Ich bitte Sie also, nicht von dem Kieler Beschluß abzuweichen, sondern die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten. Wir können dann auf dem nächsten oder übernächsten Parteitag eine grundsätzliche Entscheidung fällen. (Bravo!)

Ferl (Magdeburg): Genosse Bielig hat behauptet, daß in vielen Bezirken eine Aussprache über die Politik der Partei nicht möglich sei, daß die Leitungen der Bezirke die Meinungsäußerung planmäßig unterdrückten. Er hat keinen Beweis dafür erbracht. Ich glaube, wir haben keine Ursache, uns in einen Streit einzumischen, der im Bezirk Leipzig ausgebrochen ist. Wir verwahren uns jedenfalls auf das entschiedenste gegen die Behauptung, daß in bestimmten Bezirken die Aussprache über die Politik der Partei planmäßig verhindert werde. Wohl kaum jemals ist soviel über die Politik der Partei gesprochen worden wie in dieser Zeit. Ich halte das an sich auch für durchaus richtig, muß mich aber dagegen wenden, daß es manchmal so dargestellt wird, als sei unsere Politik erfolglos gewesen.

In wenigen Worten will ich mich mit einer anderen Äußerung des Genossen Bielig beschäftigen. Er hat gemeint, das Organisationsstatut müsse geändert werden, da es veraltet ist. Gewiß ist ein Teil des Statuts alt, aber der größere Teil ist erst vor wenigen Jahren geschaffen worden. Genosse Bielig will mit einer Änderung des Statuts offenbar erreichen, daß in der Zukunft verhindert wird, daß außer den in den Bezirken gewählten Delegierten auch noch die Vertreter der Reichstagsfraktionen usw. auf dem Parteitag Stimmrecht haben sollen. Ich würde für einen solchen Beschluß nicht das geringste Verständnis haben. Diejenigen, die die Fraktion vertreten, müssen selbstverständlich das Recht haben, an der Abstimmung teilzunehmen.

Genosse Westphal hat bei der Erwähnung des Wahlergebnisses vom 14. September die Frage aufgeworfen, ob der Ausgang dieser Wahl vielleicht mit auf

die schlechte Politik der Partei zurückzuführen sei. Natürlich gibt es außerhalb und innerhalb der Partei Menschen, die die Politik, die wir machen mußten, nicht ganz verstanden haben. Aber im Grunde ist der Zuwachs der Nazis und der Kommunisten auf die völlige Umschichtung in der Bevölkerung zurückzuführen, die inzwischen stattgefunden hat. Das Wahlergebnis ist auch zum guten Teil auf die Not der Massen zurückzuführen, die den Blick für die Verhältnisse getrübt hat. (Sehr wahr!) Wir müssen den Massen die Notwendigkeit unserer Politik klar machen, wir müssen ihnen sagen, daß es unter Umständen sogar nötig ist, für einige Zeit darauf zu verzichten, im Reichstag zu tagen, und daß wir verpflichtet sind, das Parlament zu schützen.

Unmittelbar nach der Wahl wurde von einigen Magdeburger Genossen die Forderung aufgestellt, man müsse außerparlamentarische Aktionen veranstalten. Da war die Bestürzung bei einigen Genossen zunächst groß. Es wurde bestritten, daß man in dieser Zeit von außerparlamentarischen Aktionen sprechen dürfe. Wir sind aber bei unserer Meinung geblieben mit dem Erfolg, daß durch das Reichsbanner in unsere Bewegung jene Aktivität hineingebracht wurde, die dazu beigetragen hat, daß die Nazibewegung abebbte. Auf dem Parteitag ist über das Reichsbanner kaum gesprochen worden. Ich sage: Sorgt mit dafür, daß die Schufoabteilungen, in denen die jungen Menschen überhaupt erst einmal in die Politik eingeführt werden können (Sehr richtig!), ihre wertvolle Arbeit nach wie vor betreiben können! Sträubt euch nicht gegen diese Mitarbeit, auch nicht dagegen, daß die Partei hier und da vielleicht eine gewisse Konkurrenz bekommen könnte. An diese Konkurrenz glaube ich übrigens nicht, in meinem Bezirk sind jedenfalls gegenteilige Erfahrungen gemacht worden. Wir brauchen die Schufoabteilungen für den Schutz unserer Versammlungen.

Es ist geradezu erschütternd, mit welcher Liebe, mit welcher Treue und mit welcher Zähigkeit unsere Genossen draußen im Lande trotz, vielleicht sogar gerade wegen der Not sich für die Partei einsetzen. (Händeklatschen.) Ich bewundere den Mut gewisser Genossen, in dieser Zeit der Not das feste Gebäude der Organisation zu zerstören, indem sie die Politik der Partei schlecht machen. Ich will nicht unterstellen, daß sie es bewußt tun, obwohl ich behaupte, daß es der Effekt ist. Im „Klassenkampf" vom 1. November 1930 lese ich, das Bewußtsein müsse wieder allgemein werden, daß die Lösung der sozialen Frage nicht das Werk individueller Tätigkeit sei, sondern das Werk der Aktion der Arbeiterklasse, und daß diese Lösung eine Kollektivaufgabe sei. Wenn ich aber in dem vorangehenden Satz lese, daß diese Gefahr — nämlich die Gefahr des Faschismus — für die Führer von größerer Wirkung sei als für die Massen, die wieder einmal nur Ketten zu verlieren hätten, dann muß ich mich doch fragen: Wo bleibt der Gedanke an die kollektive Arbeit? Das ist ein System der Zerstörung unserer Organisation. (Zustimmung.) Genosse Ströbel hat geschrieben, die Regierung Brüning, die von der Sozialdemokratie unterstützt werde, mache reaktionäre und nationalsozialistische Politik. Ich frage, wie wir unter diesen Umständen unsere eigene Politik vor den Massen vertreten wollen! Im übrigen: die Regierung Brüning macht auch keine nationalsozialistische Politik; es ist notwendig, das offen und deutlich auszusprechen.

Ich darf noch ein Wort zu der Politik sagen, die wir in der nächsten Zeit zu machen haben. Es ist darüber zwar schon gesprochen worden, ich habe aber das Gefühl, daß die Notverordnungen, die jetzt kommen werden, in der Partei neue Auseinandersetzungen bringen werden. Ich bin mir vollkommen klar darüber, daß die Anforderungen, die man an uns stellt, ungeheuer schwer sind, ich bin mir aber ebenso auch darüber klar, daß wir nicht das tun dürfen, was hier und da schon erörtert worden ist. Für mich steht so unendlich viel auf dem Spiel, daß ich es mir sehr überlegen muß, ob wir etwa jetzt unsere bisherige Politik ändern müssen. Ich knüpfe an ein Wort des Genossen Jensen an, der gesagt hat, die ökonomische und seelische Kraft der Massen nehme so ab, daß sie ungeheuer erschüttert, vielleicht sogar schon gebrochen sei. Ich glaube das nicht,

ich habe aber den Eindruck, als ob die seelische Kraft einiger führender Genossen sehr stark erschüttert ist. (Sehr wahr!) Ich warne deshalb, auf diesem Wege weiterzugehen, ich bin der Meinung: Wir müssen gerade jetzt unbedingt die Nerven behalten, damit wir nicht das, was wir bisher erreicht haben, selber wieder zerstören. (Lebhafte Zustimmung.)

Böchel (Chemnitz): Genossinnen und Genossen! Ich stehe nicht an, zu erklären, daß zwischen uns und der Mehrheit keinerlei Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, daß plumpe Entgleisungen und Ungezogenheiten unter allen Umständen zu verurteilen sind, ich glaube aber — das ist schon einmal gesagt worden —, daß man nicht mit zweierlei Maß messen darf. (Sehr richtig!) Ich kann für mich in Anspruch nehmen, daß ich nur in der allerletzten Not zu einem sehr scharfen und vielleicht verletzenden Wort greife. Wenn aber der Referent, der verpflichtet ist, Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen, kritisiert, sollte man auch die andere Seite hören. (Sehr wahr!) Es sind schon einige Beispiele angeführt worden. Genosse Ollenhauer hat eine Äußerung unserer Zeitung herangezogen, die ihm zur Kritik Veranlassung gab. Ich liebe das Wort „Demagogie" nicht und glaube nicht, daß man es gegenüber seinen eigenen Parteigenossen anwenden soll. Wenn nun in unserer Zeitung gesagt wurde, das Referat Tarnows sei glänzend gewesen, im Schlußwort sei er jedoch leicht demagogisch und ironisch geworden, dann möchte ich dem Genossen Ollenhauer sagen, daß das Wort Demagogie auf diesem Parteitag von der rechten gegen die linke Seite angewendet wurde, ohne daß es der Vorsitzende rügte. (Sehr wahr!)

Genossen! Lesen Sie das Parteitagsprotokoll in Heidelberg nach, dann werden Sie finden, daß Heilmann eine Rede des Genossen Nölting auf diesem Parteitag in einer Art charakterisiert hat, der gegenüber unsere Art der Charakterisierung als außerordentlich mäßig zu bezeichnen ist. (Zurufe.) Das hat aber Heilman nicht gehindert, dem Genossen Nölting freundschaftlich die Hand zu geben. (Heilmann: Sehr richtig!) So müssen wir diese Dinge betrachten.

Genosse Westphal hat mit Recht von den sächsischen Landtagswahlen gesprochen, die den Reichstagswahlen vorausgegangen sind. Bei diesen Wahlen sind die nationalsozialistischen Stimmen um das Dreieinhalbfache gestiegen. Im „Freien Wort" hat dann ein führender Magdeburger Genosse gesagt, das sei eine spezifisch sächsische Erscheinung, hier müsse der Parteivorstand eingreifen und „die radikalen Nester in Sachsen ausräuchern". Dann kam die Reichstagswahl, und nun haben sich im Magdeburger Bezirk die Nationalsozialisten mehr als verzehnfacht: von 15 000 auf 191 000! (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!) In einem rechtsstehenden anderen Bezirk haben sie sich von 8000 auf 235 000 vermehrt. Da frage ich: Was hättet ihr gesagt, wenn in einer linksstehenden Zeitung gefordert worden wäre: Parteivorstand, räume einmal diese rechten Nester aus! So können wir nicht diskutieren. (Zustimmung und Zurufe.) Auf einen Zwischenruf des Genossen Wels: Der Parteivorstand ist natürlich objektiv in diesen Dingen.

Nun ist von dem Genossen aus Magdeburg und der Genossin aus Hamburg gesagt worden, die Kritik der Linken zerstöre das Vertrauen zur Partei, zerstöre die Organisation. Genosse Crispien hat uns bei einem anderen Tagesordnungspunkt direkt den Vorwurf gemacht, daß wir die Dinge zuspitzten. (Crispien: Durch die Art eurer Kritik!) Ich nehme für mich in Anspruch, daß ich seit 1914 in scharfer Kritik zur Partei stehe, genau wie Breitscheid, nur mit dem Unterschied, daß ich mich nie von der Partei getrennt habe. Als ich aus dem Krieg zurückkam, habe ich sofort für die Einheit gearbeitet. Deshalb haben wir es nicht nötig, uns gegen den Vorwurf der Spaltung zu wehren.

Was die Kritik anlangt, so sind unsere Genossen in Sachsen seit 12 Jahren, solange ich in Sachsen tätig bin, dazu erzogen, die Linie der Partei kritisch zu betrachten. Wenn Genosse Crispien meinte, die Kritik zerstöre das Vertrauen zur Partei, so hat er den Sinn jener gewaltigen Demonstration am Sonntag nicht begriffen. (Sehr richtig!) Was haben unsere Genossen in Sachsen gesagt?

Sie haben uns gesagt, seit Jahren schaut man uns über die Achsel an, seit Jahren erleben wir eine unverständliche Überheblichkeit gegenüber den Sachsen. Hätte man damals bei der Sachsenwahl, statt zu erklären: „Das ist eine spezifisch sächsische Erscheinung" den soziologischen Ursachen nachgeforscht, hätte man die vier Monate dazu benutzt, um auf der ganzen Linie alle Kräfte zu mobilisieren, statt sich in der Illusion zu wiegen, uns kann nichts passieren, so hätten wir noch manches an der Reichstagswahl verbessern können, wie es z. B. in Chemnitz möglich war, wo über den großen Wahlsieg von 1928 hinaus die Stimmen vermehrt werden konnten. (Lebhafte Zustimmung.) In der Stadt Chemnitz haben wir gegenüber 1928 14,5 Prozent an Stimmen gewonnen. Ist das die Zerstörung des Vertrauens zur Partei? Die Massen, die am Sonntag aufmarschierten, haben sich gesagt: nun wollen wir einmal dem Parteitag zeigen, was die sächsischen Organisationen sind. (Lebhafte Zustimmung. — Zuruf: Und die Berliner!) Die Berliner sind natürlich miteingeschlossen; auch in Berlin gibt es eine Opposition.

Das arme Vogtland, das arme Erzgebirge, die Lausitz, die seit Jahren unter schwerer Arbeitslosigkeit leiden, alle sind gekommen und haben gesagt: Wir können dem Parteitag nichts ähnlich Glänzendes bieten wie Magdeburg. (Wels: Wir sind sehr stolz darauf!) Aber *unsere Massen können wir zeigen*, und wenn Genosse Crispien an die 160 000 die Frage gestellt hätte: „*Habt ihr Vertrauen zur Partei?*", dann hätten sie geantwortet: „*Siehst Du nicht, daß wir Vertrauen haben?*" Wir sind aufmarschiert. (Lebhafter Beifall.) Aber sie hätten noch hinzugefügt" „*Habt ihr doch endlich auch einmal Vertrauen zu der Masse, habt ihr endlich Vertrauen zu unserer Kraft!*" (Erneuter lebhafter Beifall.) Wir haben vielleicht keine andere Kraft mehr als die, die in den Massen ruht. Niemand von uns verkennt den Wert der Demokratie. Es ist überflüssig, darüber zu streiten, daß wir alle zusammen das Letzte an Demokratie verteidigen wollen. Wir sind aber anderer Meinung darüber, wie in der Vergangenheit die Demokratie gesichert worden ist. Auch der Genosse Sollmann hat ja einen Augenblick lang den Finger an die Wunde gelegt, als er sagte: „*12 Jahre lang hat dieser Staat mit sich Schindluder treiben lassen, und leider nicht ohne unsere Schuld.*" (Sehr wahr!) Wir sind also anderer Meinung hierüber und auch anderer Meinung darüber, wie in Zukunft die Demokratie verteidigt werden muß. Das ist der einzige Unterschied. Aber die gegenwärtige Situation zwingt uns ja geradezu, die Reihen zu schließen und den Kampf gegen den Gegner aufzunehmen.

Es ist dauernd von dem Schaffen des Vertrauens gesprochen worden. In diesem Augenblick ist die Situation außerhalb dieses Saales so, daß wir nicht wissen, ob wir nicht morgen schon in den schwersten Kampf gehen müssen. (Sehr richtig!) Wenn nun der Linken dauernd vorgehalten wird: „Ihr versucht, in Gruppen zusammenzukommen", so muß man erwidern: das ist nicht wahr; von dieser internationalen Vorkonferenz weiß niemand von uns etwas. Ein anderer behauptete: Jakobshagen hat sich an die linken Genossen herangepirscht. Obschon Seydewitz mich gebeten hat, ich möchte darüber nicht sprechen, möchte ich mitteilen: ich habe neben Seydewitz gesessen, als ein auch in seiner äußeren Form demoralisierter Mensch zu ihm kam, den ich nicht kannte, und ich war erschüttert über die Schärfe, mit der Seydewitz diesen Mann abgeschüttelt hat. Das war Jakobshagen. Seydewitz hat mich gebeten, mitzuteilen, daß er nicht ein Wort mit einem Herrn Sternberg gesprochen hat, mit dem wir alle nichts zu tun haben. (Widerspruch und Zurufe: Alle?)

Wenn wir daran denken, daß, wenn dieser Parteitag zu Ende ist, der Kampf beginnt, wenn wir immer predigen: wir müssen die Reihen schließen und alles tun, um die Geschlossenheit der Partei aufrechtzuerhalten, dann frage ich: ist es ein Zeichen von Toleranz, ein Zeichen des guten Willens,

wenn bei der Wahl zur Kontrollkommission die einzige linksstehende Genossin nicht mehr in die Kontrollkommission hineingewählt werden soll? (Zustimmung und Zuruf: Parteistatut!) Jawohl, das ist zunächst einmal ein Verstoß gegen das Parteistatut und dann wirklich keine Toleranz gegenüber der Linken. Schauen Sie einmal nach Frankreich! In Frankreich hat unsere Partei auch schwere Richtungskämpfe, hat Disziplinbrecher und alles mögliche gehabt; aber auf dem vorletzten Kongreß der französischen Partei hat man die Sitze für die Rechte im Parteivorstand, die ihr nach ihrer Zahl zustanden, freigelassen, obschon die französische Partei in ihrer Mehrheit links eingestellt ist. Man hat diese Sitze freigelassen, als die Rechte sie ablehnte. (Sehr wahr!) Deswegen ist der Antrag von Gera unbedingt zu beachten.

Nun wird immer gefragt: welchen Weg sollen wir einschlagen? Die Entschließung, die jetzt vorgelegt wird, verlangt vom Parteivorstand, daß er schärfstens gegen die neue Notverordnung protestieren soll. Genosse Westphal hat eine sehr merkwürdige Tatsache, die uns allen schon aufgefallen ist, berichtet. Er hat dargelegt, daß der Parteiapparat bereits in der größten Mobilmachung begriffen ist, daß die Aktion schon sämtliche Parteimitglieder erfaßt hat, und ich füge hinzu, daß Menschen schon in der Aktion für die Partei gestorben sind, daß heute bereits Hunderte für ihre Idee im Gefängnis sitzen. Bei den politischen Entscheidungen aber hat die Partei eine Niederlage erlitten. Das bedeutet, daß eine Aktion innerhalb der Partei zwar hundertprozentig durchgeführt wurde, daß es uns auch gelungen ist, noch über die Peripherie der Partei Massen an uns zu reißen, die früher schon einmal bei uns waren, die mit uns sympathisierten, daß aber dann die Aktion aufgehört hat.

Deswegen ist jetzt die Notverordnung der Punkt, bei dem wir uns zu entscheiden haben werden. Es war Tarnow, der sagte: sollten wir bei einer Angelegenheit wie dem Panzerkreuzerbau schon das Ultimatum stellen, sollen wir es nicht lieber da stellen, wo die Existenzfrage der Arbeiterschaft berührt wird. Ich glaube, hier wird die Existenzfrage der Arbeiterschaft berührt. (Zustimmung vor allem auf der Galerie.) Wir können hier einen Kampf auf breitestem Boden führen und die Massen mit uns fortreißen.

In einer anderen verantwortungsvollen Stunde hat vor wenigen Monaten einer unserer allerbesten Parteiführer, der das größte Ansehen genießt, auf die Frage: „Was wird denn werden, wenn die Regierung Brüning hochgeht, wenn das Parlament nicht mehr zusammenberufen wird?", geantwortet — es war der Genosse Löbe —: „Die Sozialdemokratie wird noch leben, der Sozialismus wird noch kämpfen, auch wenn kein Parlamentarismus, kein Parlament mehr besteht". (Bravo!)

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte mit großer Mehrheit angenommen, nachdem Nimmerfall (München) dafür und Kirchner (Frankfurt am Main) dagegen gesprochen haben.

Oettinghaus (Milspe), (persönliche Bemerkung): Ich finde gar nichts darin, wenn namhafte Vertreter der Rechten mit dem Führer der kommunistischen Fraktion sich unterhalten oder ihn zur Pressetribüne begleiten. Es kommt ja auch oftmals vor, daß unsere prominenten Führer sich mit reaktionären bürgerlichen Führern unterhalten. Sie haben heute und gestern gesehen, wie Genosse Seydewitz sich hier benommen hat. Ich habe mit Sternberg mehrfach über wirtschaftliche Vorträge, die er bei uns halten wollte, gesprochen (Hört! Hört!), weil ich auf dem Standpunkt stehe, daß Sternberg der Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem Gebiete allerhand zu sagen hat.

Dann einige Worte zum „Roten Kämpfer".

Ich war es, der einem Parteigenossen, der die ersten beiden Nummern des „Roten Kämpfers" verantwortlich zeichnete, sagte: Geschieht das nochmals, dann

stehst du außerhalb der Partei. Ich habe auf dem Parteitag unter Zeugen Herrn Sternberg gesagt, daß ich mich mit ihm über politische Fragen nicht unterhalte, weil die Art, wie er vorgeht, meinen Beifall nicht findet. Die ganze Geschichte liegt in derselben Linie, wie man es mit der Genossin Agnes macht, der man private Dinge anhängt. (Glocke.) Ich bin der letzte, der bewußt oder unbewußt den Gegnern der Partei Material liefert. Wenn wir einen Verkehrsschutzmann brauchen, brauchen wir ihn auch für die anderen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Oskar Hoffmann (Wuppertal, persönliche Bemerkung): Der Genosse Richter hat behauptet, die linken Genossen am Unterrhein verbreiteten den „Roten Kämpfer". Diese Behauptung ist unwahr. (Hört! Hört!) Der Genosse Gerlach hat mir auf dem Parteitag den ersten „Roten Kämpfer" gezeigt, den ich gesehen habe. Es war bemerkenswert, daß in dieser Nummer gerade die linken Genossen bekämpft wurden, weil sie den Leuten, die den „Roten Kämpfer" herausgeben, nicht scharf genug sind. Jedenfalls ist die Art und Weise, wie hier die linken Genossen herabgesetzt werden sollen, unfair. (Händeklatschen.)

Georg Richter (Düsseldorf, persönliche Bemerkung): Ich bin in den 25 Jahren, die ich der Partei angehöre, gewohnt, daß ich für das, was ich sage, gerade stehe. Wenn der Genosse Oettinghaus nicht zu seinen Taten steht, dann kann ich ihm nicht helfen, aber es ist bezeichnend. Genosse Oettinghaus hat sich unter Zeugen auf die Galerie an diese Säule begeben und sich mit Herrn Dr. Sternberg zusammengesetzt. Ich habe mich sofort auf die Galerie begeben und mich danebengestellt, um mich zu überzeugen, was sich abspielt. Er hat mit Herrn Sternberg die Anträge, die hier gestellt worden sind, durchgesprochen. (Oettinghaus (Milspe): Gelogen!) — Wenn das gelogen ist, dann bezeichne ich Sie als Lügner. (Lebhafte Zurufe.)

Mir liegt es vollkommen fern, den Genossen der Linken insgesamt einen Vorwurf zu machen. Aber am Niederrhein sind es besonders die Genossen der Linken, nicht alle, die den „Roten Kämpfer" verbreiten. Nichts anderes habe ich vorhin festgestellt.

Oettinghaus (Milspe, persönliche Bemerkung): Ich kann nur feststellen, daß ich zu der Genossin von der Plauener Volkszeitung auf die Tribüne gegangen bin und ihr den Antrag gegeben habe. Ob sich Sternberg neben uns gesetzt oder bei uns gesessen hat, kann ich nicht einmal sagen. (Zuruf und Heiterkeit.) Ich habe Ihnen gesagt, daß ich mehrfach mit ihm über wirtschaftliche Dinge gesprochen habe. Die Genossin von der Plauener Volkszeitung kann bestätigen, daß ich zu ihr gegangen bin und mit ihr die Dinge durchgesprochen habe oder sie ihr auch gegeben habe, weil sie sie für die Zeitung haben wollte. Im übrigen steht fest, daß wir den „Roten Kämpfer" nicht nur nicht verbreiten, sondern gerade in Köln und Umgegend die Verbreitung unterbinden und bekämpfen. (Bravo!)

Heinrich Riegel (Darmstadt, zur Geschäftsordnung): Nach § 3 unserer Geschäftsordnung hat bei der Behandlung genügend unterstützter Anträge zunächst der Antragsteller das Wort. Ich habe einen Antrag eingebracht und habe mich beim Büro orientiert, ob ich das Wort erhalte. Das ist mir abgelehnt worden.

Vorsitzender **Lipinski:** Das Wort zur Begründung von Anträgen bekommt nur der, der einen selbständigen Antrag stellt, der mit den Materien, die auf der Tagesordnung stehen, nicht in Verbindung steht. Alle Anträge, die eingebracht werden, müssen genügend unterstützt sein.

Wir kommen zum Schlußwort des Berichterstatters.

Schlußwort zum Bericht des Parteivorstandes

Referent Max **Westphal** (Schlußwort): Ich will mich auf keine Einzelheiten der Debatte einlassen und nur ein paar Worte zu den Ausführungen des Genossen Böchel sagen. Er war der Ansicht, wenn ich ihn recht verstanden habe, daß die sächsischen Genossen das Bedürfnis gehabt hätten, zu beweisen, daß der Parteitag unrecht hat, den sächsischen Genossen zu mißtrauen oder sie besonders zu kritisieren. Ich bin der Ansicht, daß der Genosse Böchel unrecht hat. Die gesamte Partei konnte den sächsischen Genossen und Genossinnen kein größeres Vertrauen aussprechen als dadurch, daß wir in dieser Zeit den Parteitag hierher gelegt haben. (Sehr richtig!)

Ein paar Worte zu den Anträgen, deren Behandlung ich in meinem Referat zurückstellen mußte. Ich bitte, bei den einzelnen Anträgen gleich abzustimmen.

Antrag 20, der die Schaffung besonderer Wehrorganisationen forderte, ist zurückgezogen.

Antrag 93 fordert, daß in allen Orten, in denen Parteigruppen und Ortsausschüsse des ADGB bestehen, Beratungsstellen für Erwerbslose einzurichten sind. Wir bitten, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen, weil dies von Beratungen mit den Gewerkschaften abhängig ist. (Der Antrag wird dem Parteivorstand überwiesen.)

Antrag 26 letzter Absatz ist nicht sehr glücklich formuliert. Er drückt eigentlich etwas aus, was selbstverständlich ist. Ich empfehle, Antrag 26 letzter Absatz zuzustimmen. (Antrag 26 letzter Absatz wird angenommen.)

Ich empfehle, Antrag 97 anzunehmen. (Der Antrag wird angenommen.)

Antrag 98 empfehle ich dem Vorstand zu überweisen. (Antrag 98 wird dem Parteivorstand überwiesen.)

Die Anträge 99 bis 102 sind erledigt. Antrag 134 ist zurückgezogen.

Antrag 3 gehört zum Antrag 135. Beide fordern eine Berücksichtigung der Minderheit bei der Zusammensetzung der zentralen Körperschaften. Ein solcher Beschluß ist schon deshalb nicht möglich, weil eine so fest geschlossene Minderheit gar nicht festgestellt werden kann, abgesehen davon, daß es sie auch nicht gibt. Nehmen Sie doch nur einmal die Abstimmungen dieses Parteitages unter die Lupe und stellen Sie die Minderheit fest, die dieses Recht für sich in Anspruch nimmt. Ich empfehle, Anträge 103 und 135 abzulehnen.

Anträge 103 und 135 werden mit großer Mehrheit abgelehnt.

Antrag 104 ist zurückgezogen, ebenso 105.

Antrag 106 empfehlen wir zur Ablehnung, weil wir uns mit Einzelheiten des Inseratenwesens in den Parteizeitungen nicht beschäftigen können. (Antrag 106 wird abgelehnt.)

Antrag 107 fordert, daß keine Doppelmandate bestehen sollen. Dies ist schon in früheren Parteitagsbeschlüssen festgelegt und im Organisationsstatut festgehalten. Antrag 131 versteht sich von selbst. Es muß eine eingehende Prüfung stattfinden. Ich empfehle daher in beiden Fällen die Ablehnung. (Anträge 107 und 131 werden mit großer Mehrheit abgelehnt.

Antrag 108 ist zurückgezogen.

Antrag 109 legt etwas fest, was in der Partei dauernd so gehandhabt worden ist. In letzter Instanz muß also der Parteivorstand die Entscheidung haben.

Nun soll dem Parteivorstand die letzte Entscheidung genommen werden, er soll durch diesen Antrag verpflichtet werden, solche Rechtsschutzangelegenheiten, die von den Bezirken als durchkämpfenswert anerkannt werden, einfach zu bezahlen, ohne daß er gefragt würde. Das geht nicht. Ich empfehle daher, den Antrag abzulehnen. (Antrag 109 wird abgelehnt.)

Die Anträge 110 und 120 fordern eine Vereinheitlichung im Organisationswesen. Wir sind der Auffassung, daß diese Anträge dem Parteivorstand überwiesen werden sollen. (Es wird demgemäß beschlossen.)

Den Antrag Nr. 111 beantrage ich abzulehnen, da er etwas Selbstverständliches fordert. (Der Parteitag schließt sich diesem Vorschlag an.)

Wir empfehlen, den Antrag 112 abzulehnen. Die Begründung dafür ist von der Genossin Juchacz bereits gegeben worden. (Antrag 112 wird abgelehnt.)

Die Anträge 113 und 123 beschäftigen sich mit der Zugehörigkeit von Parteigenossen zu bürgerlichen Sportvereinen. Ich beziehe mich auf das Referat des Genossen Schreck auf dem Magdeburger Parteitag und auf die Entschließung 184, die wir damals angenommen haben. Ich bitte demgemäß, beide Anträge abzulehnen. (Die Anträge 113 und 123 werden abgelehnt.)

Antrag 114 fordert eine besondere Stelle für die wissenschaftliche Arbeit. Wir können eine solche Stelle nicht finanzieren und bitten daher um Ablehnung des Antrags. (Es wird entsprechend beschlossen.)

Antrag 116 fordert Urabstimmung. Das ist nicht möglich; wir bitten daher, den Antrag abzulehnen. (Antrag 116 wird abgelehnt.)

Antrag 117 ist zurückgezogen.

Wir bitten, den Antrag 118 dem Parteivorstand zu überweisen, da wir uns nicht schon heute für die Tagesordnung des nächsten Parteitages festlegen können. (Der Parteitag schließt sich diesem Vorschlag an.)

Auch der Antrag 119 wird auf die Bitte des Parteivorstandes dem Parteivorstand überwiesen.

Antrag 125 fordert die Einsetzung einer besonderen Ostkommission. Da eine solche Kommission bei der Parlamentsfraktion bereits besteht, ist der Antrag überflüssig. Ich empfehle, ihn abzulehnen. (Antrag 125 wird abgelehnt.)

Die Anträge 126 und 127 werden zurückgezogen.

Antrag 130 ist erledigt.

Antrag 132 ist zurückgezogen.

Die Anträge 184 und 185 sind vom Parteivorstand und vom Parteiausschuß wiederholt beraten worden. Sie stellen das Ergebnis langer Verhandlungen dar. Ich bitte deshalb, ihnen zuzustimmen. (Beide Anträge werden angenommen.)

Die Anträge 164 und 165 befassen sich mit der Beamtenfrage. Der Kieler Parteitag hat zu dieser Frage Stellung genommen. Die Durchsetzung des Beamtenkörpers mit sozialistischem Geist haben wir ständig im Auge. Ich bitte, über beide Anträge zur Tagesordnung überzugehen. (Es wird demgemäß beschlossen.)

Antrag 208 bezieht sich auf das „Freie Wort". Diese Zeitschrift soll ein Diskussionsorgan sein. Es ist natürlich schwer, jeder Meinung gerecht zu werden. Wir sind der Ansicht, daß die hier vorgetragenen Gründe zu den Maßnahmen, die der Antrag fordert, keinen Anlaß bietet. Wir bitten daher um Ablehnung. (Antrag 208 wird abgelehnt.)

Vorsitzender **Wels:** Schließlich liegt noch der Antrag 209 Seydewitz-Rosenfeld vor. Der Parteivorstand soll danach beauftragt werden, gegen die neue Notverordnung die erforderlichen Schritte einzuleiten. Es ist beantragt worden, über diesen Antrag namentlich abzustimmen. Der Antrag aber ist der Sache nach bei dem Bericht über die Reichstagsfraktion bereits erledigt. (Zustimmung.) Die Reichstagsfraktion wird schon in den nächsten Tagen zusammentreten. Es sind also bereits Maßnahmen zum Kampfe eingeleitet. Ich beantrage daher, über den Antrag Seydewitz-Rosenfeld zur Tagesordnung überzugehen. Ihr wollt ja durch die Stellung dieses Antrages nur vor euren Parteigenossen draußen demonstrieren, daß ihr es gewesen seid, die den Parteitag erst zu energischen Maßnahmen vorantreiben mußtet! (Lebhafte Zustimmung und Widerspruch.)

Dr. **Rosenfeld** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte den Parteitag dringend bitten, noch zu dieser wichtigsten Frage der nächsten Zeit Stellung zu nehmen. Es liegt im Interesse der gesamten Partei, daß der Parteitag nicht heute auseinandergeht, ohne diese Gelegenheit benutzt zu haben, sich gegen die Notverordnung auszusprechen. Eine solche Unterlassung würde draußen nicht verstanden werden. Ich bitte Sie dringend, unserem Antrage stattzugeben. Außerdem beantrage ich, über den Antrag des Genossen Wels, über unseren Antrag zur Tagesordnung überzugehen, ebenfalls namentlich abzustimmen. (Lebhafte Zurufe.)

Dr. **Breitscheid** (Berlin): Im Anschluß an die Debatte über den Bericht der Reichstagsfraktion ist festgestellt worden, daß die letzte Entscheidung über die Stellungnahme zur Notverordnung der Reichstagsfraktion überlassen wird. (Sehr richtig!) Die Reichstagsfraktion ist für den kommenden Freitag einberufen worden. Nun heißt es in diesem Antrag: „Insbesondere die weitere Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung ist für die Sozialdemokratie untragbar." Das heißt nichts anderes, als daß die Reichstagsfraktion durch diesen Antrag schon jetzt auf eine Ablehnung der Notverordnung festgelegt werden soll: denn was vom Parteitag als untragbar bezeichnet worden ist, kann die Reichstagsfraktion natürlich nachher nicht mehr für tragbar erklären. Man kann verschiedener Meinung darüber sein, wieweit die Notverordnung tragbar ist oder nicht. (Sehr richtig!) Ein solcher Beschluß würde aber dem vorhergehenden Beschluß, wonach der Reichstagsfraktion die Entscheidung überlassen ist, direkt zuwiderlaufen. (Zustimmung.)

Ich betrachte es als einen schweren politischen und taktischen Fehler der Antragsteller, daß sie diesen Antrag überhaupt eingebracht haben. (Lebhafte Zustimmung.) Denn wenn aus technischen und taktischen Gründen dieser Antrag abgelehnt wird oder auch wenn man über ihn, was ich immer noch für richtiger halte, würde zur Tagesordnung übergehen, kann draußen im Lande und bei der Regierung der falsche Eindruck erweckt werden, als sei der Reichsparteitag im Grunde mit der Notverordnung einverstanden und erkläre hier bereits sein Einverständnis. Ich verstehe nicht, wie man diese politische Wirkung übersehen konnte. (Lebhafte Zustimmung.) Ich weiß nicht, ob man sie unabsichtlich oder absichtlich übersehen hat. (Rufe: Absichtlich!) Jedenfalls halte ich es für den einzig richtigen, einzig möglichen und politisch verständigen Weg, eine Abstimmung über die Resolution überhaupt nicht vorzunehmen. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender **Wels**: Die Schwierigkeiten, die Genosse Breitscheid geschildert hat, waren die Ursache zur Stellung meines Antrags. Nun ist der Antrag auf namentliche Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Übergang zur Tagesordnung gestellt worden. (Zurufe: Das gibt es doch nicht!) Darüber kann man streiten. Die Geschäftsordnung ist, wie ich bei Eröffnung des Parteitages sagte, nicht gerade ideal. Aber wir sind bisher mit ihr ausgekommen. Immerhin hat der Parteitag diese Geschäftsordnung beschlossen, und in ihr steht der Satz:

> Auf Antrag von mindestens 30 Mitgliedern des Parteitages muß namentliche Abstimmung über einen Antrag erfolgen.

Wir sind also gebunden. Hält der Parteitag die Abstimmung für einen politischen Fehler, dann muß er beschließen, daß in diesem Punkte die Geschäftsordnung außer Kraft gesetzt wird. (Unruhe und Zurufe: Gibt es denn überhaupt kein Recht mehr für die Minderheit?)

Eckstein (Breslau): Auch auf dem Parteitag in Magdeburg war beantragt worden, über eine Anzahl politischer Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Als der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung damals für die Antragsteller ebenso unerwartet kam, wie jetzt der Antrag des Genossen Wels, stellte der Genosse Litke den Antrag, über den Antrag auf Übergang zur Tagesordnung namentlich abzustimmen, und bat den Vorsitzenden Wels gleichzeitig, die Unterstützungsfrage zu stellen. Die Unterstützungsfrage wurde gestellt, die Unterstützung reichte aus, und damals ist in Magdeburg, ohne daß eigentlich irgendein Zweifel entstanden war, die Geschäftsordnung so ausgelegt worden, daß die namentliche Abstimmung über einen Antrag auf Übergang zur Tagesordnung zulässig ist. Da das die bisherige Gepflogenheit der Parteitage gewesen ist, bitte ich, auch diesmal nicht aus einem Einzelfall heraus — ich bitte, mir nicht übel zu nehmen, wenn ich das so sage — eine Vergewaltigung der Geschäftsordnung vorzunehmen, sondern gemäß der bisherigen Handhabung der Geschäftsordnung die namentliche Abstimmung über unseren genügend unterstützten Antrag herbeizuführen.

Aufhäuser (Berlin): Parteigenossen! Ich möchte an Sie den dringenden Appell richten, in Verbindung mit der Notverordnung diesen Streit über die Geschäftsordnung nicht auszutragen. (Sehr wahr!) Die Folge wäre, daß auf Grund der Meinungsverschiedenheiten, die jetzt über die Auslegung der Geschäftsordnung bestehen, in der Stellung zum Kampf um die Notverordnung eine Teilung des Parteitages einträte, die in Wirklichkeit absolut nicht besteht. (Sehr richtig!) Ich habe schon vorgestern darauf hingewiesen, daß wir die Frage der Notverordnung, weil ich den Ernst dieses Kampfes zu kennen glaube, nicht zum Gegenstand eines Richtungsstreites machen dürfen. (Sehr wahr!) Nachdem der Antrag 195 mit großer Mehrheit angenommen worden ist und die Genossen Seydewitz und Rosenfeld zum Ausdruck gebracht haben, ihnen liege auch nur daran, daß dieser Kampf gegen die Notverordnung unverzüglich aufgenommen werde, nachdem schließlich Genosse Wels erneut erklärt hat, daß auch der Parteivorstand diesen beschleunigten Kampf nicht nur aufzunehmen bereit ist, sondern bereits eingeleitet hat, daß die Fraktion einberufen ist, würde jede weitere Abstimmung über diese Angelegenheit eine Abschwächung der bisherigen Entscheidung bedeuten. (Lebhafte Zustimmung.) Darum sage ich: beweisen wir bei dieser großen politischen Frage, daß das Vertrauen, das von allen Seiten der Partei ausgesprochen wurde, zuletzt in einer glänzenden Rede des Genossen Böchel, wirklich vorhanden ist, daß wir nicht aus irgendwelchen Richtungsempfindungen heraus, sondern lediglich im Hinblick auf das große Ziel den Willen haben, die Notverordnung zu bekämpfen. Deshalb appelliere ich an die Genossen Seydewitz, Rosenfeld usw.: lassen Sie es genügen, daß diese Erklärung des Genossen Wels zu Ihrem Antrag abgegeben worden ist und seien Sie bereit, Ihren Antrag zurückzuziehen, da durch eine Abstimmung über diesen Antrag nur unsere bisherigen Abstimmungen abgeschwächt würden. Dann haben wir die einmütige Kundgebung des Parteitages, daß durch die Notverordnung der Lebensstandard der deutschen Arbeiter nicht gesenkt werden darf. (Lebhafter Beifall.)

In der Abstimmung wird der Antrag Wels, den Antrag Seydewitz, Rosenfeld und Genossen durch die beim Bericht der Reichstagsfraktion angenommene Resolution Aufhäuser und Genossen für erledigt zu erklären, unter stürmischem Beifall gegen 5 Stimmen angenommen.

Bartels (Berlin) Schlußwort: Werte Genossinnen und Genossen! Auch ich kann mich darauf beschränken, zu den vorliegenden Anträgen kurz Stellung zu nehmen. Die Anträge 115, 121, 122 und 124 fordern den Ausbau unserer Presse. Wir sind zwar der Auffassung, daß nicht allen Wünschen der Antragsteller Rechnung getragen werden kann, schlagen aber trotzdem vor, diese Anträge dem Parteivorstand zu überweisen. (Es wird so beschlossen.)

Die Anträge 128 und 129 fordern den Wegfall oder eine Änderung des Werbebeitrags. Wir bitten um Ablehnung. (Der Parteitag schließt sich diesem Antrag an.)

Der Antrag 133 will wiederum eine Verbesserung unserer Presse durch Herausgabe einer Bauernzeitung oder einer Beilage. Wir bitten, auch diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. (Die Überweisung erfolgt.)

Nun folgen die Anträge zum Organisationsstatut. Zunächst handelt es sich um den Antrag Bielig Nr. 207. Genosse Bielig hat bei der Begründung des Antrags gesagt, daß das Organisationsstatut bereits 25 Jahre alt sei. Ich will nicht bestreiten, daß einige Sätze unseres Organisationsstatuts bereits so alt

sein mögen; aber dann sind es ganz unbeanstandete Sätze. Im übrigen ist aber in diesen 25 Jahren das Organisationsstatut mehr als ein halbes Dutzend Mal umgebaut worden, das letzte Mal auf dem Parteitag in Magdeburg. (Sehr wahr!) Erhebliche Mängel haben sich meines Erachtens nicht herausgestellt. Ich halte es deshalb für unnötig, schon wieder eine Kommission für eine Revidierung des Organisationsstatuts einzusetzen und beantrage Ablehnung dieses Antrages. (Antrag 207 verfällt der Ablehnung.)

Die Anträge 136 und 137 bezwecken eine Änderung der Dauer der Mitgliedschaft zur Übernahme von Vertrauensämtern, Mandaten und dergleichen, und zwar soll die Dauer der Mitgliedschaft in dem einen Falle von einem Jahr auf zwei Jahre, in dem anderen Falle von drei auf vier Jahre für Kandidaturen usw. erhöht werden. (Zuruf: Zurückgezogen!)

Antrag 136 ist zurückgezogen.

Ich bitte, Antrag 137 abzulehnen, da ein Bedürfnis zu dieser Änderung nicht hervorgetreten ist. (Antrag 137 wird abgelehnt.)

Antrag 138 will Vorschläge für die Reichstagswahl, Landtagswahl usw. durch Urwahl feststellen lassen. Ich bitte, es bei der bisherigen Praxis zu belassen. Es ist den Bezirken überlassen, wie sie derartige Aufstellungen vornehmen, durch Bezirksparteitage, erweiterte Bezirksvorstandssitzungen, Urwahl usw. Der Bezirk, der das Bedürfnis zu einer Urwahl hat, mag es beschließen. Das aber generell festzusetzen, halten wir nicht für am Platze. Ich bitte um Ablehnung. (Antrag 138 wird abgelehnt.)

Antrag 139 will ein Recht, das bisher der Bezirksleitung zustand, auf den Bezirksparteitag übertragen. Ich glaube, daß man dieses Recht der Bezirksleitung belassen soll, weil in vielen Fällen der Bezirksparteitag die Wochenbeiträge gar nicht festsetzen kann oder ein solcher besonders dazu einberufen werden müßte. Ich bitte um Ablehnung. (Antrag 139 wird abgelehnt.)

Bei Antrag 140 handelt es sich um die Beiträge für invalide Mitglieder, Jugend usw. Warum diese Bestimmung gestrichen werden soll, weiß ich nicht. Ich bitte, den Antrag abzulehnen. (Antrag 140 wird abgelehnt.)

Antrag 141 will die Gewährung von Ermäßigungen den Ortsvereinen übertragen. Dadurch würde die Kontrolle durch den Bezirksvorstand unmöglich. Ich bitte es bei der bisherigen Übung zu belassen. (Antrag 141 wird abgelehnt.)

Antrag 142 und verschiedene spätere Anträge beschäftigen sich mit dem Stimmrecht der Mitglieder der Reichstagsfraktion, Parteivorstand, Kontrollkommission usw. Es ist jahrzehntelange Übung, daß diese Mitglieder in den Angelegenheiten, die sie selbst betreffen, ein Stimmrecht nicht haben, bei den übrigen Fragen, die den Parteitag beschäftigen, aber mitstimmen. Ich sehe keinen Grund ein, warum das geändert werden soll und bitte, Antrag 142 abzulehnen. (Antrag 142 wird gegen eine kleine Minderheit abgelehnt.)

Antrag 143 will dem Parteivorstand das Recht, das ihm vor wenigen Jahren gegeben wurde, in besonders krassen Fällen von sich aus Ausschlüsse von Mitgliedern vorzunehmen, wieder nehmen. Der Parteivorstand hat sich zu diesem Recht nicht gedrängt. Ich bin allerdings der Meinung, daß inzwischen der Beweis erbracht ist, daß in besonderen Fällen dieses Recht doch sehr notwendig ist. Ich bitte daher um Ablehnung des Antrages. (Antrag 143 wird abgelehnt.)

Nach Antrag 144 soll der Bezirksparteitag die Wochenbeiträge festsetzen, nur in besonderen Fällen die Bezirksleitung. So kann man das generell nicht regeln. Vielfach werden die Beiträge örtlich beschlossen und zwischen zwei Bezirksparteitagen festgesetzt. Ich bitte um Ablehnung. (Antrag 144 wird abgelehnt.)

Die Anträge 145 und 146 wollen eine Änderung der Parteibeiträge. Eine Herabsetzung ist schon deshalb unmöglich, weil in der Hauptsache die Beiträge in den Bezirken festgelegt werden und wir im Statut nur einen Mindestbeitrag haben. Auch was der zweite Antrag will, wird mehr oder weniger in den Bezirken festgelegt. Ich bitte um Ablehnung. (Die Anträge 145 und 146 werden abgelehnt.)

Was Antrag 147 will, ist nicht klar. Diese Forderung ist selbstverständlich. Ich bitte, den Antrag durch Übergang zur Tagesordnung zu erledigen. (Über den Antrag wird zur Tagesordnung übergegangen.)

Antrag 148 bitte ich aus den schon angegebenen Gründen abzulehnen. (Antrag 148 wird abgelehnt.)

Antrag 149 will eine Festlegung der Eintrittsgelder. Wir haben dies den Bezirken überlassen und nur festgelegt, daß das Eintrittsgeld die Höhe eines Wochenbeitrages haben muß. Das genügt völlig. Wir würden sonst manchem Bezirk eine höchst unerwünschte Bindung auferlegen. (Antrag 149 wird abgelehnt.)

Antrag 150 rennt offene Türen ein. Was er will, kann heute schon geschehen. Ich bitte ihn als erledigt anzusehen. (Antrag 150 wird als erledigt erklärt.)

Antrag 151 ist völlig unmöglich. (Antrag 151 wird abgelehnt.)

Antrag 152 will die Sterbeunterstützung generell für das ganze Reich. Unsere Erfahrungen sind nicht so, daß man das empfehlen könnte. Vorläufig wollen wir es den Bezirken überlassen. Es kann auch von diesen nur mit einer gewissen Vorsicht an die Frage herangetreten werden. Ich bitte um Ablehnung. (Vorsitzender Lipinski: Es steht auch mit der Novelle zum Versicherungsgesetz in Gegensatz.) (Antrag 152 wird abgelehnt.)

Die Anträge 153, 154 und 155 können durch die Abstimmung über Antrag 205 für erledigt erklärt werden. (Zustimmung.)

Antrag 156 bezieht sich in der Hauptsache auf das Notopfer. Ich bitte, ihn dem Parteivorstand zu überweisen. (Antrag 156 wird dem Parteivorstand überwiesen.)

Die Anträge 157 bis 161 sollten durch die Beschlußfassung über den Antrag 205 für erledigt erklärt werden. (Zustimmung.)

Antrag 162 ist in dieser Form nicht ausführbar. Es läßt sich nicht feststellen, wieviel Beiträge eingegangen sind. Ich bitte deshalb, ihn abzulehnen. Im übrigen will ich zugeben, daß die gegenwärtige Regelung nicht ideal ist. Wir werden uns bemühen, eine bessere herbeizuführen. (Antrag 162 wird abgelehnt.)

Antrag 163 soll durch die Abstimmung über Antrag 205 für erledigt erklärt werden. (Zustimmung.)

Anträge 166 und 167 beziehen sich auf das Stimmrecht des Parteivorstandes usw. Ich habe vorhin schon auseinandergesetzt, daß das bestehende Verfahren sicher besser ist als diese Anträge. Ich bitte um ihre Ablehnung, ebenso des Antrags 168. (Anträge 166 bis 168 werden mit großer Mehrheit abgelehnt.)

Die Anträge 169 und 170 beziehen sich auf die Einführung der Urwahl. Ich habe schon gesagt, daß diese Anträge abgelehnt werden müssen. (Die Anträge 169 und 170 werden abgelehnt.)

Antrag 171 ist durch die Abstimmung erledigt.

Antrag 172 wird auf Antrag des Vorstandes dem Parteivorstand überwiesen.

Antrag 173 wird abgelehnt.

Antrag 205 wird gegen zwei Stimmen angenommen.

Damit sind die zu Organisation und Presse gehörenden Anträge erledigt.

Beschwerdekommission

Krüger (Berlin): Wir haben auf dem Parteitag in Magdeburg bezüglich des Ausschlußverfahrens neue Bestimmungen getroffen. Wie richtig dieser Beschluß war, ergibt die Tatsache, daß die Beschwerdekommission sich nur noch mit vier Einsprüchen zu befassen hatte. Ein Antrag bezieht sich auf das Wiederaufnahmeverfahren. Der Bezirksvorstand Braunschweig hat den Genos-

sen Schlösser wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten ausgeschlossen. Die Dinge gehen bis in das Jahr 1924 zurück. Der Beschluß des Bezirksvorstandes ist außer Kraft gesetzt worden. Der Ortsverein wurde beauftragt, eine Untersuchung durchzuführen. Die Feststellungen haben einige Unregelmäßigkeiten nicht absichtlicher Art ergeben. Auf Grund dieser Feststellungen wurde beschlossen, dem Genossen Schlösser auf die Dauer von 10 Jahren, das Recht abzuerkennen, Parteiehrenämter zu bekleiden. Gegen diesen Beschluß legt der Ortsverein Einspruch ein. Das Parteischiedsgericht hat im letzten Verfahren auf eine Rüge erkannt. Die Beschwerdekommission empfiehlt, es bei dem Beschluß des Parteischiedsgerichtes zu belassen, dem Genossen aber für die Zukunft das Recht zu gewähren, Parteiehrenämter zu bekleiden.

Der Parteitag schließt sich diesem Vorschlag der Beschwerdekommission an.

Im Falle Ernst-Saarbrücken hat der Parteivorstand auf Grund des § 28 Abs. 8 den Genossen Ernst wegen fortgesetzten parteischädigenden Verhaltens ausgeschlossen. Das parteischädigende Verhalten besteht darin, daß Ernst zu Versammlungen eingeladen hat, an denen auch Kommunisten und Nationalsozialisten teilnahmen. Er hat darüber hinaus nationalsozialistische Flugblätter zu einem Preise von 30 Centimes vertrieben. Weiter hat er kommunistischen Funktionären Bildmaterial gegen die Partei zur Verfügung gestellt. Die Beschwerdekommission hat einstimmig beschlossen, es bei dem Ausschluß durch den Parteivorstand zu belassen.

Der Parteitag tritt diesem Beschluß einstimmig bei.

Der Landesvorstand Baden hat am 10. Mai 1929 den Genossen Velten, Preissack ausgeschlossen. Velten wird vom Landesvorstand als notorischer Querulant bezeichnet, der den gesamten Ortsverein zugrunde gerichtet hat, sich über sämtliche Beschlüsse hinwegsetzt und keinerlei Disziplin kennt. Velten hat gegen den Ausschlußbeschluß Einspruch erhoben. Das Parteischiedsgericht hat auf die Aberkennung der Parteiehrenrechte auf 3 Jahre erkannt und weiter beschlossen, Velten aufzufordern, sein Gemeinderatsmandat niederzulegen. Auch gegen diesen Beschluß des Schiedsgerichts erhebt Velten Einspruch. Wir haben mit Badener Parteigenossen über diese Angelegenheit gesprochen. Die Beschwerdekommission hat einstimmig beschlossen, über das Urteil des Schiedsgerichts hinauszugehen und Velten auszuschließen.

Dem Antrag der Beschwerdekommission wird einstimmig zugestimmt.

Der Genosse Wilhelm Schüning-Berlin ist Direktor der Behala, eines privaten Unternehmens. Ihm wird vorgeworfen, Provisionsgeschäfte gemacht zu haben. Er war früher besoldeter Stadtrat in Groß-Berlin. Dem Genossen Schüning kann nicht nachgewiesen werden, daß er sich als Beamter irgendwelche Unregelmäßigkeiten hat zuschulden kommen lassen. Ein gegen ihn eingeleitetes Verfahren wurde von der Staatsanwaltschaft Berlin eingestellt. Es liegt ein Urteil gegen Schüning vor, das ihm eine Rüge erteilt und das Recht auf die Dauer von 3 Jahren aberkennt, Parteiehrenämter zu bekleiden. Die Beschwerdekommission hat mit Mehrheit beschlossen, es bei diesem Urteil zu belassen.

Der Parteitag schließt sich diesem Beschluß an.

Auf dem Parteitag in Magdeburg wurde das Parteimitglied Juhrmann-Riesa, Ostsachsen, wegen Unregelmäßigkeiten ausgeschlossen. Die Beschwerdekommission stellte fest, daß der Genosse ein wenig kollegiales Verhalten an den Tag gelegt hat. Juhrmann hat beantragt, wieder in die Partei aufgenommen zu werden. Ortsverein und Bezirksvorstand haben die Wiederaufnahme einstimmig abgelehnt. Juhrmann hat nach Magdeburg nicht etwa daran gearbeitet, wieder rehabilitiert zu werden, sein parteischädigendes Verhalten setzte im Gegenteil nach dem Magdeburger Parteitag mit besonderer Schärfe ein. Die Kommission empfiehlt einstimmig, die Wiederaufnahme abzulehnen.

Der Parteitag tritt diesem Vorschlag einstimmig bei.

Vorsitzender **Lipinski:** Dem Parteitag bringe ich zur Kenntnis, daß weitere Begrüßungsschreiben eingegangen sind von der Polnischen Sozialistischen Partei, der Ukrainischen Sozialistischen Radikalen Partei, der Sozialistischen Partei Rumäniens, dem Sozialistischen Esperantobund (Frankfurt a. M.), dem Bund sozialistischer Freidenker (Leipzig), dem Volksbund für Geistesfreiheit, dem Einheitsverband der Handel- und Gewerbetreibenden und freien Berufe (Leipzig), dem Reichskartell Republik (Gau Schleswig-Holstein), den Arbeiter-Laienspielern (Sitz Bielefeld) sowie von Parteigenossinnen und Genossen aus den Erholungsheimen Gottleuba i. S., Rothensehma, Langensalza und Augustusbad.

Der Genosse Bock hat beantragt, nachdem die Kasse geprüft ist, dem Parteivorstand Entlastung zu erteilen.

Der Parteitag beschließt einstimmig demgemäß.

Sonstige Anträge

Antrag 174 wird dem Parteivorstand überwiesen, der ihn an die Landtagsfraktionen weitergeben wird.

Die Anträge 175 und 176 werden abgelehnt, da es eine Angelegenheit der einzelnen Organisationen sei, für ihre Ideen selbst zu werben.

Die Anträge 177 und 178, 179 und 180 werden dem Parteivorstand überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Schlußansprache

Vorsitzender **Wels:** Parteigenossinnen und Parteigenossen! Ich bedaure außerordentlich, daß die ungünstigen Witterungsverhältnisse, unter denen wir unsere Arbeit aufnehmen mußten, mir ein Organ verschafft haben, das man nicht gerade als besonders klangvoll bezeichnen kann (Heiterkeit), wenn ich auch früher nicht gerade zu den Tenoristen gehört habe. (Erneute Heiterkeit.) Das Sprechen ist mir sehr schwer gefallen. Trotzdem will ich Ihnen sagen, daß dieser Parteitag für mich selbst innerlich dadurch ein starkes Erlebnis dargestellt hat, daß er die innere Festigkeit und Geschlossenheit der Partei stärker zum Ausdruck gebracht hat als irgend einer von den Parteitagen, die ich bisher erlebt habe. (Beifall.) Wenn wir jetzt am Schluß unserer Arbeit angelangt sind, dann ist es mir ein wirklich aus dem Herzen kommendes Bedürfnis unseren Leipziger Parteigenossen für die Arbeit zu danken, die sie zur Vorbereitung des Parteitages im Interesse der gesamten Partei übernommen haben. (Lebhaftes Händeklatschen.) Ich danke vor allem dem Lokalkomitee und den Ordnern, die vielleicht im Laufe dieser Tagung hin und wieder von mir ein hartes Wort zu hören bekamen. Ich bitte Sie, das als Ausdruck meiner besonderen Liebe aufzufassen. (Heiterkeit.) Böse bin ich nur mit den Menschen, mit denen ich nicht mehr rede. (Erneute Heiterkeit.) Es ist wirklich ein Beweis für die ausgezeichnete Organisation unserer Leipziger Parteigenossen, daß alles bis in die kleinste technische Einzelheit hinein vorbereitet war und ein reibungsloses Arbeiten der Delegierten während des ganzen Parteitages ermöglichte. So reiht sich der Leipziger Parteitag dem Magdeburger und dem Kieler Parteitag durch die Massenbeteiligung der arbeitenden Bevölkerung in hervorragendster Weise an.

Der Auftakt zu unseren Parteitagen ist seit Kiel ein anderer geworden. Wir glaubten in Kiel etwas ganz besonderes gesehen zu haben. Wir sahen den Kieler Parteitag in Magdeburg übersteigert, und wir sahen zu unserer Überraschung in Leipzig, daß die Teilnahme der Arbeiterschaft in Leipzig und Umgebung diesen Parteitag zu dem machte, was das Leipziger Komitee in seinen Aufforderungen erstrebte: zu einer Tagung der Partei als einer Volkstagung im besten Sinne des Wortes. (Bravo!) Leipzig hat bewiesen, daß unsere Kräfte gewachsen, daß